



BEI
Bündnis Eine Welt
Schleswig-Holstein



**DIE SDGs IN SCHLESWIG-HOLSTEIN –
NACHHALTIGKEIT VON KÜSTE ZU KÜSTE**

VORWORT

Während ich über die richtigen Worte für dieses Vorwort nachdenke, geht zeitgleich in Marrakesch die erste Nachfolgeberatung des Pariser Klimaabkommens des vergangenen Jahres zu Ende.

Unvermittelt schießt mir ein Zitat des südafrikanischen Bischofs, Friedensnobelpreisträgers und Wegbegleiters Nelson Mandelas Desmond Tutu durch den Kopf:

„Afrika hat der Welt etwas zu geben, das sie dringend braucht: die Mahnung, dass wir mehr sind als die Summe unserer Teile, die Mahnung, dass strikter Individualismus uns schwächer macht. Die Welt muss die grundlegende Lektion lernen, dass wir zur Harmonie geschaffen sind, zur Interdependenz, also gegenseitiger Abhängigkeit. Wenn es uns jemals gut gehen soll, dann nur zusammen.“

Gerade wenn wir uns für das kommende Jahr, mit all den bevorstehenden Wahlen in Deutschland, vorgenommen haben, unser Augenmerk verstärkt auf die 17 Sustainable Development Goals (SDGs) und ihre Umsetzung zu richten, müssen wir auf die Stimme der Menschen in Afrika hören und was sie uns zu sagen hat.

Zusammen mit unseren 80 Mitgliedsvereinen, -gruppen und Initiativen sind wir u.a. mit Menschen aus afrikanischen Staaten partnerschaftlich, im Sinne der Einen Welt, verbunden. Soll es Gerechtigkeit auf der Welt geben, dann müssen die industrialisierten und „entwickelten“ Staaten des Globalen Nordens größere Anstrengungen unternehmen als bspw. Ghana, Kenia, Tansania und Ruanda. In einigen Ländern des globalen Südens gibt es zum Beispiel das erklärte Ziel der jeweiligen Regierung, verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen, um die Zukunft der Bewohner_Innen zu sichern. Möglich wird dies, da erhebliche Summen an Entwicklungshilfegeldern – auch aus Deutschland – solche Investitionen und den Austausch

von Know-How unterstützen. Allerdings sind das oft Kredite und diese helfen nur begrenzt. Aber ein Anfang ist gemacht und wir könnten daraus lernen, dass an einer Lenkungsentscheidung zu mehr Nachhaltigkeit auch durch unsere Regierungen kein Weg vorbei führt.

Nach Einschätzung von Germanwatch e.V. tragen der Kampf um Öl und Gas nicht nur zur weiteren Verschärfung des Klimawandels bei und ziehen zahlreiche Gesundheitsgefahren nach sich, sondern insbesondere verschlimmern sie die Kriegssituationen in den jeweiligen Gebieten oder führen zu solchen. Natürlich nicht zu vergessen, dass dort tagtäglich massenhaft Menschen ihrer Rechte, ihrer Gesundheit und ihres Lebens beraubt werden.

Würde Europa – und hier besonders Deutschland – deutlicher seine Ziele formulieren, was dann ja nur heißen kann aus der Verbrennung von fossilen Brennstoffen in einem definierten Zeitraum auszusteigen, ergäben sich daraus enorme Nachfolgeeffekte und würden nicht nur den Staaten in Afrika zusätzlichen Schub verleihen. Wir würden damit nicht nur mithelfen, erstmals einen Kontinent ohne fossile Verbrennung zu entwickeln, sondern auch direkt zur Gerechtigkeit in der Einen Welt beitragen.

Diesem Ziel sieht sich das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI) als Dachverband verpflichtet. Unser Ziel ist es den 17 Zielen an 17 Orten so viel Schub wie möglich zu geben.

In Kenia gibt es schattenspendende Solarpaneele auf Parkplätzen von Supermärkten, ich wünsch mir Fahrradunterstände mit Solarpaneelen bei uns – wir könnten sie ja vielleicht in Kenia kaufen. Das wäre dann zusätzlich noch Fairhandel statt Freihandel!

IRENE FRÖHLICH



Irene Fröhlich, Vorstandsvorsitzende des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Irene Fröhlich (BEI, Vorstand)

Grußwort

Minister Dr. Robert Habeck

2-3

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) – Worum geht es bei der Agenda 2030?

Katrin Kolbe

4-11

Von der Nützlichkeit der SDGs

Martin Weber

12-14

SDG 1 und 2 im Kampf gegen die Armut und Hunger

Dr. Hassan Humeida

17-20

SDG 3 – Pyrolyseherde

Ulrike Neu

21-23

SDG 4 – Eine Welt im Museum – Globales Lernen in der kulturellen Bildungsarbeit

Nicole Gifhorn

24-27

SDG 10.7 und 16 – Migration und Entwicklung – Engagement braucht angepasste und offene Strukturen

Pia Duitsmann

28-29

SDG 11 – Die SDGs in der Kommunalverwaltung

Ute Rautenstrauch

30-32

SDG 12 – Nachhaltiger Konsum in Fairen Kommunen

Markus Schwarz

33-35

SDG 12 – Corporate Social Responsibility in Schleswig-Holstein

Lisa Jakob

36-38

SDG 14 – Unser Ozean der Zukunft

Prof. Dr. Martin Visbeck

30-41

SDG 17.4 – Schuldenerleichterung für hochverschuldete

Katharina Desch

42-45

Von der Theorie in die Praxis – Die Anwendbarkeit konkreter SDGs und deren Transformation in der gesellschaftlichen Praxis

Jonathan Benirschke

46-48

Geschäftsstelle Kontakte

49-50



GRUSSWORT

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen stellen unsere Welt vom Kopf auf die Füße – und nicht weniger wollten sie erreichen. Ziel ist die Transformation unserer Welt: eine Welt ohne Hunger, eine Welt mit sauberer Energie, eine Welt ohne Armut, eine Welt mit wirtschaftlichem Fortschritt, eine Welt ohne Ungerechtigkeiten, eine Welt mit intakter Natur. Die Staats- und Regierungschefs haben der Weltgemeinschaft dafür ein ambitioniertes Pflichtenheft zusammengestellt. Multilaterale Zusammenarbeit und Beschlüsse ziehen oft über uns hinweg. Als Schleswig-Holsteiner bemerke ich ihre Auswirkungen selten bis gar nicht. Mit den SDGs soll es anders sein. Denn die gemeinsam formulierten Ziele sollen von jedem Land in Eigenregie umgesetzt werden. Nachhaltigkeit wird vom „nice-to-have“ zum Grundsatz unseres Handelns erhoben. Und er bringt für Umsetzung ganz besondere Herausforderungen mit sich: Mit dem Kabinettsbeschluss vom 8. März 2016 hat sich die Landesregierung darauf verständigt, die globalen Nachhaltigkeitsziele in die Strategien des Landes zu implementieren und so einen Beitrag zur nationalen und internationalen Zielerreichung zu leisten

– angefangen bei der Landesentwicklungsstrategie. Die Landesregierung folgt damit der Überzeugung, dass problematische oder sogar bedrohliche globale Entwicklungen nur durch ein gemeinsames Handeln im Sinne globaler Gerechtigkeit und die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Leitplanken abgewendet werden können. Ihre Umsetzung ist notwendige Voraussetzung, wenn man es mit den Zielen für eine gute Zukunft in der Welt und hier in Schleswig-Holstein ernst meint. Gemeinsam klopfen wir ab, in welchen Bereichen der Handlungsbedarf im Rahmen der Tätigkeiten der Landesregierung am größten ist. Dabei ist die anfängliche Befassung mit den SDGs auch ein Lernprozess: Die Nachhaltigkeitsziele sind nicht als To-Do-Liste zu verstehen, die sich Punkt für Punkt abarbeiten lässt. Alle Ziele und Unterziele sind miteinander verwoben, bilden ein System aus Querverbindungen. Diese Verbindungen verknüpfen direkt das eigene (politische) Handeln, mit seinen positiven und negativen Auswirkungen auf andere. Jedes Land muss seine Betroffenheit und seinen Handlungsbedarf innerhalb der 169 Unterziele herauskristalisieren

und die globalen Formulierungen für sich übersetzen. Je nach Ausgangsposition sind verschiedene Unterziele relevant, einige Querverbindungen treten stärker nach vorn. Die SDGs erfordern eine Schwerpunktsetzung, die dem Land die größtmöglichen Verbesserungen im Sinne der Ziele bringt. Die gute Nachricht: in vielen Bereichen sind wir bereits auf einem guten Weg! Meeresschutz, Energiewende, Gleichstellung und viele mehr sind mit Maßnahmenpaketen ausgestattet, die positive Wirkungen zeigen. Für die Landesregierung bedeuten die Querverbindungen aber auch, dass eingeübte Ressortstrukturen und Fachpolitiken überwunden werden müssen. Flächenverbrauch, Klimawandel oder globale Gerechtigkeit passen nicht in ein oder zwei zuständige Ministerien oder Ausschüsse, sondern lassen sich nur in größter Gemeinsamkeit zukunftsfähig gestalten. Für die entwickelten Länder sind Fortschritte im Ziel 12 „Nachhaltiger Konsum und Produktion“ von besonderer Bedeutung, haben Studien des Stakeholderforums „for a sustainable Future“ herausgestellt. 1 Veränderung in diesem Bereich haben die weitgehendsten Auswirkungen auf alle anderen Ziele, die entwi-

ckelte Staaten erreichen können. Staatliches Handeln solle daher ein besonderes Augenmerk auf dieses Ziel legen, raten die Experten. Die Zielrichtung eines veränderten Konsums zeigt aber auch: Die SDGs beziehen sich nicht bloß auf staatliche Maßnahmen zur Beschaffung. Die Entscheidungen, was wir essen, wie wir uns kleiden und wie wir unsere Freizeit verbringen sind höchst privat und allgegenwärtig. Damit dringt der Beschluss der Vereinten Nationen in alle Lebensbereiche vor und ist von höchstem moralischem Wert. Jede und jeder von uns ist aufgerufen, seine Entscheidungen im Beruf, im ehrenamtlichen Engagement und im privaten Alltag auf deren Nachhaltigkeit hin abzuklopfen. Jede und jeder kann die nachhaltige Entwicklung dieser Welt voranbringen. „Global denken, lokal handeln“, der alte Grundsatz also, gilt für uns alle. Ein Grundsatz, von dem sich die Mitgliedsgruppen des BEI e.V. schon lange leiten lassen. Für die klassische Entwicklungszusammenarbeit bringen die SDGs nicht viel Neues – die Abschaffung von Hunger und Armut, die Stärkung von Bildungs- und Gesundheitssystemen und staatlichen Strukturen in weniger entwickelten Ländern stehen seit jeher auf der Tagesordnung. Die Vereinten Nationen bekräftigen sie mit dem Beschluss erneut und schließen damit an den Millenniumszielen an. Also alles beim Alten? - Mitnichten: Ziel 4 ruft auf, bis 2030 sicherzustellen, „dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung“. Die Vereinten Nationen unterstreichen mit ihrem Beschluss die

Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit vor unserer Haustür. Impetus und Know-how des vielfältigen ehrenamtlichen Engagements der Entwicklungszusammenarbeit sind dafür die Basis, auf der wir gesellschaftlich aufbauen können und wollen. Besonders erfreulich ist es deshalb, dass sich das BEI wieder als Bildungseinrichtung für Nachhaltigkeit hat zertifizieren lassen. Gemeinsam werden wir von Schleswig-Holstein aus die Entwicklung der Welt nachhaltiger gestalten.

MIT HERZLICHEN GRÜßEN –
ROBERT HABECK

DIE NACHHALTIGKEITSZIELE DER VEREINTEN NATIONEN (SDG) – WORUM GEHT ES BEI DER AGENDA 2030?

Auf der UN-Generalversammlung im September 2015 wurden in New York die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet, die bis 2030 erreicht werden sollen.¹ Sie gelten als unteilbar und eng miteinander verwoben und werden durch ihre 169 Unterziele spezifiziert. Erarbeitet wurden sie als die Millennium Development Goals, die uns und unsere Arbeit in der Zeit von 2000-2015 begleitet und einen internationalen Rahmen gegeben haben, in der Endphase waren und klar wurde, dass die MDGs in ihrer Gänze nicht erfüllt werden würden. Der sogenannte Post-Agenda 2015-Prozess wurde 2010 auf dem MDG-Gipfel in New York beschlossen und wurde 2012 von den Vereinten Nationen initiiert. Neben den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, konnte sich auch die Zivilgesellschaft in diesen Prozess einbringen.²

Die Agenda 2030 ist somit ein Kompromissprodukt von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren auf globaler Ebene – der kleinste gemeinsame Nenner. Sie ist aber auch ein Meilenstein, da Faktoren einbezogen wurden, die bisher außen vorgelassen wurden und sich die Perspektiven auf die Welt gänzlich verändert haben! Die MDGs haben sich insbesondere darauf fokussiert die Armut weltweit zu bekämpfen; hinzu kamen noch die Beendigung des Hungers und Bildung als Schwerpunkte und die sogenannten Entwicklungsländer waren die Zielgruppe der MDG. Im Vergleich dazu sind die SDGs nahezu ganzheitlich aufgestellt: die Menschen, der Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft sind die Kernthemen der Agenda 2030. Sie besitzt damit eine soziale, ökonomische und ökologische Dimension und hat somit Anknüpfungspunkte in einer jeden Lebenswelt. Dies führt zu einem universellen Anspruch der SDGs: Nicht nur die sogenannten Entwicklungsländer müssen sich um die Erreichung der Ziele bemühen, auch die „entwickelten Staaten“ haben mit der Agenda 2030 eine To-Do-Liste bekommen! Auf Grund der Universalität, die ein Paradigmenwechsel unserer bisherigen Entwicklungszusammenarbeit mit sich bringt, sowie der formulierten Unterziele ergibt sich eine starke Verzahnung der einzelnen Ziele. Das heißt, es können nicht nur einzelne Ziele erfüllt werden, es müssen alle Ziele erfüllt werden, soll eine nachhaltige Entwicklung gelingen. Die Agenda 2030 ist unteilbar.

Das bisher kein Staat ein SDG bereits jetzt vollständig erreicht haben kann, ist auch auf die unterschiedlichen Wirkungsebenen zurückzuführen. Jedes Ziel hat Effekte auf drei Ebenen:

1. Ziele dessen Erreichung Handeln vor Ort auf regionaler Ebene erfordert und die Effekte des Handelns schlagen sich auch vor Ort nieder.
2. Ziele, die Handeln auf regionaler/nationaler Ebene erfordern, dessen Effekte auf internationaler Ebene wirken bzw. in Ländern des Globalen Südens.
3. Ziele bei denen das Handeln auf die internationale Ebene gerichtet ist und auch auf der internationalen Ebene wirkt.

Im Fall von SDG 1 – „Armut in allen ihren Formen und überall bekämpfen“, kann die Arbeit zur Zielerreichung für Deutschland wie folgt aussehen: Erstens im eigenen Land die relative Armut zu bekämpfen, zweitens Strukturen zu verändern, die Armut in anderen Teilen der Welt begünstigen und drittens sich in internationalen Foren und der internationalen Zusammenarbeit für den Kampf gegen Armut stark zu machen und dies ggf. auch finanzielle (bspw. über die ODA-Quote³) zu unterstützen.

Trotz aller positiven Argumente ist Papier nach wie vor geduldig und die Resolution der UN-Generalversammlung hat keinerlei Mechanismen zur Durchsetzung. Sie beruht auf der freiwilligen Erfüllung der gesetzten Ziele und lediglich einer Berichtspflicht der Staaten vor den Vereinten Nationen. Um zumindest die Messbarkeit der Zielerfüllung zu gewährleisten, werden auf den verschiedenen Ebenen Indikatoren zum Umsetzungsstand der SDGs erarbeitet.⁴ Bei genauer Betrachtung der einzelnen SDGs wird auch schnell klar, dass die Ziele nicht nur interdependent sind, im Detail weisen sie auch Widersprüche auf: Wie lassen sich bspw. das in SDG 8 geforderte Wirtschaftswachstum und SDG 13 mit den Maßnahmen zum Klimaschutz sowie der Anspruch die planetaren Grenzen zu berücksichtigen zusammenbringen?! Eindeutig ist, dass die Agenda 2030 ein ambitioniertes und begrüßenswertes Programm beinhaltet. Nachjustierungen hinsichtlich konkreter Zielvorgaben und Mittel zur Um- und Durchsetzung sind ebenso wünschenswert und es steht nirgends geschrieben, dass dies nicht noch eingearbeitet werden könne. Klar ist auch, dass die SDGs definitiv auf politischer Ebene umgesetzt werden müssen. Für die Zivilgesellschaft bedeutet dies, auf die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung aufmerksam zu machen und die Umsetzung von der Politik auf allen Ebenen einzufordern. Hier kann Zukunft gemeinsam gestaltet werden.

IM ÜBERBLICK: SDG 1-17⁵

SDG 1 – Armut in allen ihren Formen und überall beenden.

Das SDG 1 hat sieben Unterziele, die den Blick auch auf den Zugang zu Ressourcen, Dienstleistungen, Grundeigentum, Technologien etc. für alle Menschen im gleichen Maße fordern, um die Armut langfristig beseitigen zu können. Außerdem nimmt Ziel 1 nicht nur die Beendigung der Armut in den sogenannten Entwicklungsländern in den Blick, sondern auch die relative Armut im globalen Norden. Hier richtet sich die Armutsgrenze nicht nach dem Schwellenwert der Weltbank (laut SDG 1,25 \$, neu: 1,90 \$ pro Kopf, pro Tag), sondern nach der nationalen Definition von Armut – eine Grenze die sich i.d.R. unter dem Durchschnittseinkommen eines Landes befindet. In Deutschland liegt diese Schwelle bspw. für einen „Single-Haushalt“ bei einem Einkommen von 917 € pro Monat, für ein Paar ohne Kinder bei 1376 € pro Monat.⁶ Im Vergleich steht hier ein pro Kopf,

pro Tag-Einkommen von 1,90 \$ einem Einkommen von 32,91 \$ gegenüber. Zum einen ist hier festzuhalten, dass sich die relative Armut nach den Lebenshaltungskosten in einem Staat richtet und dass der Schwellenwert der Weltbank für die absolute Armutsgrenze ganz klar zu niedrig angesetzt ist.

SDG-2 – Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen & eine nachhaltige Landwirtschaft fördern.

Der zentrale Aspekt von SDG 2 ist ganz klar den Hunger auf der Welt zu beenden. Das meint nicht nur die klassische Unterernährung zu beenden, sondern auch dem indirekten Hunger, der Mangelernährung, entgegenzutreten. Um bei diesem Ziel an der Wurzel anzusetzen und nicht nur die Symptome zu bekämpfen, spielt das landwirtschaftliche System bei der Zielerreichung eine große Rolle. Kleinbauern müssen von der Landwirtschaft leben können. D.h. entweder bekommen sie angemessene Löhne für die Arbeit in diesem Sektor oder sie können sich selbst und ihre Familien von der Subsistenzwirtschaft ernähren. Außerdem sind Faktoren wie die Resilienz der landwirtschaftlichen Methoden (Erhaltung der Ökosysteme, Anpassung an Klimaveränderungen etc.) sowie die Erhaltung einer genetischen Vielfalt des Saatguts, der Kulturpflanzen und der Nutz- und Haustiere relevant bei der Umsetzung des SDG 2. Auf globaler Ebene müssen die Agrarmärkte fair gestaltet werden, Handelsbeschränkungen und -verzerrungen korrigiert und alle Formen der Agrarexportsubventionen berichtigt werden. Im globalen Norden macht sich die Ungleichverteilung von Nahrungsmitteln anderweitig bemerkbar – hier hat sich das Problem von Übergewicht, Fehlernährung und Adipositas manifestiert! Laut der Food and Agriculture Organization of the United

Nations gäbe es genügend Lebensmittel auf der Erde – sie sind nur ungleich verteilt!⁷

SDG 3 – Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern.

Mütter- und Kindersterblichkeit senken, bzw. ein Ende setzen sowie übertragbare Krankheiten wie AIDS/HIV, Malaria, Tuberkulose und Hepatitis bekämpfen stehen wieder auf Agenda, werden aber diesmal um die Aspekte Senkung der Frühsterblichkeit durch nichtübertragbare Krankheiten, Information und Aufklärung zur Familienplanung, Verringerung der Todesfälle durch schädliche Umwelteinflüsse u.v.m. ergänzt. Um dieses in jedem Staat der Welt erreichen zu können werden starke Gesundheitssysteme benötigt – daher ist die Zielformulierung zur Implementierung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung für alle erreichen maßgeblich! Wie der Umsetzungsstand dieser Zielformulierungen ist, wird u.a. durch die Weltgesundheitsorganisation dokumentiert.⁸

SDG 4 – Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern.

Der Zugang zu einer hochwertigen Bildung soll für Jungen wie für Mädchen in allen Ländern gewährleistet werden; dies schließt auch die weiterführende, bzw. berufliche Bildung mit ein. Des Weiteren geht es nicht nur um die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen/Männern und Frauen in diesem Feld, sondern auch darum Teilhabe zu ermöglichen und bspw. Menschen mit Behinderungen, Angehörige indigener Völker und Kinder in prekären Situationen den Zugang zu hochwertiger Bildung zu ermöglichen oder diesen zu fördern. Das Einflechten

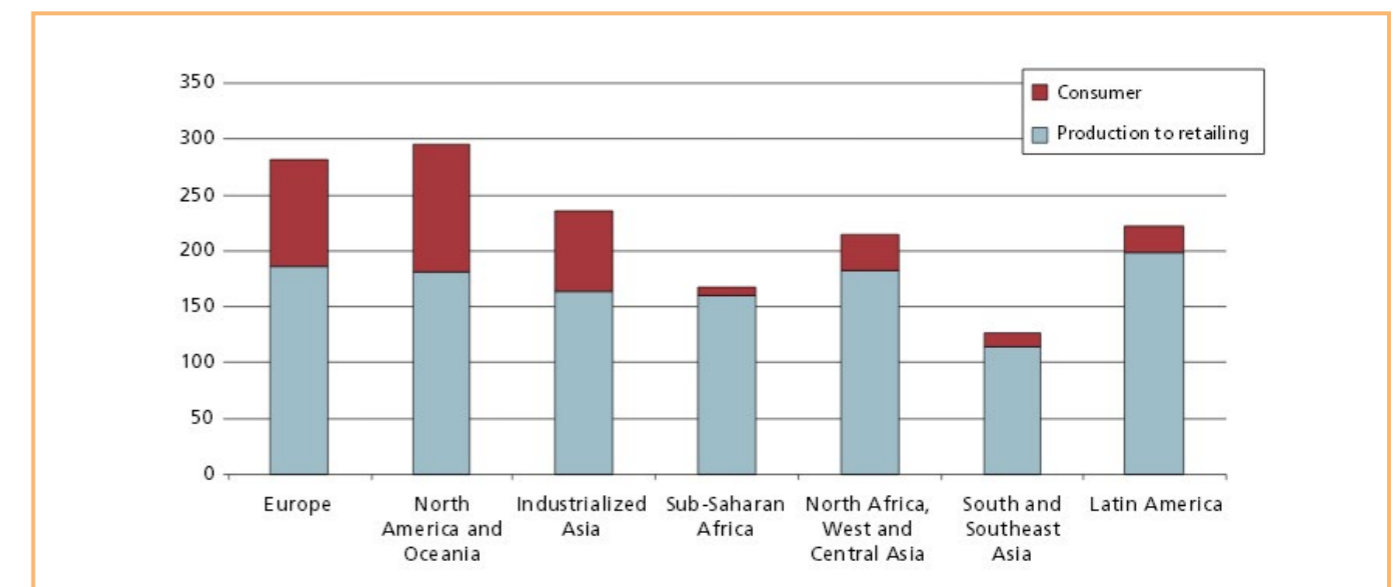


Abbildung 1: Lebensmittel in kg, die in den unterschiedlichen Regionen verloren gehen/weggeschmissen werden | Quelle: FAO - Global Food Losses and Food Waste, Düsseldorf 2011, S. 5

von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Globales Lernen (GL) in die Lern- und Schulzusammenhänge in allen Regionen der Welt hat eine eigene Zielformulierung bekommen (SDG 4.7)! Ein Ziel, dass insbesondere in den Industriestaaten weiter gefördert werden sollte. In Schleswig-Holstein bspw. ist der Bereich BNE und Globales Lernen nach wie vor im Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume angesiedelt und nicht im Bildungsministerium.

SDG 5 – Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen.

Gleichstellung der Geschlechter nimmt vor allem die Gleichstellung der Frauen und Mädchen in den Fokus. Dieses betrifft nicht nur alle Formen der Diskriminierung im Allgemeinen, die beendet werden sollen, sondern auch spezifische Felder wie den Bereich Wirtschaft, da Frauen insgesamt und global betrachtet mehr Zeit für unbezahlte Arbeit (Haushalt, Kindererziehung und Pflege) aufwenden als Männer und oftmals für die gleiche Arbeit geringer bezahlt werden. Weiterhin geht es in diesem Ziel auch darum, die Teilhabe von Frauen in Entscheidungspositionen des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zu stärken. Neben den offensichtlichen Benachteiligungen, wenn es in einigen Staaten um den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt geht, finden wir bspw. in Deutschland auch strukturelle Benachteiligungen wie z.B. der Anteil von Frauen in Vorständen und Führungspositionen.

SDG 6 – Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitär Versorgung für alle gewährleisten.

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist eine Grundvoraussetzung um bspw. Ziel 3 (Gesundheit) und auch Ziel 2 (Ernährung) zu erreichen. Die entsprechende Verfügbarkeit und Bewirtschaftung von (saubere(m)) (Trink-) Wasser ist vor allem in den sogenannten Entwicklungsländer

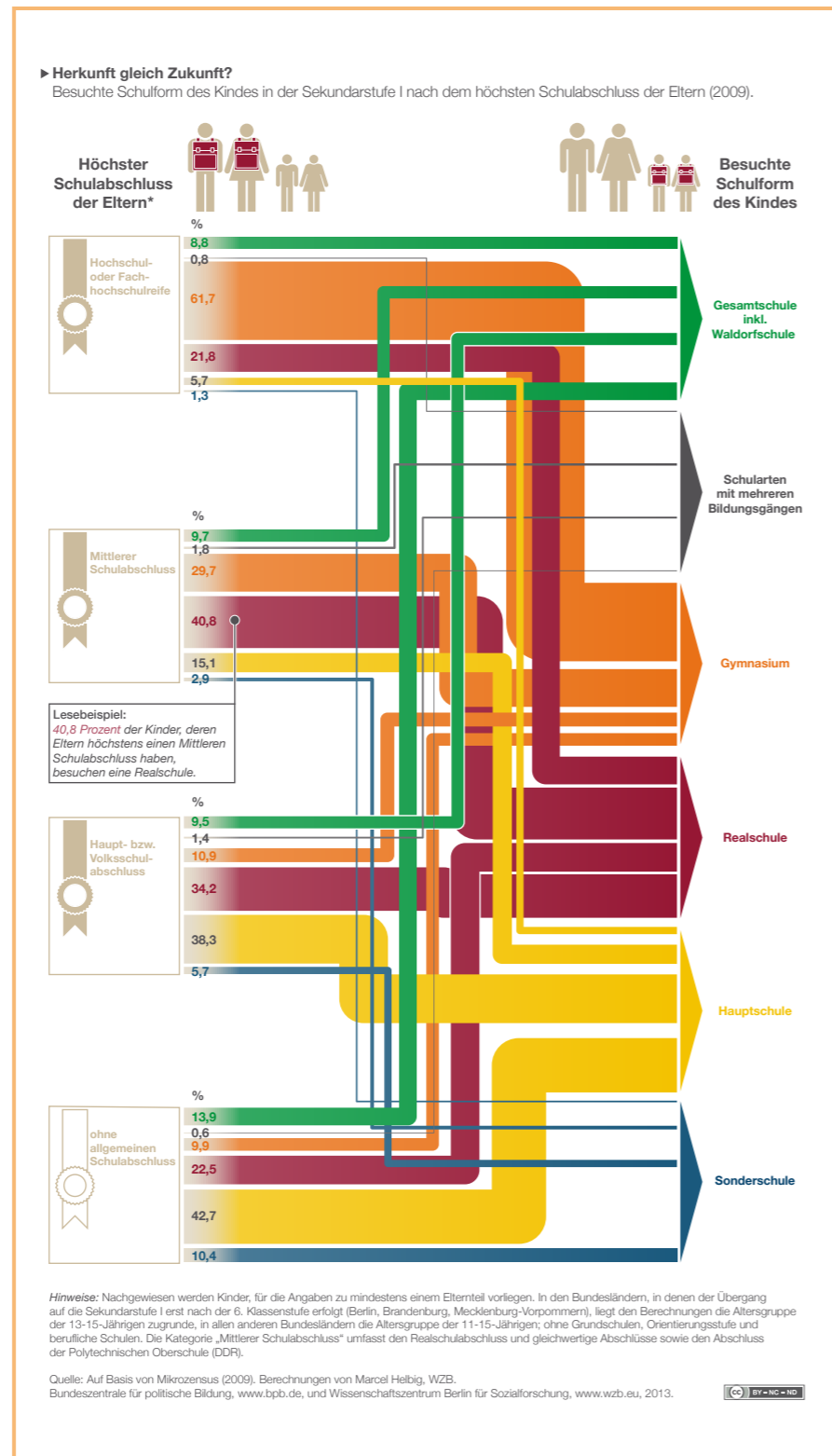


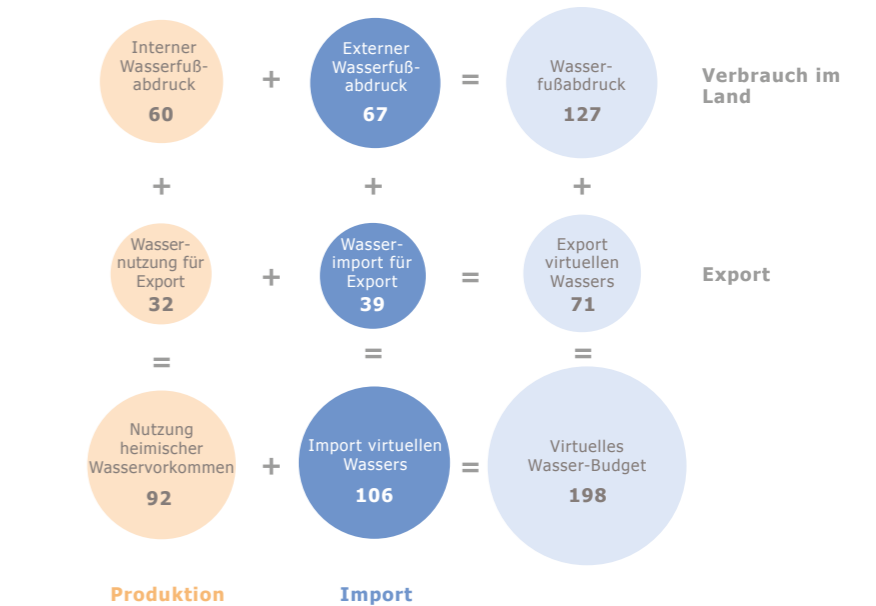
Abbildung 2: Schulartenbesuch nach Schulabschlüssen der Eltern in Deutschland | Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung, online: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/zukunft-bildung/159279/herkunft-gleich-zukunft>

oftmals problematisch, denn 750 Mio. Menschen haben keinen direkt Zugang zu Trinkwasser!⁹ Weitere 1,8 Mrd. Menschen haben zwar Zugang zu Trinkwasser, allerdings ist dieses mit Fäkalien verunreinigt. Weiterhin werden 2025 etwa die Hälfte der Weltbevölkerung in Regionen leben, die unter Wassermangel leiden¹⁰ – daher spielt die Effizienz der Wassernutzung, die auch laut SDG 6 unter nachhaltigen Aspekten optimiert werden muss eine große Rolle, um das Ziel erreichen zu können! In Deutschland stehen uns theoretisch 188 Mrd. Kubikmeter Wasser pro Jahr zur Verfügung, davon benötigen wir allerdings nur 17 %!¹¹ Hinzu kommt, dass in Deutschland der Wasserverbrauch sogar zurückgeht – betrachtet man aber den virtuellen Wasserfußabdruck¹², zeigt sich, dass der Wasserverbrauch nicht so gering ist, wie gedacht! Zur Erreichung des SDG 6 wäre dies ein Ansatzpunkt für Deutschland: zu schauen, wie sich der externe Wasserfußabdruck verringern ließe.

SDG 7 – Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern.

Nachhaltige und moderne Energie für alle ist eine weitere Grundvoraussetzung zur Erreichung verschiedener Ziele der Agenda 2030 (für SDG 1, 2, 6 etc.). Dass die Einigung bei dieser Zielformulierung nicht leicht ist, zeigen die doch recht „schwammig“ formulierten und wenigen Unterziele: „7.2 Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen“ um wie viel genau wurde nicht beschlossen! Ebenso problematisch sieht es mit den Anteilen von fossilen Energieträgern in diesem Energiemix aus, denn das Interesse die entsprechenden Rohstoffe weiterhin zu nutzen ist in einigen Ländern nach wie vor groß. Deutschland selbst steht im internationalen Vergleich trotz der Energiewende nicht in vorderster Reihe, allerdings ist Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich auf dem Spitzenplatz mit einem Anteil von 75 % erneuerbarer Energien am Bruttostromverbrauch im Land.¹³

Wasserfußabdruck in Deutschland



Wasserfußabdruck für Deutschland; Angaben in Mrd. m³ pro Jahr. Quelle: <http://www.virtuelles-wasser.de/wasserfussabdruck.html>

SDG 8 – Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern.

Die Kernpunkte des achten Ziels sind in der Überschrift treffend formuliert, allerdings findet sich unter der Formulierung 8.1 zum Wirtschaftswachstum der Gedanke der Nachhaltigkeit nicht wieder. Es zeigt sich, dass die ausgehandelten Ziele und Zielvorgaben nicht immer miteinander im Einklang stehen, dann weiteres Wirtschaftswachstum lässt sich nur schwer mit den planetaren Grenzen sowie der Begrenzung des Klimawandels vereinbaren. Weiterhin wird unter SDG 8 aber auch auf die Beendigung von Zwangsarbeit, Kinderarbeit und moderner Sklaverei eingefordert sowie die Situation für Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu verbessern. Als erweitertes Programm können die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Unternehmen und Menschenrechte

zu diesem Ziel ergänzt werden, die die Unternehmensverantwortung & Einhaltung der Menschenrechte entlang der Lieferkette einfordern.

SDG 9 – Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen.

Neben der Förderung einer nachhaltigen, verlässlichen und hochwertigen Infrastruktur umfasst das Ziel 9 außerdem den Ausbau der Industrie, vor allem in sog. Entwicklungsländern sowie die wissenschaftliche Forschung fördern insbesondere hinsichtlich der technologischen Kapazitäten im Industriesektor. Natürlich soll das im Rahmen des Konzepts der Nachhaltigkeit geschehen – ähnlich wie in Ziel 8 findet sich allerdings hier ein Widerspruch, in dem Nachhaltigkeit weiterem Wachstum gegenüber steht. Ausgeglichen werden könnte dies aber durch eine Fokussierung auf den Ausbau der

Industrie unter ökologischen Gesichtspunkten sowie entsprechender Innovationsförderung. Auch der Ausbau der Infrastruktur kann breit verstanden werden und den Dienstleistungssektor mit Bereichen wie Gesundheitsversorgung und Bildung einbeziehen. Dann wäre es für Deutschland möglich andere Staaten insbesondere durch wissenschaftliches Know-How und Technologie zu unterstützen und im eigenen Land die Infrastruktur von Verkehr bis Bildung einem Nachhaltigkeitscheck zu unterziehen.

SDG 10 – Ungleichheiten in und zwischen Ländern verringern.

Ungleichheiten werden im Ziel 10 mehrdimensional verstanden, so geht es neben der Bekämpfung von Diskriminierung auf allen Ebenen und in all ihren Formen auch um die Förderung von Teilhabe, Chancengleichheit in der Gesellschaft und Politik, Regulierung der Finanzmärkte, stärker Einbindung der sog. Entwicklungsländer in globale Entscheidungsprozesse und eine sichere Migration und planvolle Migrationspolitik. Eine große Rolle spielt in diesem gesellschaftspolitischen Bereich die Einkommensungleichheit, die in allen Ländern der Welt immer größer wird.

SDG 11 – Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten.

Da bereits mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt und der Anteil bis Mitte des Jahrhunderts auf fast 70 % gestiegen sein wird kommt dem Wohn- und Lebensraum Stadt eine immense Bedeutung bei der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung zu. So werden 70 % des globalen Bruttoinlandsprodukts in den Städten generiert, aber auch 70 % der Treibhausgase und des Abfalls. Die ambitionierten Zielvorgaben des Ziels 11 sehen unter anderem bis zum Jahr 2030 vor angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, das Katastrophenrisiko zu reduzieren, nachhaltige und bezahlbare Verkehrssysteme für alle zu ermöglichen sowie die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf massiv zu senken. Wie ambitioniert mit diesen Zielvorgaben verfahren wird, wird sich an der praktischen Umsetzung dieser Vorgaben in überprüfbare Maßnahmen zeigen.

SDG 12 – Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen.

Das Ziel 12 umfasst einen umfangreichen Katalog von Maßnahmen zur Etablierung und Sicherstellung nachhaltiger Produktions- und Konsumweisen. Unter anderem soll der Zehnjahres-Programmrahmen umgesetzt, bis zum Jahr 2020 ein umweltverträglicher Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen vorangetrieben und bis 2030 eine nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen erreicht werden. Große und transnationale Unternehmen sollen insbesondere dazu ermutigt werden nachhaltige Verfahren in der öffentlichen Beschaffung, der Produktion und dem Konsum einzuführen. Ebenfalls soll die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels-, bzw. Verbraucherebene halbiert sowie das Abfallauf-

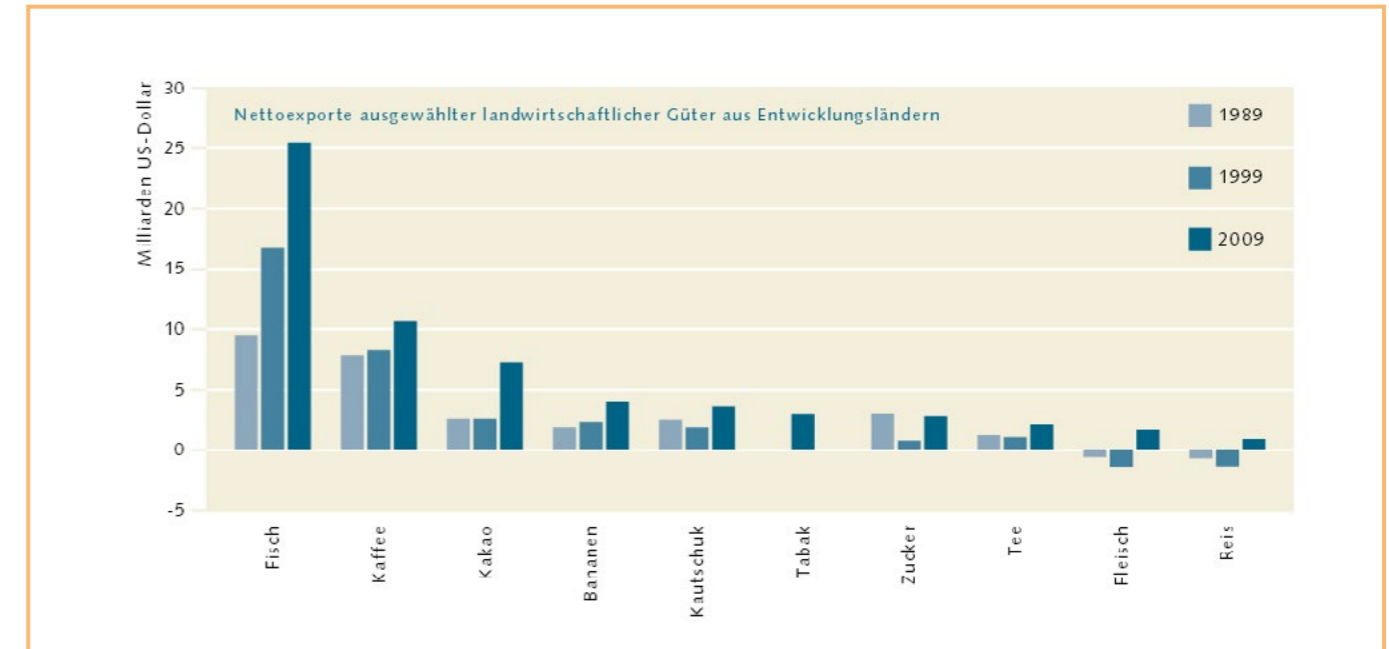
kommen deutlich verringert werden. Zu guter Letzt wird konstatiert, dass bis 2030 ein Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung gefördert wird, dass den Menschen eine harmonische Lebensweise mit der Natur ermöglicht. Darüber hinaus enthält Ziel 12 Vorschläge zur Umsetzung der Zielvorgaben, bspw. Stärkung des nachhaltigen Tourismus oder aber die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen.

SDG 13 – Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen.

Um sich des Klimawandels und seiner Auswirkungen anzunehmen, sie zu bekämpfen und sie anzupassen, hat das SDG 13 allgemeine Empfehlungen für die Länder formuliert. So soll die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern gestärkt werden. Ein weiterer Aspekt ist die Notwendigkeit der Einbeziehung von Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen. Von entscheidender Bedeutung ist ebenfalls, dass die Verpflichtungen von den Vertragsparteien bzgl. des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen erfüllt werden, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Kontext sinnvoller Klimaschutzmaßnahmen und einer transparenten Umsetzung zu entsprechen. Schließlich kommt der Förderung von Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten in den am wenigsten entwickelten Ländern und den Inselstaaten eine wesentliche Position zu. Das Ziel steht jedoch unter dem Vorbehalt, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen als zentrales internationales zwischenstaatliches Forum und geeigneter Ort für Verhandlungen über eine globale Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels angesehen wird!

SDG 14 – Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen.

Wenn über 70 % der Erde von Wasser bedeckt sind, so kommt diesem Teil der Erde eine zentrale Bedeutung für das ökologische Gleichgewicht zu. So sollen alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere jene vom Lande ausgehenden Tätigkeiten, die zu Meeresmüll und Nährstoffbelastung führen deutlich verringert werden. Weiterhin soll es Ziel sein bis 2020 die Meeres- und Küstenökosysteme nachhaltig zu bewirtschaften und zu schützen, um die Meere wieder gesund und produktiv zu machen. Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Versauerung der Ozeane. Diese auf ein Mindestmaß zu reduzieren soll auf allen Ebenen und mittels verstärkter wissenschaftlicher Zusammenarbeit Maßgabe sein. Auch die Beendigung der Überfischung sowie der illegalen, unangemeldeten oder unregulierten Fischerei und zeitgleich die Rekultivierung der Fischbestände bilden zentrale Punkte dieses Zieles. Dieses soll u.a. durch die Untersagung bestimmter Fischereisubventionen die zu Überkapazitäten und Überfischung führen sowie durch die Anerkennung der zentralen Position der am wenigsten entwickelten Länder



"Für viele Entwicklungsländer ist der Fischexport wichtiger als der Handel mit Kaffee oder Kakao." Quelle: Maribus u.a. (Hrsg.): world ocean review. Mit den Meeren leben. 2 Die Zukunft der Fische - die Fischerei der Zukunft. 2013. S. 37

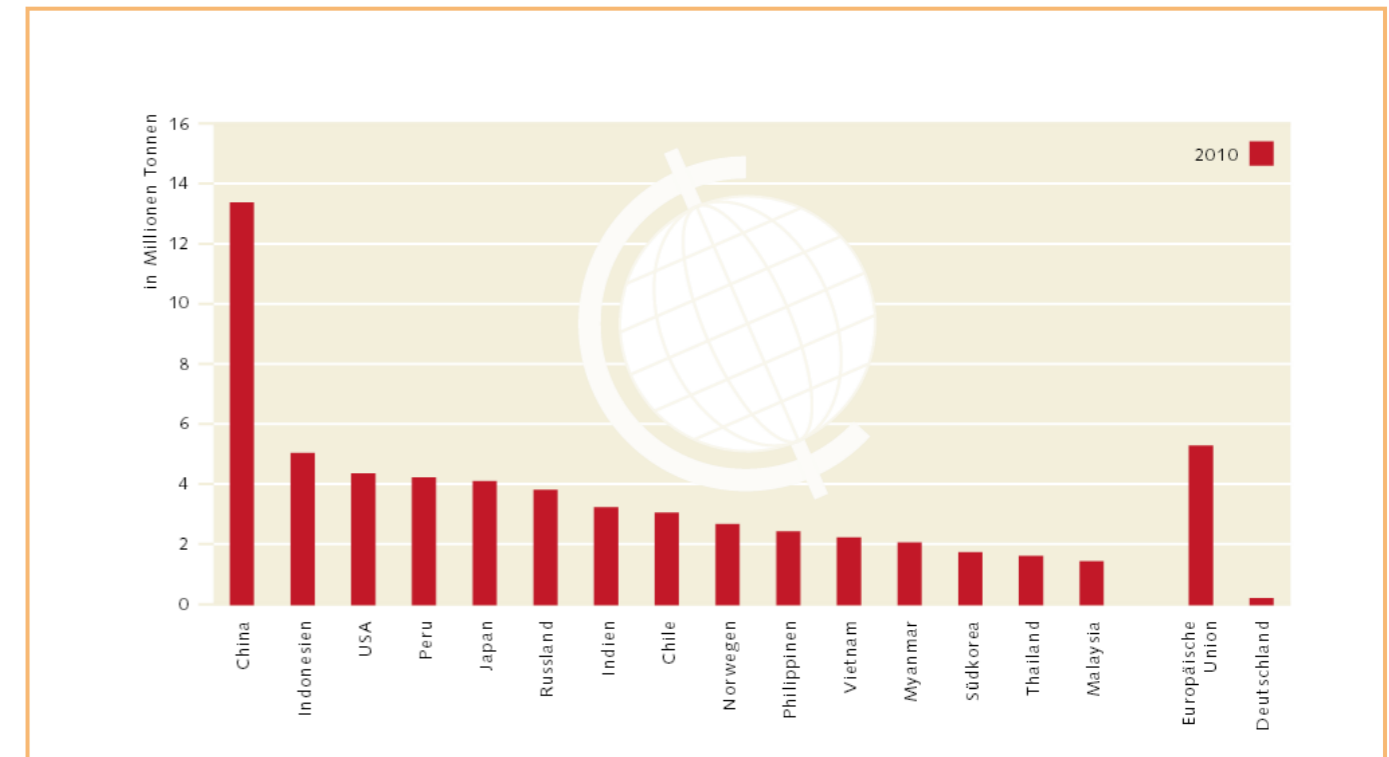


Abbildung 3: Die wichtigsten Fischereinationen nach Fangmengen. Quelle: Maribus u.a. (Hrsg.): world ocean review. Mit den Meeren leben. 2 Die Zukunft der Fische - die Fischerei der Zukunft. 2013. S. 49

Geber im Vergleich 2015 - Veränderung gegenüber 2014¹⁾

DAC-Länder		2015 ²⁾		2014		Veränderung gegenüber 2014	
Ranking nach ODA-Leistungen 2015	Netto-ODA	Anteil am BNE ³⁾ in %	Netto-ODA	Anteil am BNE ³⁾ in %	absolut	in %	
DAC insgesamt	131.586	0,30	137.222	0,30	-5.636	- 4,11	
USA	31.076	0,17	33.096	0,19	-2.019	- 6,10	
Großbritannien ⁴⁾	18.700	0,67	19.306	0,70	-606	- 3,14	
Deutschland	17.779	0,52	16.566	0,42	1.213	7,32	
Japan ⁵⁾	9.320	0,22	9.266	0,19	54	0,58	
Frankreich	9.226	0,37	10.620	0,37	-1.394	- 13,13	
Schweden	7.092	1,40	6.233	1,09	859	13,79	
Niederlande	5.813	0,76	5.573	0,64	240	4,30	
Kanada	4.287	0,28	4.240	0,24	47	1,11	
Norwegen	4.278	1,05	5.086	1,00	-808	- 15,89	
Italien	3.844	0,21	4.009	0,19	-165	- 4,11	
Schweiz	3.538	0,52	3.522	0,50	16	0,45	
Australien	3.222	0,27	4.382	0,31	-1.160	- 26,47	
Dänemark	2.566	0,85	3.003	0,86	-438	- 14,57	
Republik Korea	1.911	0,14	1.857	0,13	54	2,92	
Belgien	1.894	0,42	2.448	0,46	-554	- 22,62	
Spanien	1.604	0,13	1.877	0,13	-273	- 14,55	
Finnland	1.292	0,56	1.635	0,59	-343	- 20,99	
Österreich	1.207	0,32	1.235	0,28	-27	- 2,19	
Irland	718	0,36	816	0,38	-98	- 11,96	
Polen	442	0,10	452	0,09	-9	- 2,10	
Neuseeland	438	0,27	506	0,27	-68	- 13,46	
Luxemburg	361	0,93	423	1,06	-62	- 14,61	
Portugal	306	0,16	430	0,19	-125	- 28,94	
Griechenland	282	0,14	247	0,11	35	14,05	
Tschechische Republik	202	0,12	212	0,11	-11	- 4,96	
Slowakische Republik	86	0,10	83	0,09	3	3,08	
Slowenien	62	0,15	62	0,12	1	1,41	
Island	39	0,24	37	0,22	2	4,69	
nachrichtlich:							
DAC EU-Mitglieder	73.477	0,47	75.230	0,42	-1.753	- 2,33	
G7-Länder	94.233	0,28	97.103	0,27	-2.870	- 2,96	

¹⁾ Werte in jeweiligen Preisen und Wechselkursen.²⁾ vorläufige Werte.³⁾ Bruttonationaleinkommen (Bruttosozialprodukt).⁴⁾ Die OECD hat in ihrer Veröffentlichung der ODA-Schätzung 2015 für Großbritannien einen Wert von 0,71% ausgewiesen. Wie dort kenntlich gemacht wird, beruht dieser Wert jedoch darauf, dass das britische BNE nicht mit der aktuell gültigen Methode berechnet wurde. Bei Anwendung der aktuell gültigen BNE-Berechnung kommt Großbritannien laut OECD auf eine ODA-Quote von 0,67%.⁵⁾ Eine Vergleichbarkeit mit den Quoten der anderen DAC-Geber ist für Berichtsjahr 2015 nicht vollständig gewährleistet, weil das BNE nicht mit der aktuell gültigen Methode berechnet wurde.

Quelle: OECD / DAC

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/2_1_Geber_im_Vergleich_2015_Veraenderung_gegenueber_2014_vorlaeufig.pdf

bei den geführten Verhandlungen über die Vergabe von Fischereisubventionen erreicht werden.

SDG 15 – Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen.

Auch dem Schutz des globalen Ökosystems ist in der Agenda 2030 ein eigenes Ziel gewidmet. Dabei nimmt das Ziel 16 nicht nur die Landökosysteme, sondern ebenfalls die Gewässer in den Fokus. Es zweckt auf eine nachhaltige Nutzung der Land- und Binnenwasser-Ökosysteme im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen ab sowie auf eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder. Ebenfalls sollen bis 2030 die Wüstenbildung bekämpft, Bergökosysteme erhalten sowie die Bodendegradation verringert werden, um die Verschlechterung natürlicher Lebensräume zu stoppen und um die biologische Artenvielfalt zu erhalten. Dazu gehören neben einer ausgewogenen und gerechten Verteilung und einem angemessenen Zugang zu Ressourcen gerade auch die Beendigung der Wilderei und des Handels mit geschützten Pflanzen- und Tierarten sowie der Fabrikation illegaler Produkte aus wildlebenden Pflanzen oder Tieren.

SDG 16 – Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zu Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen.

Ziel 16 zeigt seine Bedeutsamkeit bereits auf den ersten Blick, wenn es die üblichen drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (Soziales, Wirtschaft, Umwelt) um Punkte des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit ergänzt. Alle Formen von Gewalt und von gewaltbedingter Sterblichkeit sollen überall deutlich verringert werden. Ebenfalls stehen die Beendigung des Miss-

brauchs und der Ausbeutung von Kindern, des Kinderhandels, von Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder im Fokus. Illegale Finanz- und Waffenströme sollen deutlich verringert, Korruption und Bestechung in allen Formen erheblich reduziert und zugleich der Zugang zu rechtsstaatlichen, transparenten und leistungsfähigen Institutionen und Verfahren gelegt werden. Zusätzlich bilden die demokratische Entscheidungsfindung auf allen Ebenen sowie die bessere Teilhabe der Länder des Südens an globalen Entscheidungsprozessen, aber auch die Wahrung der rechtlichen Identität aller Personen weitere Kernpunkte innerhalb dieses Zieles.

SDG 17 – Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben füllen.

Das letzte der siebzehn Ziele muss auch als ein Resultat aus den vorangegangenen MDGs gesehen werden, in denen versäumt wurde die konkrete Umsetzung mit finanziellen Mitteln auszustatten. Es befasst sich, im Gegensatz zu den anderen sechzehn Zielen, ausschließlich mit den Mittel zur Umsetzung der Agenda 2030 und nimmt u.a. Bereiche wie die Finanzierung, den Technologietransfer oder die Handelspolitik der gesamten Agenda in den Fokus. Ein Kernpunkt des Ziels ist somit auch zur Entschuldung der sogenannten Entwicklungsländer beizutragen und für die sogenannten entwickelten Staaten sich an das vereinbarte Ziel von 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens für die internationale Entwicklungshilfe bereit zu stellen. Verstärkt sollen außerdem einheimische Ressourcen mobilisiert werden, um die nationalen Kapazitäten zur Steuer- und Abgabenerhebung zu stärken, wie auch Investitionsförderungssysteme für die am wenigsten entwickelten Länder beschlossen werden. Weiterhin steht der Ausbau und die Stärkung der regionalen und internationalen Nord-Süd und Süd-Süd-Zusammenarbeit im Bereich Wissenschaft, Technologie und Innovation im Fokus, wie auch die Entwicklung, Verbreitung und Diffusion von umweltverträglichen Technologien an die Entwicklungsländer zu gegenseitig vereinbarten Konditionen. Eine besondere Herausforderung wird wohl die Beförderung eines universalen, regelgeschützten und gerechten multilateralen Handelssystems darstellen. Exemplarisch ist hier bspw. die rasche Umsetzung eines dauerhaften Zoll- und kontingentfreien Marktzugangs für alle am wenigsten entwickelten Länder im Einklang mit der WHO. Last but not least sollen die makroökonomische Stabilität durch Politikkohärenz verbessert, aber auch der politische Spielraum und die Führungsrolle jedes Landes bei der Umsetzung von Politiken zur nachhaltigen Entwicklung respektiert werden.

KATRIN KOLBE

Projektleitung Sustainable Development Goals, Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

¹⁾ Siehe dazu die „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“, welche auf der 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen als die Resolution A/70/L.1 im September 2015 verabschiedet wurde. [online] www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf [12.12.2016].

²⁾ Für weiterführende Informationen siehe den Bericht des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) „Die Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung: Gemeinsame globale Herausforderungen, Interessen und Ziele“ [online] https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/grundsatz_und_ziele/bericht_bureg_agenda_post2015_1.pdf [10.12.2016] sowie die „Sustainable Development Knowledge Platform“ der Vereinten Nationen [online] <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015> [12.12.2016].

³⁾ Official Development Assistance (ODA): Die Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit umfasst die Bereitstellung finanzieller, technischer und personeller Leistungen im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit nach Definition des Development Assistance Committee (DAC). Die ODA-Quote ist nun der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen. Laut OECD Vereinbarung liegt sie bei 0,7 %. [online] http://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/oda/index.html [05.12.2016].

⁴⁾ Weiterführende Informationen des Projekts zum Umsetzungsstand der SDGs in Deutschland und Europa anhand von ausgewählten Indikatoren sind zu finden unter [online] <https://2030-watch.de> [04.12.2016].

⁵⁾ Die gesamten weiteren Ausführungen zu den einzelnen SDGs lehnen sich an die aufschlussreichen Ausführungen zur Agenda 2030 von Jens Martens und Wolfgang Obenland „Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung“ an.

⁶⁾ Nähere Informationen sind im „Armutsbericht 2016“ des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands zu finden.

⁷⁾ Weiterführende Informationen zur Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) sind im Internet auf der Homepage zu erhalten. [online] <http://www.fao.org/food-loss-and-food-waste/en> [12.11.2016].

⁸⁾ Siehe hierzu die Ergebnisse der WHO Statistiken auf der Homepage. [online] <http://apps.who.int/gho/data/node.sdg.tp-1?lang=en> [10.11.2016].

⁹⁾ Detaillierte Ausführungen des Hilfswerks Brot für die Welt zum Thema „Wasser“ sind online zu finden. [online] <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/wasser> [16.11.2016].

¹⁰⁾ Die genauen Angaben können auf der Seite der World Health Organization (WHO) eingesehen werden. [online] <http://www.who.int/mediacentre/factsheets/fs391/en> [11.11.2016].

¹¹⁾ Weiterführende Angaben sind auf der Internetpräsenz des Deutschen Wasser Serviceportal zu finden. [online] <http://www.tag-des-wassers.com/wasser---fakten> [11.12.2016].

¹²⁾ Wasserfußabdruck: Er bezeichnet die Wassermenge, die insgesamt von den Einwohnern eines Landes beansprucht wird und setzt sich aus dem internen (Nutzung der heimischen Wasserressourcen) und dem externen (Wasser, das aus anderen Ländern für den eigenen Konsum importiert) Wasserfußabdruck eines Landes zusammen. Weiterführende Informationen dazu siehe den Beitrag „Virtuelles Wasser“ der Vereinigung Deutscher Gewässerschützer e.V.: [online] <http://www.virtuelles-wasser.de/wasserfussabdruck.html> [11.11.2016].

¹³⁾ Ausführliche Informationen siehe das Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume (MELUR): [online] <http://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/E/erneuerbareenergien.html;jsessionid=1D7F4FB6F5393DF04FA4199F0FF4CFB4> [13.11.2016].

LITERATURHINWEISE

- BEI (2016): Nachhaltiges Wirtschaften in Schleswig-Holstein. Herausforderungen und Grenzen des Konzeptes Corporate Social Responsibility. Hrsg.: Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI).
- Brot für die Welt (2015): Die Welt im Wasserstress. Wie Wasserknappheit die Ernährungssicherheit bedroht. Hrsg.: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (2016): Armutsbericht 2016. Zeit zu handeln. Bericht zur Armutsentwicklung in Deutschland 2016. Hrsg.: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e.V., S. 10.
- DGCN (2014): Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Umsetzung des Rahmens der Vereinten Nationen „Schutz, Achtung und Abhilfe“. 2. Auflage, Hrsg.: Deutsches Global Compact Netzwerk (DGCN).
- FAO (2011): Global Food Losses and Food Waste. Hrsg.: Food and Agriculture Organization of the United Nations, S. 5. [online] <http://www.fao.org/docrep/014/mb060e/mb060e00.pdf> [12.11.2016].
- Martens, Jens; Obenland, Wolfgang (2016): Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Hrsg.: Global Policy Forum; terre des hommes Deutschland e.V.
- Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO): Die Entwicklung der deutschen ODA-Quote bis 2020: Wie aus Anspruch Realität werden kann. Hrsg.: VENRO. [online] http://venro.org/uploads/tx_igpublikationen/VENRO_Studie_ODA.pdf [05.12.2016].
- WHO (2016): World Health Statistics 2016: Monitoring Health for the SDGs, Sustainable Development Goals. Hrsg.: World Health Organization.

VON DER NÜTZLICHKEIT DER SDGs

Nach dem Spiel ist vor dem Spiel. Diese Weisheit gilt nicht nur beim Fußball, sondern auch bei internationalen Konferenzen. Mit der Konferenz von Rio de Janeiro 1992 und der Agenda 21 waren eigentlich schon die Grundlagen für eine zukunftsfähige Weltgesellschaft angelegt. Die Baupläne wurden lokal verstanden, nur das globale Zusammenfügen durch regionale, nationale und internationale politische Ebenen wollte nicht recht klappen. Die Millennium Development Goals (MDGs) fügten diesen Grundlagen 8 Ziele mit konkreten Zielvorgaben bei, die sich vor allem auf die Umsetzung in Entwicklungsländern bezog. Nach 15

Jahren ist man übereingekommen, dass die Ziele teilweise verfehlt worden bzw. zu unspezifisch gewesen sind und der Ansatz einer Neuorientierung bedarf. Und tatsächlich, mit der Unterzeichnung der 17 Sustainable Development Goals (SDGs) und ihren 169 Unterzielen haben die Vereinten Nationen nicht lange auf sich warten lassen ein neues Programm aufzulegen. Die Frustration über die vielen Konferenzen mit ihrem hohen Appellcharakter, jedoch dürftiger Wirkung ist bei vielen NGOs¹ verständlich. Der Ernüchterung darüber ist ein pragmatischer Umgang mit Vereinbarungen dieser Art entgegenzustellen.

DIE VEREINBARUNG – EIN ERFOLG

In einer weltpolitischen Atmosphäre globaler Spaltungen und Spannungen wurde eine UN-Vereinbarung getroffen, der ein, bis dahin noch nicht dagewesener aufwändiger Prozess eines inklusiven Multilateralismus, zugrunde gelegen hat. Es wurde ein Papier erarbeitet, an dem sieben Millionen Menschen beteiligt waren. Gemeinsam mit dem Aktionsplan von Addis Abeba und dem Pariser Klimaabkommen ist das ein Erfolg.

Die SDGs basieren auf Prinzipien, die in vergangenen Abkommen so nicht verfolgt wurden. Sie gelten universell, sind unteilbar und haben transformativen Charakter. Alle Staaten haben die SDGs zu berücksichtigen und zu bearbeiten und erst die Berücksichtigung und Bearbeitung aller Ziele macht den Charakter der SDGs aus. Bezugspunkt ist der Mensch, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte stehen im Mittelpunkt.

Auf nationale Ebene gesenkt ähnelt dieses Verständnis ein wenig der Grundintention der Ausstellung Entwicklungsland D, die Ende der 90er Jahre vom Eine Welt Landesnetzwerk Nordrhein-Westfalen entwickelt und von der agl² in alle Landesnetzwerke getragen wurde³. Demnach müssen wir (Deutschland) uns in einer bestimmten Art und Weise entwickeln, damit andere die Option haben sich ähnlich entwickeln zu können. Das impliziert, dass wir in unserer Planung

auch immer bedenken, dass die Ressourcen unseres Planeten begrenzt und miteinander zu teilen sind.

MÖGLICHE (FEHL-)INTERPRETATIONEN

Nun ist Papier geduldig und Politik – wie wir wissen - erfindungsreich. So schön die zentralen Elemente der Vereinbarung sind, so leicht lassen sie sich durch kleine Interpretationen aushebeln, die dann alleine auf eine nationale nachhaltige Entwicklung fokussieren.

1. Kaum waren die SDGs gesetzt, gab es schon nationale Rankings, die den Industriestaaten bescheinigten, dass sie in der Zielsetzung nachhaltige Entwicklung schon gut abschneiden, auch wenn noch einige Hausaufgaben getätigt werden müssten. In dem Ranking der Bertelsmann Stiftung belegen die skandinavischen Länder – wie so oft – die vorderen Plätze. Deutschland belegt immerhin Platz sechs. Am Ende der Skala – nicht weiter überraschend – die DAC-Länder⁴. Hinter vorgehaltener Hand machte in den Ministerien schnell die Runde, dass der Handlungsbedarf doch nicht bei uns läge, sondern bei den anderen. Doch der Aufwand, die letzten 20 Prozent bis zum Ziel zu erreichen, ist letztlich immer um einiges höher, als der Aufwand der ersten 80 Prozent.

Die zugrunde gelegten Indikatoren für das Ranking haben eigener Einsicht folgend bereits einige nicht zu lösende Probleme gehabt, die die nationale Fokussierung nicht nur verschärft, sondern das Ranking bezüglich der globalen Aussagekraft selbst in Frage stellt:

Einige SDGs und ihre Unterziele können schlichtweg nicht nationalstaatlich erhoben werden. Das gilt für die – für uns nicht ganz unerheblichen – globalen öffentlichen Güter und die Vergleichbarkeit von globaler Ungleichheit.

Zudem werden nur in eingeschränktem Maße länderexterne Effekte berücksichtigt. Die Maßnahmen der G20-Staaten haben jedoch erhebliche Auswirkungen darauf, ob andere Länder ihre Zielvorgaben schaffen können oder nicht.

Der SDG-Index und die Dashboards geben zudem den aktuellen Entwicklungsstand eines Landes bezüglich der Indikatoren wieder, nicht aber die Entwicklung des Landes im Laufe der Zeit.

2. Jeder ist seines Glückes Schmied. Nationale Nachhaltigkeitsstrategien fokussieren also wieder allein auf nationale Fragen. Ein Beispiel dafür ist das Grünbuch der Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holsteins. Dazu hat das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein eine Stellungnahme verfasst, deren Fazit sich folgendermaßen zusammenfassen lässt: „Das Grünbuch liest sich im Wesentlichen wie eine Marketingbroschüre für Schles-

wig-Holstein. Der rote Faden ist, dass das Bundesland schon gut aufgestellt ist und noch besser wird: Eines steht dabei schon heute fest: Die kommenden Entwicklungen und Trends sind gut für uns und setzen unsere Alleinstellungsmerkmale und Stärken nun erst richtig in Wert. Wind, Wasser, Natur und die Nähe zu Skandinavien werden zu Standortfaktoren“ (BEI: Stellungnahme zum Grünbuch 2016). Zahlen, die anfangs im 4-Seiten-Fakten-Check genannt werden, werden zudem nicht in einen Kontext gesetzt, sind deswegen wenig aussagekräftig und genügen folglich auch nicht einer fundierten Status-Quo-Analyse.

Die internationale Dimension wird zudem bisher nur in Richtung einer positiven Entwicklung Schleswig-Holsteins berücksichtigt: „Unsere Stärken sind eng mit den ländlichen Strukturen verbunden und liegen vor allem im Tourismus, in der maritimen Wirtschaft, der Logistik, der Ernährungs- und der Energiebranche“ (Landesregierung S-H: Grünbuch 2016). Ganz ähnlich verhält es sich, wenn Schleswig-Holstein nur als Drehscheibe zwischen Nord- und Mitteleuropa angesehen wird und die globale Verflechtung ausgeblendet wird. Inwieweit unsere Stellungnahme Eingang in das Weißbuch findet, ist bei Drucklegung dieser Broschüre noch nicht bekannt.

Insgesamt sehen wir hier eine Renaissance der Modernisierungstheorien der 50er und 60er Jahre, welche gesellschaftliche Entwicklung national und technokratisch am Reißbrett implementieren wollten. Der Unterschied besteht darin, dass dies damals für Entwicklungsländer vorgeschlagen wurde, heute für alle Länder dieser Erde. Die Globalisierung offenbart eigentlich, dass globale Herausforderungen multinationale Lösungen bedürfen. Dieser ambitionierte Ansatz, der sich auch aus einer nicht wirklich innovativen Einsicht speist, ist nun in den nationalen Anstrengungen auf der Strecke geblieben. Das entspricht der gegenwärtigen weltpolitischen Lage, die nicht wirklich auf multilaterale Vereinbarungen setzt, sondern in eine Unübersichtlichkeit neuer regionaler Bündnisse zerfällt.

Die neue Globalisierung⁵ hat weder eine Weltgesellschaft noch eine von ihr legitimierte Weltregierung entwickelt. Die Machtregionen selbst sind zudem selten homogen bzw. verfügen über kaum einen konzertierten Problemlösungsmechanismus, der diesen Namen auch verdient. Wir müssen nicht weit weg schauen, um dafür ein Beispiel zu finden: Die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Die Herausforderung ist, dass für viele Menschen ihre Lebensverhältnisse so unerträglich geworden sind, dass sie sich auf den Weg machen, ihre Heimat zu verlassen. Die meisten verbleiben in ihrer Region und die wenigsten kommen bisher tatsächlich nach Europa. Die Herausforderung ist es, den Menschen aus diesen Ländern und Regionen, Handlungsspielräume zu eröffnen und dort ein Leben in Würde zu ermöglichen. Nicht so für die Europäische Union. Für sie ist die Herausforderung die fast schon perfide Frage: Wie schließe ich meine Grenzen erfolgreich, um Wohlstand nicht teilen zu müssen?

VERGESSENE DIMENSIONEN

In den Ergebnissen der letzten Weltkonferenzen werden zwei Dimensionen hartnäckig vergessen, die der Erreichung der gesetzten Ziele beharrlich im Wege stehen.

Regine Mehl skizziert in einer Kolumne des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) die Unterwanderung der Agenden durch dynamische Rüstungspolitik mit dem Titel Parallele Welten – gegenläufige Ziele. „Rüstungsproduktion und Rüstungsexport sind die großen Bremser für erfolgreiche und Grenzen überwindende globale und nachhaltige Friedensstrategien. Neben vielen anderen Problemen in den politischen Beziehungsstrukturen der Staaten- und Gesellschaftswelt [...] haben sich die rüstungspolitischen Dynamiken in einer Parallelwelt verankert“ (DIE: Die aktuelle Kolumne, 30.05.2016), die nicht nur von der breiten Öffentlichkeit wahrgenommen wird, sondern vor allem auch nicht

weltpolitisch geahndet werden (können). Das Ziel einer Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften wird nachhaltig von den steigenden Rüstungsausgaben der diesbezüglich führenden Nationen USA, China, Russland, Frankreich und Deutschland, dicht gefolgt von Großbritannien, Spanien, Italien, Ukraine und den Niederlanden unterlaufen. Immerhin sind gleichzeitig vier Länder davon, Deutschland, Niederlande, Großbritannien und Frankreich in den Top 11 der SDG-Rankings der Bertelsmann Stiftung. „Dieses „Setting“ aus wachsender, politisch gesteuerter und subventionierter Rüstungsproduktion sowie einer global verflochtenen Rüstungswirtschaft hat seit Jahrzehnten gewalthaltige Konflikte immer wieder angeheizt“ (DIE: Die aktuelle Kolumne, 30.05.2016). Rüstungsproduktion und -politik mit all ihren perfiden Schattierungen scheint unabhängig vom SDG-Ziel 16 – die Förderung von friedlichen und inklusiven Gesellschaften – zu sein. Werden wir dieses weltweit exorbitante profitable Geschäft nicht in Griff bekommen, ist alles andere auch nicht realisierbar.

Damit zusammenhängend ist der Faktor Macht in den Vertragswerken vollständig ausgeblendet. Internationale Verträge sind aber Aushandlungsprozesse, die der weltweiten Machtverteilung Rechnung tragen. Aspekte wie „Nachhaltigkeit und Macht“ wurden bereits am Rande der Agenda 21 thematisiert. Wenn man auch dem, eher noch dezidiert antikapitalistischen Duktus heute nicht mehr folgen will, nimmt es die beharrlichen Macht- und Herrschaftsansprüche der in Machtregionen zersplitterten Weltstaatengemeinschaft in den Blick. Den Begriff der „globalen Nachhaltigkeit“ gilt es hierbei vor einer Umdefinierung und Instrumentalisierung zu verteidigen.

Am ehesten wird dies im Zusammenhang mit den Grenzen der Demokratie als System thematisiert. Diese Diskussion ist aber weniger redlich, da es zumeist darum geht, Systeme autoritären Charakters zu legitimieren oder zu installieren, die die Macht nicht etwa mehr verteilen, sondern ganz im Gegenteil eher konzentrie-

ren. Die wirklich entscheidende Frage der Demokratie ist es, ob es ihr möglich ist politische Weichen zu stellen, die die ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Macht in seine Grenzen verweisen kann. Abermals verweist dieses auf die Nichtexistenz einer Weltregierung, die von den Vereinten Nationen nur notdürftig ersetzt werden kann.

Beachtenswert und symptomatisch ist in diesem Zusammenhang das herrschaftliche Spiel mit den Begriffen Transparenz und Partizipation. Weltweit werden den SDGs von Seiten der Regierungen hohe Transparenz und die Partizipation der Zivilgesellschaft in Form von Zustimmung und Leistung von eigenen Beiträgen eingeklagt. Bei wirklich substantiell weitreichenden Entscheidungen – wie TTIP, Ceta usw., die vergleichsweise schnell durch- und umgesetzt werden – wird eine solche Zustimmung nicht nur nicht eingeholt, sondern einem besonders kleinen und geheimen Kreis überlassen. Partizipation so gesehen wird dazu instrumentalisiert, um Prozesse und Entscheidungen zu verzögern oder zu verunmöglichen.

FAZIT

Mit den SDGs wurde die Perspektive auf die globale Verantwortung für nachhaltige Entwicklung auf alle Gesellschaften fokussiert. Das ist eine historische Leistung, die es uns ermöglicht entwicklungspolitische Themen national rückzubinden. Es ist nicht weiter verwunderlich, dass Staaten und Gesellschaften diesem Trend ausweichen wollen. Umso wichtiger ist es, dass wir die SDGs pragmatisch nutzen.

1. Das allseits hörbare Credo Partizipation der Zivilgesellschaft ist nicht so zu interpretieren, dass die Gesellschaft nun die SDG umzusetzen hätte. Die Umsetzung der SDGs ist im Wesentlichen eine Aufgabe der Staaten und der Staatengemeinschaft.

2. Die Aufgabe der Zivilgesellschaft ist es, die Umsetzung der SDGs kritisch zu befeuern und einzuklagen. Nicht die Umsetzung der SDGs sind also unser Thema, sondern das Insistieren auf dem globalen Aspekt der SDGs und ihre Umsetzung.

3. Strukturell gilt es die Weltzivilgesellschaft in diesem Prozess zu vernetzen. Dazu eignet sich der Ausbau globaler Partnerschaften. Das ist hilfreich, kann aber nicht über den gegenläufigen Trend hinwegsehen, dass Staaten sich mit ihren Zivilgesellschaften zugunsten pränationaler Gebilde auflösen.

MARTIN WEBER

Geschäftsführer Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. und Landeskoordinator des Promotorenprogramms in Schleswig-Holstein

¹ Non Governmental Organisation (NGO): Nichtregierungsorganisation (NRO)

² agl: arbeitsgemeinschaft der eine welt landesnetzwerke in deutschland e.V.

³ S. Bündnis Eine Welt S.-H. e.V.: http://www.bei-sh.org/ausstellung_entwicklungsland_d.html; Eine Welt Netz Bayern e.V.: <http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/service-publikationen/ausstellungen/entwicklungsland-d/inhalt.shtml> und Eine Welt Netz NRW: <https://www.eine-welt-netz-nrw.de/seiten/262/>. [9.11.2016]

⁴ DAC-Länder: Liste der Länder, die nach der OECD, die im Staatenvergleich weniger oder am wenigsten entwickelt sind. Dies wird durch das Development Assistance Committee (DAC), zu Deutsch Ausschuss für Entwicklungshilfe festgelegt. Die Liste ist beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung abrufbar: https://www.bmz.de/zentrales_downloadarchiv/Ministerium/ODA/DAC_Laenderliste_Berichtsjahre_2014_2016.pdf

⁵ Globalisierung ist kein neues Phänomen. Der Grad der Globalisierung vor dem 1. Weltkrieg wurde erst wieder Anfang der 1970er Jahre erreicht.

LITERATURHINWEISE

- Eblinghaus, Helga; Sticker, Armin (1996): Nachhaltigkeit und Macht – Zur Kritik von Sustainable Development, IKO-Verlag.

- Mehl, Regine (2016): Parallele Welten – gegenläufige Ziele: Wie Rüstungspolitik die Agenda 2030 unterwandert. In: Die aktuelle Kolumne, 30.05.2016. Hrsg.: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).

- Nohlen, Dieter (Hrsg.) (2000): Lexikon Dritte Welt Länder, Organisationen, Theorien, Begriff, Personen. 1. Auflage, Rowohlt.

- Pies, Ingo (2000): Globalisierung und Demokratie: Chancen und Risiken aus ökonomischer Sicht. In: Globalisierung und Demokratie. Wirtschaft, Recht, Medien. Hrsg.: Brunkhorst, Hauke; Kettner, Matthias, Suhrkamp, S: 53-89.

- BEI (2016): Stellungnahme zum Grünbuch Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030. Hrsg.: Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI). [online] http://www.bei-sh.org/fileadmin/bei/Publikationen/2016_Buendnis-Eine-Welt-SH_Stellungnahme_Gruenbuch_LES-SH_2030.pdf [08.10.2016].

- Bertelsmann Stiftung (2016): SDG Index & Dashboards – A Global Report. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung; Sustainable Development Solutions Network (SDSN). 1. Auflage.

- Deutsche Welthungerhilfe (2016): Welthunger-Index 2016 – Die Verpflichtung, den Hunger zu beenden. Hrsg.: Deutsche Welthungerhilfe e.V.; Internationales Forschungsinstitut für Ernährungs- und Entwicklungspolitik (IFPRI); Concern Worldwide. [online] http://www.welthungerhilfe.de/fileadmin/user_upload/Themen/Welthungerindex/WHI_2016/Welthunger-Index-2016-Hunger-beenden-Welthungerhilfe.pdf [08.10.2016].

- Landesregierung Schleswig-Holstein (2016): Grünbuch Landesentwicklungsstrategie Schleswig-Holstein 2030. Hrsg.: Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. [online] http://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Landesentwicklungsstrategie/Downloads/downloads/Gruenbuch_Gesamt.pdf?__blob=publicationFile&v=5 [08.10.2016].

NACHHALTIGE ENTWICKLUNGSZIELE

„SUSTAINABLE DEVELOPMENT GOALS = SDGs“



EINLEITUNG:

Die Grundlage für die nachhaltigen Entwicklungsziele: „Sustainable Development Goals“ (SDGs), sind die 8 Millenniums-Entwicklungsziele: „Millennium Development Goals“ (MDGs). Diese wurden in der Amtszeit von UN-Generalsekretär Kofi Anan formuliert und beinhalten 21 Unterziele. Ausgangsjahr für die MDGs war das Jahr 1990, mit einer 15-jährigen Zeitspanne vom

Jahr 2000 bis 2015. Als Fortsetzung für die MDGs wurden am 25. September 2015 in der 70. UN-Generalversammlung in New York, unter der Leitung von UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon, von Regierungschefs, bzw. den diplomatischen Vertretern von 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, die SDGs verabschiedet. Diese beinhalten 17 Ziele mit 169 untergeordneten Zielen und sollen die MDGs ablösen. Die Laufzeit der SDGs beträgt 15 Jahre und die Ziele sollen bis zum Jahr 2030 erreicht werden. Für eine saubere Umsetzung der Agenda 2030 und ein Erreichen dieser Ziele wird ein effektiver Beitrag der Entwicklungs-, Schwellen- und Industriestaaten gleichermaßen erwartet. Im Mittelpunkt der SDGs steht die nachhaltige Entwicklung.

KERNPUNKTE DER SDGs:

Betrachten wir die SDGs als Agenda für das Jahr 2030, ergeben sich 5 Kernpunkte – oder 5 "p"s – für diese Agenda:

Mensch (people), Planet (planet), Wohlstand (prosperity), Frieden (peace) und Partnerschaft (partnership) in einer Welt. Diese 5 Kernpunkte gelten als Fahrplan („road map“) und beschreiben für alle Staaten den Weg, um eine saubere Transformation bis hin zu einer globalen und nachhaltigen Entwicklung zu erreichen.

Nehmen wir diese 5 Punkte (p's) als Weg zum Ziel und beleuchten ihre Rolle für die globale Entwicklung und Nachhaltigkeit:

► **Mensch (people):** Hier steht der Mensch mit seinen Bedürfnissen und seiner Würde im Mittelpunkt. Rund 2 Milliarden Menschen leben unter miserablen Bedingungen. Die Lebensumstände, in denen sich die Slum-Bewohner beispielsweise befinden, sind menschenunwürdig. Den Menschen fehlt es dort an Arbeit, Lohn und Nahrung. Die Mehrheit der Menschen dort hat kein sauberes Wasser zum Trinken oder zum Waschen. Vielen Menschen in den Städten und Vorstädten fehlt sogar ein Dach über dem Kopf sowie fließendes Wasser und Sanitäran-

lagen, was das Vorkommen von Krankheiten, v.a. Krankheiten infektiöser Art begünstigt. Der Meilenstein für ein menschenwürdiges Leben ist eine Perspektive mit menschenwürdigen Arbeitsbedingungen und passendem Lohn zum Leben.

► **Planet (planet):** Mehr denn je ist unser Planet von den klimatischen Veränderungen bedroht. Bei einer Klimaerwärmung von nur > 1 °C bspw., ist das Leben von vielen marginalisierten Gruppen wie Bauern, Nomaden, Viehzüchter und Fischer gefährdet. Hinzu kommt, dass durch die globale Klimaerwärmung Naturkatastrophen wie Gletscherschmelze, Überschwemmungen und Bodenversalzung entstehen. Diese können weiterhin zur Verschiebung der Erntezeiten, bzw. zur Vernichtung der gesamten Ernte führen. Schutz für unseren Planeten – und damit für kommende Generationen – bedeutet die Begrenzung des Klimawandels, den Erhalt der Ökosysteme, die Bewahrung der Biodiversität, die nachhaltige Nutzung der Meere und Ozeane und einen verantwortlichen Umgang mit den natürlichen Ressourcen.

► **Wohlstand (prosperity):** Die Basis für einen globalen Wohlstand ist durch eine intakte Wirtschaft und eine soziale Gerechtigkeit gegeben. Eine Schlüsselrolle spielen hier die zur

Verfügung stehenden Chancen eines Menschen in seinem sozialen und gesellschaftlichen Gefüge. Wohlstand ist vermutlich gegeben, wenn die Schere zwischen Arm und Reich zu geht und die Kluft zwischen Haben und Nichthaben enger wird. Der Traum von Wohlstand ist auch nach drastischen Umbrüchen von Krieg und Frieden global weiterhin gut denkbar. Zu einer positiven Entwicklung trägt die politische, wirtschaftliche und soziale Stabilität und Gleichverteilung von Nahrungsgütern bei.

► **Frieden (peace):** Ohne Frieden ist keine Entwicklung zu erwarten und von einer Nachhaltigkeit in der Entwicklung kann schon gar nicht die Rede sein. Entscheidend für dieses Ziel ist die Stabilität auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene. Diese kann in erster Linie durch gute Regierungsführung, mittels funktionierender Rechtssysteme und einer politischen Infrastruktur, von jedem Staat erreicht werden. Im Mittelpunkt steht die Demokratie und Beachtung der Menschenrechte für den Bürger und Minderheiten. Weiterhin bedeutet Frieden auch die Inklusion von Minderheiten in eine Gesellschaft oder in einen Staat, ohne Angst, Gewalt und Vertreibung. Die Gewährleistung von Rechten und damit von Sicherheit für die Minderheiten in einem Staat, ist von entscheidender

Bedeutung für eine gute Partnerschaft in Form von sozialer und gesellschaftlicher Solidarität und trägt positiv zur Erreichung des Ziels „Frieden“ bei.

► **Partnerschaft (partnership):** Für eine nachhaltige Entwicklung spielt eine globale Partnerschaft, die von beiden Seiten aus funktioniert eine wichtige Rolle. Hier ist, neben internationaler Zusammenarbeit, Entwicklungshilfe, Patenschaften und Mikrokrediten, auch der faire Handel eine wesentliche

Angelegenheit. Durch fairen Handel kann den Menschen garantiert werden, dass ein Großteil der Einnahmen bei den Produzent_Innen auf dem Feld oder Betrieb und ohne viele Zwischenhändler ankommt. Diese können einen wichtigen Beitrag für eine nachhaltige Entwicklung in den armen Ländern, bspw. bei der Versorgung, Bildung und Behandlung, leisten. Die lokale und globale Unterstützung des fairen Handels ist daher eine grundlegende Aufgabe und zählt, als soziale Verantwortung der Verbraucher und Menschen, auf allen Ebenen.

SDG 2: DEN HUNGER BEENDEN, ERNÄHRUNGSSICHERHEIT, EINE BESSERE ERNÄHRUNG ERREICHEN UND EINE NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT FÖRDERN:

DEFINITION - HUNGER:

Nach Definition der Vereinten Nationen hungert ein Mensch, wenn er nicht genug zu essen hat um sein Körpergewicht zu erhalten und zugleich leichte Arbeit verrichten kann. Der Tagesbedarf eines Menschen an Nahrung hängt von Alter, Geschlecht, Körpergröße, Tätigkeit und Klimabedingungen ab. Das Welternährungsprogramm der UN (WFP) schätzt den Tagesbedarf eines Menschen auf ca. 2.100 Kilokalorien/Tag. Bei einer Kalorienzufuhr von 1.400/Tag spricht man von extremer Unterernährung und chronischem Hunger. Hinzu kommt, dass viele Menschen in den Entwicklungsländern mangelernährt sind. Den Menschen fehlen in der Tagesration ihrer Speisen Energielieferanten aus Kohlenhydraten und Ballaststoffen wie Reis, Weizen oder Mais. Weiteres Ergebnis des Hungers sind Defizite der essentiellen Nährstoffversorgung wie Vitaminen, Mengenelementen, Spurenelementen, Aminosäuren, Fettsäuren und sekundären Pflanzenstoffen. Diese Mangelernährung wird als versteckter Hunger bezeichnet. Etwa ein Drittel der Weltbevölkerung ist von dieser Erscheinung betroffen. Die Mehrheit der Betroffenen sind Schwangere, Stillende und Kleinkinder. Mangelernährung kann bei Müttern zur selben Zeit die Gesundheit und das Leben von Mutter und Kind gefährden. Es kommt zu Fehlgeburten und Geburtskomplikationen bei den Müt-

tern, aber auch zu Missbildungen, Entwicklungsstörungen und Behinderungen bei den Föten bzw. Kindern.

ARMUT – DER WEG ZUM HUNGER:

Der direkte Weg zum Hunger ist Armut. Armut gilt als die größte Herausforderung unserer Zeit. Armut ist ein globales Phänomen und kann jeden Menschen treffen. Aus diesem Grund ist Armut, das erste Ziel der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Es werden grundsätzlich drei Arten von Armut unterschieden:

- Absolute Armut: Wenn das Einkommen eines Menschen weniger als 1,25 US \$ pro Tag beträgt. Es gibt weltweit rund 1,2 Milliarden Menschen, die unter der absoluten Armut leben.
- Relative Armut: Wenn das Einkommen eines Menschen unter der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens liegt.
- Gefühlte Armut: Vorkommend bei Menschen, die wegen gesellschaftlicher Ausgrenzung als „arm“ betrachtet werden oder in ständiger Angst vor Armut leben.

Um den globalen Hunger nachhaltig zu beenden ist die Bekämpfung der Armut notwendig.

Ein effektiver Kampf gegen Armut bedeu-

tet Bildung, Schaffung von Arbeitsplätzen in Zeiten der Technisierung und passende Löhne für verrichtete Tätigkeiten. All dies ist wiederum von angemessenen Preisen auf offenen und globalen Märkten mit den Zielen wirtschaftlicher Stabilität und sozialer Gerechtigkeit abhängig. Die globale Armutsbekämpfung hat zum Ziel, Hunger zu beenden; damit wird sie zu einer nationalen Aufgabe jeden Staates. Erst wenn jeder Staat Erfolge bei der Armutsbekämpfung verzeichnet, erst dann kann die globale Armut beendet werden.

ZAHLEN UND FAKTEN:

Die Zahl der Hungernden weltweit ist seit 1990 um 216 Millionen Menschen im Zuge der Umsetzung der MDGs zurückgegangen. Trotzdem haben, laut Angaben der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nation) aus dem Jahr 2015, rund 795 Millionen Menschen immer noch nicht genug zum Essen.

Von den 7,5 Milliarden Menschen auf der Erde muss täglich einer von neun Menschen hungrig ins Bett gehen.

Der größte Teil davon sind Kleinkinder. Die große Mehrheit der Hungernden (98 %) lebt in Entwicklungsländern. Davon leben zirka 511 Millionen Menschen in Asien und der Pazifikregion und 232 Millionen Menschen in Afrika. Mit 20 Prozent bleibt der Anteil an Hungernden

Menschen in der Bevölkerung in Afrika aber am höchsten. Laut der Aussagen der WHO vom Jahr 2013 ist Hunger das größte Gesundheitsrisiko weltweit. Weiterhin ist die Anzahl der jährlich an Hunger sterbenden Menschen höher als die Anzahl der Opfer der größten Infektionskrankheiten „AIDS, Malaria und Tuberkulose“ zusammengenommen. Drei von vier Hungernden weltweit leben als Kleinbauer, Viehzüchter und Arbeiter auf dem Land. Die Mehrheit der Kleinbauern sind Frauen, die mit dem selbst erwirtschafteten und ihre Familien ernähren (WFP – World Food Programm 2016). Die Zahl der jährlichen Todesfälle von Kleinkindern ist von 12,7 Millionen im Jahr 1990 auf knapp 6 Millionen im Jahr 2015 gesunken. Die Todesursache ist in nahezu der Hälfte der Fälle Unterernährung. Aus diesem Grund hat die UN die Agenda 2030 (SDG) verabschiedet und ist mit den Mitgliedsstaaten bestrebt den Hunger zu beenden. Die UN sieht die Herausforderung, um dieses Ziel zu erreichen, in folgenden Punkten: Management von Krisen und Konflikten, Schutz vor Naturkatastrophen und die Begrenzung der Folgen des Klimawandels.

GLOBALE ERNÄHRUNGSSITUATION:

Die globale Ernährungssituation im 21. Jahrhundert ist sowohl in reichen, als auch in ärmeren Ländern sehr kontrovers.

In den reichen Industriestaaten ist das Überangebot von Nahrung und Lebensmitteln zum Fluch geworden.

Viele Menschen sind übergewichtig und leiden an Wohlstandserkrankungen wie Hypertonie (Bluthochdruck), Diabetes mellitus oder Herzerkrankungen. Es ist auch zu vermerken, dass sogar Kinder und Jugendliche an Unverträglichkeiten und Allergien leiden. Die Medien wie Radio, Fernsehen und Zeitschriften haben sich zum Fachmann „Ernährungsexperte“ spezialisiert und beraten zu vielen Fragen

der Ernährung und Diäten. Die Nahrungs- und Lebensmittel sind durch die Globalisierung im 21. Jahrhundert vielfältig geworden und sind fast in jedem Regal der Geschäfte zu finden. Vieles ist aber den Verbrauchern unklar, v. a. die Qualität und die Beschaffung der angebotenen Produkte. Mehr ist aber über Zubereitung, Lagerung und Kosten bekannt. Die Menschen verfügen über vielfältiges Wissen, was Nahrung und Lebensmitteln betrifft. Manchmal ist es nur Pseudowissen über die Inhaltsstoffe der Lebensmittel, deren Vor- und Nachteile für den Körper und dessen Gesundheit, was den Verbraucher regelrecht verwirren kann. Manche Verbraucher_Innen meiden alles was Pfunde auf die Waage bringt, um morbidem Übergewicht und Wohlstandserkrankungen aus dem Wege zu gehen. Manche Konsument_Innen kämpfen gegen ihr Übergewicht in Fitness-Zentren, um ihr Gewicht abzubauen und manche haben schon längst den Kampf gegen sich selbst aufgegeben und fühlen sich wohl in den Fast-Food Lokalen.

Zur selben Zeit bangt die Mehrheit der Menschen der „armen Bevölkerung“ in ärmeren Ländern um ein Leben. Trotz ausreichender Nahrungsproduktion fehlt vielen Menschen das Notwendigste an Nahrung oder Trinkwasser. Die Ursachen für die Ernährungssituation in ärmeren Ländern werden meistens durch Konflikte, Kriege, Naturkatastrophen und Umweltschäden begünstigt.

Es werden aber sehr selten zu dieser Frage Aspekte wie Überkonsum, ungerechte Verteilung der Nahrungsgüter und Ausbeutung der ärmeren Länder thematisiert oder aktiv diskutiert.

Das Schweigen in diesen Punkten ist für ein gehäuftes Vorkommen von mangelbedingten Erkrankungen wie bspw. verringertem Geburtsgewicht, Untergewicht, Marasmus, Kwashiorkor, Erblindungen, Kropfbildung, Eisenmangelanämie und für das Zurückbleiben der körperlichen und geistigen Entwicklung bei Säuglingen, Kindern und Jugendlichen verant-

wortlich. Trotz des Leidens der armen Bevölkerung in den Entwicklungsländern an Hunger und dessen Folgen, ist Fast-Food in diesen Ländern schon längst angekommen. Importierte Softdrinks und Fertigprodukte wie Konservennahrung sind in vielen ärmeren Ländern in den Regalen und sogar in ländlichen Regionen zu finden. Die importierten Produkte werden aktiv in diesen Ländern eingeführt. Manchmal werden die Importe durch den Export von Fleisch.

DIE ROLLE DER INDUSTRIESTAATEN – WIE BSPW. DEUTSCHLAND

Industriestaaten als Vorbild: Die Industriestaaten müssen im Kampf gegen Hunger mehr tun als nur Hilfe anzubieten: sie müssen eine Vorbildfunktion für ärmere Länder sein. Die Industriestaaten produzieren und konsumieren viele Nahrungs- und Lebensmittel. Teile der nicht konsumierbaren Nahrungs- und Lebensmittel landen als Abfall, aber auch um die Balance der Märkte zu halten, im Meer. Es hat den Anschein, dass die Menschen in den Industriestaaten ihr Glück über die Verfügbarkeit von Nahrungsprodukten nicht richtig schätzen. Hinzu kommt, dass die natürlichen Ressourcen in vielen ärmeren Ländern politisch ausgeplündert und wirtschaftlich ausgebeutet werden. Hier werden die zu gering verfügbaren Produkte wie Getreide und Fleisch durch unfairen Handel aus den Ländern geschleust und als Tierfutter, bzw. als Nahrung, in reiche Staaten exportiert und genutzt. Eine Vorbildfunktion der Industriestaaten, um den Hunger zu beenden, ist keine Utopie. Dieses gilt genauso für die Verringerung der Luftemission und des Treibhauseffekts, aber auch für die nachhaltige Nutzung von Böden für wirtschaftlichen Ackerbau zum Zweck, Nahrung für den Menschen und Begrenzung der Überfischung in den Meeren und Ozeanen.

DIE FÜHRENDE ROLLE VON SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Das Bundesland Schleswig-Holstein kann eine wichtige Rolle im globalen wirtschaftlichen Geschehen spielen. Schleswig-Holstein hat 2,8 Millionen Einwohner, eine Fläche von 15.763 km² und eine Küstenlänge von 1.190 Kilometern. Es verfügt über moderne Agrarwirtschaftsbereiche wie Agrarbau, Tierzucht, Fleischproduktion und die Produktion von Milch und Milchprodukten. Hinzu kommt, dass die Qualität der Produkte aus der Landwirtschaft und den Lebensmittelbetrieben Schleswig-Holsteins sehr angesehen ist. Das ist bedingt durch die vielen positiven Faktoren, wie z.B. die langjährige und generationenübergreifende Tradition in diesem klassischen Sektor. Das Bundesland „Schleswig-Holstein“ verfügt nicht nur über Landwirtschaft mit deren Produkten, sondern auch über einmalige maritime Gewässer wie die Ost- und Nordsee mit ihren umfangreichen Fischbeständen und kann damit auch in diesen Bereichen umfang- und traditionsreiche Erfahrungen bieten. Um einen effektiven Beitrag im Kampf gegen Hunger und für die globale Ernährungssicherung zu erbringen müsste das Bundesland Schleswig-Holstein zu den folgenden Punkten einen Beitrag leisten:

- ▶ Produktion und Erweiterung der Produktpalette für Bioprodukte wie z.B. Obst, Gemüse, Fleisch, Milch, Milchprodukte, Eier Getreide und Backwaren.
- ▶ Befürwortung der Beschaffung und Qualität von Nahrung und Lebensmitteln von Seiten der Produzenten und Verbraucher; Erkennen und Ablehnen jeglicher Manipulation durch Agrokonzerne und profitorientierte Produzenten.
- ▶ Unterstützung des globalen und fairen Handels, um einen spürbaren Beitrag für eine Welt ohne Armut und Hunger zu leisten und Gleichverteilung und Versorgung.
- ▶ Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen Agrarbauern, Tierzüchtern und Fischern in Schleswig-Holstein und dem Rest der Welt.
- ▶ Aufrechterhaltung von globalen Partnerschaften mit dem Ziel eine funktionierende Infrastruktur und eine gute Regierungsführung in ärmeren Ländern zu etablieren.
- ▶ Existenzsicherung der Landwirte, Bauern und Fischer auf allen Ebenen, v. a. in der Vermarktung ihrer Produkte für faire Preise, um diese klassischen Sektoren für kommende Generationen zu bewahren.

MONITORING-SYSTEM – ENTWICKLUNG UND NACHHALTIGKEIT:

Für die Messung der Erfolge in Ziel 2 der SDGs, aber auch für alle anderen Ziele ist ein Monitorings-System der Entwicklung und Nachhaltigkeit dringend erforderlich. Dadurch können die verzeichneten Erfolge in der Zeitspanne bis zum Jahr 2030 rechtzeitig erfasst und gemessen werden. In dieses Geschehen können Akteure involviert werden, die regierungsunabhängig

sind. Hier sind beispielsweise Institutionen zu nennen wie das Bündnis-Eine-Welt, Verbraucher-Verbände, NGOs und kirchliche Einrichtungen, deren Beiträge zur lokalen Evaluierung und Innovation miteinbezogen werden können. Nach verzeichneten Erfolgen auf lokaler Ebene können auch globale Erfolge erwartet bzw. erreicht werden.

DR. HASSAN HUMEIDA

Dr. oec. troph. Hassan Humeida
Dozent für Humanernährung in den Entwicklungsländern

Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Agrar- und Ernährungswissenschaftliche Fakultät, Institut für Humanernährung und Lebensmittelkunde

LITERATURHINWEISE

- Fukuda-Parr, S., Hulme, D. (2011) "International Norm Dynamics and the 'End of Poverty': Understanding the Millennium Development Goals," *Global Governance*, 17: 17-36.
- Miller-Dawkins M. Global goals and international agreements. Lessons for the design of the Sustainable Development Goals. [online] www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9295.pdf [01.10.2015].
- Singh JA. Why human health and health ethics must be central to climate change deliberations. *PLoS Med* 2012 9(6): e1001229. doi:10.1371/journal.pmed.1001229.
- UNICEF – WHO – World Bank Group Joint Child Malnutrition Estimates Group. Levels and trends in child malnutrition. Key findings of the 2015 edition. [online] www.who.int/nutgrowthdb/jme_brochure2015.pdf?ua=1 [01.10.2015].
- Wisor S. The Impending Failure of the Sustainable Development Goals. September 30, 2014. [online] www.ethicsandinternationalaffairs.org/2014/the-impending-failure-of-the-sustainable-development-goals/ [01.10.2015].
- World Health Assembly. WHA65/6: Comprehensive implementation plan on maternal, infant and young child nutrition, 21–26 May 2012. [online] www.who.int/nutrition/topics/wha_65_6/en/. [01.10.2015].

KLEINE HERDE – GROSSE WIRKUNG



Die leeren Konservendosen knacken, als Delali Assigbley und Ira Kottke Luftlöcher für den entstehenden Kocher hineinstanzen. Neben anbiegen Nadou Lawson-Body und Akoele Medrid vorgefertigte Metallteile eines „Zama-Zama“-Herds in Form. Der Praxisteil des Seminars „Angewandte Techniken für Haushalte in Entwicklungsländern“ auf dem Gelände von artefact, dem Zentrum für nachhaltige Entwicklung, bringt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ins handwerkliche Arbeiten – und in den Kontakt miteinander. Mitgliederinnen der „SISTERS“ – ein interkulturelles und entwicklungspolitisches Bildungsprojekt für Frauen – treffen hier in Glücksburg sowohl auf internationale Freiwillige aus dem Globalen Süden des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“, als auch auf Expertinnen und Experten für die Produktion von Metallherden sowie weitere engagierte und interessierte Akteure. Die Kooperationsveranstaltung vom Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI) und der artefact gGmbH ist auf Initiative der BEI-Promotorin Ulrike Neu entstanden, die Fortbildungen, Beratung und Vernetzungen für entwicklungspolitisch Interessierte anbietet. Werner Kiwitt wechselt zwischen den Tischen hin und her,

schaut über Schultern, gibt Hinweise. Der Geschäftsführer des Power-Parks an der Flensburger Förde führt am Morgen in das Thema ein, referiert zu Themen wie Lehmbau, Brennholzproblematik und Kochstellen in Afrika. Hintergründe zur Verfügbarkeit von Brennstoffen und effiziente, saubere Alternativen zu Drei-Steine-Herden geben den Teilnehmern einen ersten Überblick.

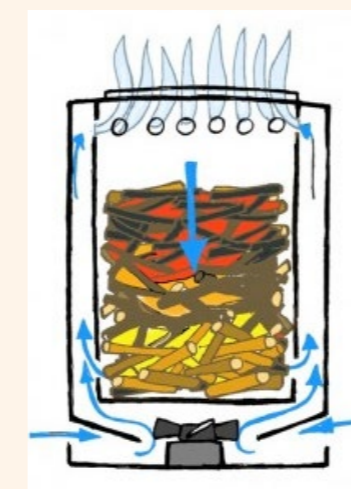
„Nahrung ist überlebenswichtig, daher sollte die Priorität lokaler politischer Entscheider auf Kochenergie liegen“, sagt Kiwitt, doch „stattdessen werden Stromversprechen gegeben“.

Die Palette an verfügbaren Herdarten ist riesig. Kiwitt reicht dicke Broschüren herum; mehrere hundert Varianten fasst die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) darin zusammen. „Nichts ist kulturell so wichtig wie kochen und essen“, sagt Kiwitt. Entsprechend unterschiedlich seien die Anforderungen an die Kochstelle. „Viele Menschen in Entwicklungsländern achten auf Attribute wie schnell, bequem, günstig und attraktiv. Ingenieure dagegen richten oftmals den Hauptfokus auf sichere, effiziente und saubere Technologien“. Dazwischen gelte es zu vermitteln, meint Kiwitt.

Vermitteln, Vernetzen und Verändern sind die zentralen Ziele

FUNKTIONSWEISE EINES PYROKOCHERS

Es existiert bereits eine Vielzahl unterschiedlicher Pyrokocher in allen Preisklassen. Das Grundprinzip ist aber immer dasselbe: Der Ofen besteht aus zwei ineinander geschobenen Zylindern. Der innere Zylinder ist die nach oben offene Pyrolysekammer. Am jeweils oberen und unteren Ende der Zylinderaußenwand sind



Löcher gebohrt, aus denen das brennbare Gas aus- bzw. einströmen kann.

Der äußere Zylinder umschließt den inneren und schließt ihn am oberen Ende luftdicht ab. Am unteren Ende des äußeren Zylinders befinden sich Öffnungen, durch die Außenluft für die Verbrennung angesaugt wird. Das

Ansaugen kann, wie in der nebenstehenden Grafik dargestellt, durch einen Ventilator unterstützt und reguliert werden, was aber nicht unbedingt nötig ist. Im Grunde lässt sich solch ein Ofen aus zwei alten Blechbüchsen, einem Bohrer und einem LötKolben herstellen.

Der innere Zylinder wird mit vorgetrockneter Biomasse (Gemüseschalen, Zweige, Trockenmist etc.) befüllt und mit etwas Zunder oben angezündet. Durch den Luftstrom, der in der äußeren Kammer nach oben fließt, werden die Pyrolysegase in der inneren Kammer nach unten gesaugt. Durch die unten angebrachten Löcher treten die Gase in die äußere Kammer, wo sie mit Luft vermischt nach oben steigen, um dort oberhalb des Brennstoffs wieder in die innere Kammer einzutreten. Am oberen Ende des inneren Zylinders verbrennen die Gase mit sehr sauberer Flamme und ohne Rußbildung.

Der Vorgang hält solange an bis die gesamte Biomasse des inneren Zylinders zu Kohle umgewandelt ist und die Flamme erlischt. Ist die Verkohlungs-temperatur von ca. 400 Grad jedoch einmal erreicht, kann für eine längere Brenndauer problemlos zusätzliches Brennmaterial in den inneren Zylinder nachgeschüttet werden.¹



Die SISTERS beim Workshop bei artefact | Foto: Benjamin Hellwig, BEI

Ausprobieren der Pyrolyseherde im Maison Dora in Togo
Foto: Pia Duitsmann, BEI

dieser Fortbildung. Weltweit verbrennen 2,7 Milliarden Menschen Holz und Dung um zu kochen. Laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sterben jährlich mehr Menschen an den Folgen von Luftverschmutzung durch offene Kochfeuer als an Malaria. Es sind die Frauen, die für die Essenszubereitung zuständig und dadurch der Luftbelastung, die durch ein offenes Feuer im geschlossenen Raum entsteht, ausgesetzt sind. Sie sind es auch, die weite Wege zurücklegen müssen, um das nötige Feuerholz zu sammeln. Es ist daher nicht verwunderlich, dass überwiegend Frauen auf der Fortbildung vertreten sind, um sich über die unterschiedlichen Kochmethoden und die Vorteile einzelner Pyrolyseherde zu informieren.

„Gegenüber offenen Herdfeuern sparen wir hiermit 75 Prozent an Energie ein“, erläutert Sebastian Erdmann den Seminarernehmer_Innen. Er ist Mitbegründer, Entwickler und Produktionsplaner des Social Business aus Kassel „GloW“, und verdeutlicht die Eigenschaften des als Bausatz erhältlichen Energiesparherds und hebt die mögliche Gewinnung von Holzkohle sowie das Verbrennen von Holzgas heraus.

Der südafrikanische Hersteller des Energiesparherds Zama-Zama dagegen wirbt mit 45 % Energieeinsparung und gibt gleich ein praktisches Beispiel: 5 Liter

Wasser zum Kochen bringen in 15 Minuten mit weniger als 250 g Holz.

Die Kosten von 30 Euro pro Kocheinheit lösen in der Seminarrunde eine lebhafte Diskussion über Bezahlbarkeit sowie nachhaltige Perspektiven für die Menschen in den Entwicklungsländern aus. „Das ist zu teuer. Wer soll das bezahlen?“ werden die Stimmen laut. „Wenn das in Deutschland produziert wird, gibt es ja schon wieder eine Abhängigkeit, kann man das nicht nachbauen oder aus Lehm machen?“ wird gefragt. Der in Südafrika produzierte Herd Zama-Zama stößt auf Sympathie, weil er leicht ist und auch als Hocker dienen kann.

„Wir nehmen den Zama-Zama im Sommer mit nach Togo, dann können unsere Familien den Herd mal testen“ schlagen einige Teilnehmer_Innen vor. Der Kirchliche Entwicklungsdienst der Nordkirche hatte durch die Übernahme der Unterbringungskosten die besondere Teilnahme von Migrant_Innen am Seminar bei artefact ermöglicht. Eine gute Investition in die Fortbildung von Multiplikator_Innen, wie sich jetzt zeigt. Die Idee des Energiesparherds wird damit in die Herkunftsländer getragen. Dies ist nicht nur der Gesundheit der Frauen dienlich, sondern schon auch die Wälder. Dass Pyrolyseherde noch weitere Vorteile haben,

wie z.B. die langfristige Vermeidung der Bodenerosion und die Verbesserung des Bodens durch die entstehende Holzkohle, ist in der Entwicklungszusammenarbeit bereits lange bekannt. Wie so oft geht es jedoch um die praktische Akzeptanz und Umsetzung.

„Die Probleme des Globalen Südens können nicht einfach durch Export von Technik aus dem Globalen Norden gelöst werden“, ist die Meinung von Ulrike Neu, „aber wir können in partnerschaftlicher Zusammenarbeit nach Lösungen suchen.“

Gerade die Sichtweisen von Frauen und das Empowerment von Migrant_Innen birgt viel Potential, um regional die Nachhaltigkeitsziele umzusetzen“.

Die üblichen Seminarunterlagen gab es bei dieser Fortbildung nicht, dafür hatten aber alle Teilnehmer_Innen selber an einem Bausatz eines Pyrolyseherds mitgearbeitet. Die zur Verfügung gestellten zusätzlichen Bausätze wurden während des Sommers weiter getestet und auch einige tatsächlich im Gepäck mit nach Togo genommen. Über die Rückmeldungen und Erfahrungen werden sich die Teilnehmer_Innen bei den nächsten Fortbildungen und Vernetzungstreffen sicherlich austauschen.

UND WO STECKEN HIER DIE SDGS?

Das Aufgreifen der Nutzbarkeit der Pyrolyseherde ist ein sehr anschauliches Beispiel für das Wiederentdecken alter Techniken – „angewandte Technik neu und individuell angepasst“. Seminare wie das hier beschriebene sind ein anschauliches Beispiel für das, was auch hinter den SDGs steht. Zum einen werden die Kriterien einer Partnerschaft auf Augenhöhe und ein gegenseitiges voneinander Lernen praktiziert (SDG 17). Deutsche und afrikanische Frauen haben sich in Glücksburg für das Seminar getroffen und gemeinsam die Funktionsweise und Möglichkeiten des Pyrolyseherdes erschlossen. Großartig ist der Umstand, dass der Herd dann gleich einige Wochen später und mehrere tausend Kilometer weiter weg in einer ganz anderen Umgebung einen Praxistest erfahren hat!

Zum anderen erfüllt der Pyrolyseherd gleich die Ansprüche mehrerer SDGs auf der Mikroebene: Er ist energieeffizient und klimaschonend – es wird weniger Holz/Brennstoff bei der Nutzung benötigt (SDG 7 und 13); noch entscheidender ist, dass er durch den geringeren Rauchausstoß beim Kochen im Haus gesundheitsschonender ist (SDG 3!

Die SDGs sind demnach gar nicht so abstrakt, wie sie auf den ersten Blick scheinen und neben dem politischen Willen und Rahmen braucht es auch engagierte Menschen überall auf der Welt, die dieses nach außen tragen!

ULRIKE NEU

Promotorin für Projektentwicklung und Organisationsberatung,
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

Der Pyrolyseherd im Praxistest
Foto: Pia Duitsmann, BEI

Einige Wochen später.. die Pyrolyseherde werden im Maison Dora in Togo gespannt ausgepackt und sofort in Beschlag genommen. Die Neugierde ist groß – es wird zusammengebaut, probiert, kritisch in Augenschein genommen und diskutiert. „Die Frauen haben bei der anschaulichen Präsentation in Eigenregie schnell die unterschiedliche Anwendbarkeit für jede einzelne festgestellt“, berichtet Pia Duitsmann vom Projekt „SISTERS“ nach ihrer Rückkehr aus Togo. „Der Herd ließe sich gut auf dem Markt verkaufen“, „man könnte ihn hier auch ganz einfach nachbauen“ und „für den Essensverkauf unterwegs ist er praktisch – umgedreht lässt er sich als Hocker verwenden!“, so die Teilnehmerinnen des Workshops in Togo.

¹ Ausführliche Informationen siehe das „Ithaka“-Journal für Ökologie, Weinbau und Klimafarming: [online]http://www.ithaka-journal.net/kochen-mit-bioabfallen-und-dabei-kohle-produzieren[07.09.2016].

EINE WELT IM MUSEUM – GLOBALES LERNEN IN DER KULTURELLEN BILDUNGSARBEIT



Die politischen und ökonomischen Herausforderungen bedürfen einer politischen Kurskorrektur und eines kulturellen Wandels, lautet die politische Prämisse der Agenda 2030 (SDG). In diesem Diskurszusammenhang wird Bildung als Instrument definiert, diesen kulturellen Wandel bewirken zu

können. Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stehen als Bildungsansätze für den Anspruch solch ein Umsteuern anzustreben.¹ Im Rahmen der institutionellen Allgemeinbildung, von der Kindertagesstätte bis zur Universität, soll eine Kursänderung auf individueller und gesellschaftlicher Ebene bewirkt werden. Weg von kontinuierlicher Profitmaximierung hin zu einer umfassenden Allgemeinwohlorientierung im Privaten, in der Wirtschaft und in der Politik. Sowohl die Bedingungen der Natur, als auch die Bedingungen der Menschen hinsichtlich ihrer weltanschaulichen und ökonomischen Disparitäten sollen dabei bedacht, ferner die unterschiedlichen Bedingungen der Generationen gewürdigt werden.

Gemeint ist eine Bildungs- und Kulturarbeit, die nicht bereits etablierten technischen und gesellschaftlichen Neuerungen folgt oder sie hinterfragt, sondern selbst als Motor gesellschaftlicher Neuerungen fungiert.

Welche kulturelle Bildung brauchen wir, um diese Kurskorrektur über politische Vereinbarungen hinaus - wie sie beispielsweise in den SDGs formuliert wurden – zu bewirken? Brauchen wir ein Leitbild einer global verträglichen nachhaltigen Kultur? In welchem Zusammenhang steht dazu die Notwendigkeit und der Schutz kultureller Vielfalt? Und welche Bedeutung haben Museen im Rahmen eines politisch geforderten kulturellen Wandels?

Während kultureller Wandel allgemein als Phänomen verstanden wird, welches sozialen Veränderungen in den materiellen und immateriellen gesellschaftlichen Konventionen nachfolgt, ist mit dem, im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte geforderten kulturellen Wandel eine Anzahl spezieller kultureller Einstellungen und Kompetenzen gemeint, welche den Grund nachhaltiger Gesellschaften legen sollen. Es soll nun also genau andersherum gehen. Zunächst ändern sich kulturelle Konventionen, damit neue kulturelle Kodierungen und Orientierungen Fuß fassen und Kommunikations- und Konsummuster sowie Produktionsprozesse diesem kulturellen Wandel folgen können.

Wie soll das aussehen? Und welche Rolle kommt dabei den Museen zu?

IDENTITÄT STIFTEN

Eine positive Identität ermöglicht die Auseinandersetzung mit dem Unbekannten und Fremden.

In der persönlichen Identitätsbildung ist es nicht anders als in der kulturellen Bildung. Besonders im interkulturellen Lernen stellt der Bezug zur eigenen Kultur den Ausgangspunkt für neue Erkenntnisse und Erfahrungen dar. Erst die Wahrnehmung des Eigenen und die Sicherheit des Rückhalts in der eigenen Kultur ermöglicht eine authentische Beschäftigung mit anderen Kulturen. Was zeichnet meine Kultur aus? Welche Möglichkeiten der Gemeinschaft bietet sie mir? Welche positiven Attribute bietet sie mir, die ich persönlich integrieren kann? Lässt sie mir Raum für kritische Überlegungen und die Anpassung an sich ändernde Bedürfnisse?

Museen bieten auf vielen Ebenen Möglichkeiten zur Ausbildung und Stärkung der eigenen Identität. Museen zeigen Exponate, die zur Reflexion einladen. In der Auseinandersetzung mit Bildern, Skulpturen oder archäologischen Artefakten, lassen sich historische Entwicklungslinien erkennen. Die Wahl der Exponate öffnet Raum zum Erkennen von Bedeutungen und Wertvorstellungen aus vergangenen Zeiten und/oder der Gegenwart. Relevanz erhalten die bewahrten Exponate, wenn sie als ein Teil der Identität der Besucher_Innen verstanden werden können. Neben der Möglichkeit der kritischen Reflexion kommt den Exponaten, die im Rahmen der interkulturellen Bildung im Museum positive Identifikationsprozesse anzuregen versuchen, eine wichtige Aufgabe zu.



Welches Interesse Museumsbesucher_Innen haben, zeigen die gesammelten Themenvorschläge.

DAS SCHÖNE STÄRKEN

Wohlfühlen und Vertrautwerden mit dem Ort "Museum", mit seinen Konventionen, seinen Besonderheiten, mit dem Handwerkszeug zum Wahrnehmen des Präsentierten sind Grundlage für die inhaltliche Beschäftigung, denn nur in unbefangener Atmosphäre lässt sich Neues aufnehmen. Die Möglichkeit, im Museum die Identität zu stärken, hängt also zunächst davon ab ob es möglich ist, eine Aufnahmebereitschaft bei den Besucher_Innen herzustellen. Der Versuch, über imposante Eindrücke auf möglichst vielen Sinneskanälen – Augen, Ohren, Nase, Haut – Aufmerksamkeit zu erregen, muss dem Ziel eines Sich-Einlassens auf etwas im Museum Gegebenes zuwiderlaufen. Stress im positiven wie negativen Sinn führt zu einer Reduktion der Reflexionsfähigkeit. Die Auseinandersetzung mit den einzelnen Wahrnehmungsbereichen ist eingeschränkt. Die mentale Kapazität für eine willentliche Kontrolle latenter Vorurteile und Rassismen, im Sinne einer Überprüfung, fehlt den Museumsbesucher_Innen in Stresssituationen. Interkulturelles Lernen im Museum bedarf daher eines auf die Zielgruppe abgestimmten Zugangs und positiver Anknüpfungspunkte. Es gilt über vielfältige Sinnesstimulierung die Besucher_Innen ihrer Persönlichkeit entsprechend und ihren Vorlieben gemäß anzusprechen und an dem Raum Museum Wohlgefallen finden zu lassen.

Wie in jedem Lernprozess bedarf es der mehrfachen Begegnung, um identitätsstiftende Beziehungen zum Ort Museum und zu einem Exponat aus einem Museum wachsen zu lassen.

Ein Exponat oder ein Raum des Museums sowie die Konventionen im Museum bilden den Ausgangspunkt der Auseinandersetzung. Wie Menschen ein Konzert besuchen, in Erwartung wohlklingende Musik zu hören, so können Museumsbesucher_Innen erwarten, dass ein Museum vielfache Erfahrungsräume für wertschätzende, positive und ästhetisch ansprechende Begegnungen vorhält.



Für Museumsbesucher_Innen ist es wichtig, Wohlgefallen am Ort Museum zu finden.



Nicht übereinander, sondern miteinander zu reden und zu verhandeln, stiftet Gemeinschaft.

PARTIZIPATION ERMÖGLICHEN

Partizipation wird teilweise mit interaktiven Lernformaten in Bildungsprozessen gleichgesetzt. Während interaktive Lernformate einer nachhaltigen Aneignung von Lerninhalten und -zielen dienen, zielen partizipative Lernformate auf die

proaktive Gestaltung der Umwelt ab. Zu den anzueignenden Inhalten und Fähigkeiten tritt das Lernziel der Gestaltungskompetenz. Sie mündet in die Erfahrung und die Erkenntnis, dass es möglich ist unsere Umwelt verantwortungsbewusst, zielgerichtet und nachhaltig zu gestalten. Gestaltungskompetenz baut auf



Welche Bedeutung haben historische Themen für die Gegenwart?

einem Bündel zu erlernender affektiver, kognitiver und sozialer Fähigkeiten auf. Interaktive Lernformate wie die Projektarbeit schaffen Möglichkeiten zum Erlernen der für die Gestaltungskompetenz notwendigen Fähigkeiten – bspw. Empathie zu empfinden und Solidarität zeigen zu können. Während es in interaktiven Lernformaten eine den Lernprozess moderierende Person gibt, welche die Lernergebnisse im Hinblick auf definierte Fähigkeiten im Blick behält, ermöglichen partizipative Projekte möglicherweise unvorhergesehene Ergebnisse und Erfahrungen. Zur Durchführung partizipativer Projekte bedarf es mehrerer Voraussetzungen. Zunächst ist zu prüfen, welche Gestaltungsmöglichkeiten partizipative Projekte haben und welche Beschränkungen beispielsweise durch institutionelle Grenzen gegeben sind. So könnten beispielsweise in einem Projekt Erfahrungen und Bedürfnisse von Menschen mit und ohne Zuwanderungsgeschichte zur Forderung nach neuen, speziell für die Bedürfnisse dieser Gruppe zugeschnittenen Themen und Veranstaltungsformaten im Museum führen. Es wäre im Projekt zu verhandeln und zu klären welche Umsetzungsmöglichkeiten es gibt, die einerseits dem Anspruch an Teilhabe entsprechen und andererseits den Bedingungen und dem Selbstverständnis eines Museums nicht grundsätzlich entgegenstehen.

Teilhabe bedeutet Veränderungswillen und Toleranz gegenüber Neuem bei allen Beteiligten partizipativer Projektarbeit: Wo Entwicklungsmöglichkeiten im öffentlichen Raum – bspw. in einem Museum – gegeben sind, können sich Menschen als Teil einer Gesellschaft erfahren, die gestaltet werden kann. Das Museum selbst als Gestaltungsraum für eine Nachhaltige Entwicklung in die partizipative Projektarbeit einzubeziehen, schafft eine neue Dimension für die Bildungsarbeit.

DISKURSE FÜHREN

Informieren und unterhalten.

Museen zeigen, berichten, führen, erzählen, beleuchten, machen begreiflich, bewegen und ermöglichen fassbare Eindrücke.

Auf vielerlei Weise informieren und unterhalten Museen Menschen. Besucher_Innen werden zu Rezipient_Innen und können Rückmeldung über das Erlebte geben. Möglicherweise tragen sie die Erkenntnisse und die Erlebnisse hinaus an andere Orte.

Museen haben das Potential, „die Gesellschaft als Gesellschaft im Wandel, in Bewegung, in ständiger Transformation zu explizieren, als Gesellschaft, die durch Kulturen im Plural und so durch dauernde Fremdheitserfahrungen, durch dauernde Kontakt- und Kontrasterfahrungen gekennzeichnet ist“

(Deutscher Museumsbund: Museen, Migration und kulturelle Vielfalt).

Auch dieses Merkmal eines Museums ist ein passives: der Wandel passiert an anderer Stelle und wird im Museum abgebildet. Kann es überhaupt anders sein? Was wünschen sich eigentlich Besucher_Innen von einem Museum? In einem Museum in England, der Seidenmühle in Derby, wurden rund 800 Personen aus der Kommune dazu befragt. Die Antworten ergaben, dass die Museumsbesucher_Innen sich einen Ort wünschen, der frei ist von kommerzieller Werbung, sie möchten Begegnungen erfahren, sie wollen lernen und aktiv sein, sie wollen vorher Unbemerkttes wahrnehmen und sie wollen selbst etwas geben. Wie kann dieses Sich-Eingeben aussehen? Unter anderem wurden in Derby aus einzelnen Magazinen alle Exponate hervorgeholt und in Vitrinen präsentiert. Die Museumsbesucher_Innen wurden aufgefordert auszuwählen, welches der vielen Objekte sie auf welche Art und Weise ausgestellt sehen wollten.

Grundlage einer solchen Teilnahme von Besucher_Innen an einem konzeptionel-

len Prozess in einem Museum ist, dass sie eine Verbindung zu dem Ort haben. Diese Verbindung entsteht, wenn sich Menschen als Teil des Museums verstehen und wenn sie sich mit dem Ort und den dargestellten Inhalten verbinden können. Entsteht solch eine Beziehung, wird es für die Besucher_Innen sinnvoll, sich einzubringen und zu engagieren. Diskurse über Fragen nach der Wahl der Exponate, nach Ausstellungsinhalten und Ausstellungsformaten werden bedeutsam: Welche Aspekte der regionalen Geschichte und Kultur werden präsentiert, wie werden sie dargestellt, welche Möglichkeiten zur Identifizierung bieten sie? Welche Vorstellungen und Themen werden vermittelt, welche fehlen? Welche Aspekte einer Nachhaltigen Entwicklung können im Museum aufgenommen werden? Wo finden die im Museum verwandten Themen ihren Ausdruck in der Institution selbst, bspw. im Selbstverständnis des Museums oder bei der Wahl der Verbrauchsgüter?

Finden die Ergebnisse solcher Diskurse mit den Besucher_Innen im Museum ihren Niederschlag, können sich Museen von einem Ort der gesellschaftlichen Wandel darstellt, zu einem Ort vieler kleiner lokaler gesellschaftlicher Veränderungen wandeln. Sie können Teil einer Nachhaltigen Entwicklung sein, die auf kultureller Vielfalt beruht.²

Dazu bedarf es nicht nur des Mutes, selbstkritisch zu analysieren, inwiefern Museen selbst vom kommerziellen Virus infiziert sind, ihre Leistungsfähigkeit an Besucherzahlen und an der Öffentlichkeitswirksamkeit zu messen. Es bedarf außerdem des politischen Willens von staatlichen und privaten Träger_Innen und Förder_Innen, Museen als Orte Nachhaltiger Entwicklung zu unterstützen.

NICOLE GIFHORN

Promotorin für Globales Lernen,
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Fotos: Nicole Gifhorn und Thomas Rothenberg

¹ Ausführliche Informationen zu Ziel 4 siehe das UN-Programm „Sustainable Development Goals“ (SDGs): [online] <http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/> [04.09.2015].

² Ausführliche Informationen zu diesem Konzept siehe das Projekt „The Happy Museum“: [online] <http://happymuseumproject.org/short-film-tony-butler-happy-museum-founder/> [03.09.2015].

LITERATURHINWEIS:

Deutscher Museumsbund (2015): Museen, Migration und kulturelle Vielfalt – Handreichungen für die Museumsarbeit. Hrsg.: Deutscher Museumsbund e.V. [online] http://www.museumsbund.de/fileadmin/geschaefts/dokumente/Leitfaeden_und_anderes/Leitfaden_KulturelleVielfalt.pdf [03.09.2015]

MIGRATION UND ENTWICKLUNG – ENGAGEMENT BRAUCHT ANGEPASSTE UND OFFENE STRUKTUREN



Migration ist so alt wie die Menschheit. Aktuell ist die Zahl der Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, jedoch alarmierend. Sie wird auf etwa 60 Millionen geschätzt – rund die Hälfte von Ihnen ist unter 18 Jahren. Zu diesen Menschen zählen sowohl die, die auf der Flucht eine Grenze überschritten haben, als auch Binnenvertriebene oder Asylbewerber. Und was uns in Europa besonders aufrüttelt: Nie zuvor sind so viele flüchtende Menschen bei dem Versuch, eine sicherere Zukunft zu finden, im Mittelmeer ertrunken.

Dieser Status quo wirft viele Fragen auf: Wie kann, soll und muss sich Europa angesichts seines Wertekanons, aber auch angesichts seiner wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten verhalten? Und welche Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklungspolitik bieten sich im Hinblick auf Flucht und Migration?

In Bezug auf globale entwicklungspolitische Zusammenhänge und dem Bestreben weltweit nachhaltige Entwicklung zu fördern, bzw. die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDGs) zu erreichen, steht eine nachhaltige Ursachenbekämpfung der Fluchtgründe im Globalen Süden im direkten Zusammenhang mit der Entwicklung und dem Erreichen sämtlicher SDGs im Globalen Norden und Süden – es besteht mit Nachdruck der Grundsatz: „global denken – lokal handeln“. Das Thema Migration gewinnt in der internationalen Entwicklungspolitik zunehmend an Gewicht. Insbesondere die Bedeutung der Geldsendungen von Migrant_Innen in Schwellen- und Entwicklungsländer steht oft im Zentrum der Diskussionen, wenn es um das Thema Migration und Entwicklung geht. Die Gesamtsumme dieser finanziellen Rücksendungen wird bereits bald die Marke von 500 Milliarden US-Dollar überschreiten und

ist somit deutlich höher als das Gesamtvolumen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit¹. Auch wenn diese Überweisungen in den Empfängerländern ökonomisch extrem wichtig sind, wäre eine rein funktionalistische Betrachtung von Migration und Entwicklung unangemessen. Die Debatte um die Wechselwirkungen zwischen Migration und Entwicklung kann dem Anspruch eines nachhaltigen Entwicklungsbegriffs nur dann gerecht werden, wenn auch Fragen nach den Auswirkungen des Klimawandels auf Migrationsprozesse, die rechtliche Situation von Migrant_Innen oder die Bedeutung landesinterner Migration, z.B. für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit, stärker berücksichtigt werden.

Noch vor einigen Jahren ging es bei den Diskussionen über den Einfluss von Migration auf Entwicklung vor allem um die Schwierigkeiten und Nachteile für die Ziel- und Herkunftsländer der Migrant_Innen. Die Sorge, dass Migration zur Abwanderung von Fachkräften und deren Know-how, dem so genannten „Brain Drain“ führt, war eine der Thesen. Heute ist die Sicht auf die Zusammenhänge differenzierter: Migration kann Entwicklung unter Umständen negativ beeinflussen, birgt aber gleichzeitig enorme Potentiale für eine nachhaltige Entwicklung.

2013 lebten laut den Vereinten Nationen 232 Millionen Menschen außerhalb ihres Herkunftslandes: Das sind 3,2 Prozent der Weltbevölkerung. Viele dieser internationalen Migrant_Innen halten den Kontakt zu Freunden und Familie aufrecht, unterstützen und besuchen sie oder investieren im Herkunftsland. Manche kehren nach einiger Zeit ganz in ihr Herkunftsland zurück, andere pendeln zwischen beiden Ländern. Migrant_Innen kennen die kulturellen Besonderheiten zweier Welten und sprechen deren Sprachen. So können sie zwischen Herkunfts- und Aufnahmeländern Brücken bauen. Aus diesen Verbindungen entstehen vielfältige Potenziale und Chancen, welche für die nachhaltige Entwicklung genutzt werden können.

Der Zivilgesellschaft wird bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele eine besondere Rolle eingeräumt. Engagement braucht Strukturen und die Zivilgesellschaft muss gestärkt werden. Hier sollten also Rolle und Potential der Migrant_Innen,

innerhalb der Entwicklungspolitik und -zusammenarbeit erkannt und strukturell unterstützt werden.

Bei Kongressen, Tagungen, Seminaren und Workshops mangelt es in der nicht-staatlichen und staatlichen Entwicklungspolitik sehr oft an migrantischen Perspektiven, ihren Positionen und migrantischen Referent_Innen bzw. Expert_Innen. Auch in den entwicklungspolitischen Medien finden sich selten entwicklungspolitische Fachbeiträge von hier lebenden Migrant_Innen oder People of Colour (PoC). Wenig sichtbar sind auch Migrant_Innen, die Dienstleistungen wie Moderation, Evaluation oder Beratung für entwicklungspolitische Organisationen erbringen oder gar hauptamtlich bei entwicklungspolitischen NROs² arbeiten.

Die Gründe hierfür sind vielschichtig. Aber klar ist auch, dass sich dieser „Zustand“ schnell ändern sollte. Bei der Partizipation fällt Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden weit zurück. Es sind in letzter Zeit in einigen Bereichen aber auch positive Impulse erkennbar, die auf einen Wandel hindeuten: So steigt die gegenseitige Wahrnehmung zwischen Migrant_Innen und Diasporaorganisation (MDO) und Eine Welt-Landesnetzwerken als entwicklungspolitische Akteure der Mehrheitsgesellschaft merklich. Der Öffnungsprozess der Landesnetzwerke beginnt nun Früchte zu tragen. Es ist nötig, Aufklärung in Bezug zur Situation von MDO zu leisten und einen Perspektivwechsel aller relevanten Akteure sowie eine Diskussion über zukünftige Strategien der interkulturellen Öffnung anzuregen.

MIGRATION UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Das BEI arbeitet im Fachforum Migration, Diaspora und Entwicklung der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke mit. Anders als in anderen Bundesländern gibt es in Schleswig-Holstein keine eigenständige landesweite migrantische Struktur, die man auf Landesebene ansprechen kann. Die regionale Zusammenarbeit zu diesem Thema erfolgt daher mit

dem Kieler Forum für Migrant_Innen und den MDO aus unseren Mitgliedsgruppen. Die Erfahrungen aus anderen Bundesländern hatten maßgeblich Einfluss darauf eine eigene BEI-Position zu erarbeiten. In unserem Landesnetzwerk wird Migration und Entwicklung als Teil der Partnerschaftsarbeit gesehen. Mit unseren Angeboten versuchen wir verstärkt MDO anzusprechen und einzubeziehen. Besonders in der Gruppenberatung wird das Angebot des Einzelberatungsgesprächs gern von MDO genutzt. In den Reihen der Mitgliedsgruppen gibt es verschiedene Akteure mit familiären Bindungen in Entwicklungsländer. Unser Anliegen ist es, dass besonders hier lebende Migrant_Innen als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit ihre Sichtweise einbringen. Dazu müssen wir als Organisation lernen uns zu öffnen und Partizipation zu ermöglichen.

Konkrete Beispiele unseres Dachverbandes für die gemeinschaftliche Arbeit an den SDGs und vor allem die Einbindung authentischer Süd-Perspektiven in die entwicklungspolitische Arbeit hier, vor Ort sind Angebote wie der „Afrikatag-Kiel“³ und das Projekt „SiSTERS – Frauen für Afrika“⁴.

PIA DUITSMANN

Projektleitung Mosaik der Kulturen und Sisters gemeinsam mit

DELA ASSIGBLEY

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

¹ Ausführliche Informationen siehe die aktuellen Arbeiten zu Migration und Entwicklung des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE): [online] <https://www.die-gdi.de/migration-und-nachhaltige-entwicklung/> [06.09.2016].

² NRO: Nichtregierungsorganisation.

³ Afrikatag-Kiel: Engagierte Mitgliedsgruppen des BEI und Expert_Innen laden alljährlich während der Interkulturellen Wochen Kiel auf dem Afrikatag zum Zuhören, Diskutieren und Entdecken ein. In diesem Jahr gestalteten die Gruppen ein Bildungsfestival zu afrikanischen Kulturen im Schleswig-Holsteiner Leben und dem Schwerpunkt Engagement und Entwicklung. Dabei stand Afrika als Chancenkontinent im Mittelpunkt. Das zivile Engagement dort und hier sowie die nachhaltigen Ideen für den afrikanischen Kontinent, als auch für das Leben in Schleswig-Holstein wurden begleitet von fachlichen Beiträgen und einem bunten Markt mit Informationen und Austausch, Workshops, Vorträgen, Kino, Theater, Musik, Mode, Tanz und kulinarischen Genüssen. Hier arbeiten MDOs direkt im großen Netzwerk der Zivilgesellschaft für sämtliche Nachhaltigkeitsziele wie z.B. SDG 4, 10, 11, 12, 13 und 17.

⁴ SiSTERS - Frauen für Afrika: SiSTERS ist ein interkulturelles und entwicklungspolitisches Bildungsprojekt für Frauen der afrikanischen Diaspora und an Afrika interessierte Frauen in Kiel/Schleswig-Holstein. Verbindendes Element ist ein partnerschaftliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung hier vor Ort und in afrikanischen Ländern. Ziel ist es, authentisch über Afrika aufzuklären, Perspektiven für ein sinnvolles Engagement zu erarbeiten und zukünftig eine starke Stimme von Frauen in Schleswig-Holstein für entwicklungspolitische Bezüge zu werden. Damit arbeitet das Projekt speziell für die Ziele 4, 5, 16 und 17 der SDGs.

LITERATURHINWEISE

Oltmer, Jochen (2015): Zur Zukunft der globalen Beziehungen – Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung. Ein Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Jochen Oltmer, Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien. Hrsg.: terre des hommes Deutschland e.V.; Welthungerhilfe e.V. [online] http://www.tdh.de/fileadmin/user_upload/inhalte/10_Material/Themeninfos/2015-07_Migrationsstudie-deu.pdf [06.09.2016].

agl (2011): Auswertung der ersten bundesweiten Umfrage unter entwicklungspolitischen Engagement von aktiven MDO. Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl). [online] http://www.epn-hessen.de/wp-content/uploads/agl_Umfrage_epol-aktive_MDO.pdf [09.09.2016].



Foto: Benjamin Helliwig BEI

Markt der Möglichkeiten auf dem Afrikatag 2016 in der "alten Mensa" der CAU



Foto: Benjamin Helliwig BEI

Podiumsdiskussion auf dem Afrikatag 2016



Foto: Benjamin Helliwig BEI

Markt der Möglichkeiten auf dem Afrikatag 2016 in der "alten Mensa" der CAU

UMSETZUNGSPROZESS IM BUNDESLAND SCHLESWIG-HOLSTEIN:

DIE SDGs IN DER KOMMUNALVERWALTUNG



Die Zielsetzungen der Agenda 2030 sind ebenso wenig völlig neu wie die Nachhaltigkeitsarbeit für die Kommunen. Als Trägerinnen der Daseinsvorsorge sind letztere nicht erst seit der Verabschiedung der Agenda im Jahr 2015 wesentliche Gestalterinnen und Treiberinnen nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. Sie können zudem eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie nachhaltig handeln. Durch ihre Aktivitäten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit setzen sie Akzente, um zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und die Wirtschaft stärker einzubinden.

berinnen nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene. Sie können zudem eine Vorbildfunktion übernehmen, indem sie nachhaltig handeln. Durch ihre Aktivitäten und eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit setzen sie Akzente, um zivilgesellschaftliches Engagement zu stärken und die Wirtschaft stärker einzubinden.

Zu begrüßen ist der Ansatz der Agenda 2030, Nachhaltigkeitsziele von der globalen bis zur kommunalen Ebene miteinander in Zusammenhang zu bringen und deren Umsetzung als gemeinsame Verantwortung aller Verwaltungsebenen und aller Akteure der Weltgemeinschaft zu betrachten.

Mit der Formulierung des so genannten „Städteziels“¹ wird die Schlüsselrolle der Kommunen bei der Umsetzung zusätzlich betont.

Ein Handeln auf kommunaler Ebene ist jedoch nicht nur im Hinblick auf das SDG 11 erforderlich. Um dies zu verdeutlichen, werden im Folgenden Schwerpunkte einer nachhaltigen Kommunalentwicklung und deren Bearbeitung bei der Stadt Neumünster skizziert.

ROLLE DER KOMMUNALFINANZEN

Die Rahmenbedingungen städtischer Finanzpolitik werden zwar ganz wesentlich durch übergeordnete institutionelle Ebenen geprägt, tragfähige Finanzen sind allerdings für alle Kommunen wesentliche Grundlage zur Gestaltung einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Neumünster befindet sich in der Umsetzung eines Haushaltskonsolidierungskonzepts, um sich diese Handlungsfähigkeit zu erhalten. Als Ergebnis der Disziplinierung und der dadurch bedingten kontinuierlichen Aufgabenkritik können Einnahmepotentiale besser ausgeschöpft und Ausgaben zielgerichteter eingesetzt werden.

Ein Zentralcontrolling beim städtischen Fachdienst Finanzen unterstützt die Aufrechterhaltung der nachhaltigen Finanzentwicklung.

ÜBERGEORDNETE STADTENTWICKLUNGSSTRATEGIE UND INTEGRIERTE PLANUNG

Kommunalverwaltungen sind traditionell sektoral organisiert. Es setzt sich jedoch zunehmend die Erkenntnis durch, dass sektorale Strategien, angesichts sektorübergreifender Herausforderungen

wie Klimawandel, Migration oder demografischem Wandel, nicht mehr ausreichen. Vernetzte (integrierte) Strategien werden zunehmend auf die Agenda gesetzt.

Bei der Stadt Neumünster sind strategische Elemente und organisatorische Strukturen für eine ganzheitliche Stadtentwicklungsplanung vorhanden. Unter der Federführung einer Geschäftsstelle im Fachdienst Stadtplanung und Stadtentwicklung und einer fachdienstübergreifenden Arbeitsgruppe wird das integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK), unter Berücksichtigung der im Jahr 2015 beschlossenen stadtentwicklungspolitischen Ziele der Selbstverwaltung, zu einem prozesshaften Steuerungssystem weiterentwickelt. Regelmäßige Rückkopplungen in den Dienstbesprechungen des Verwaltungsvorstands und der Führungskräfte sowie in den politischen Gremien sorgen für einen fach- und akteursübergreifenden Austausch und für die Legitimation des Prozesses, der zugleich mit der Haushaltsplanung verknüpft wird.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine gezielte Stadtentwicklungsplanung und -berichterstattung ist das Vorhandensein verlässlicher – insbesondere auch kleinräumiger – Datengrundlagen. Die in Neumünster im Aufbau befindliche städtische

Statistikstelle bietet in diesem Zusammenhang ein großes Potential, das die Stadtverwaltung künftig ressortübergreifend nutzen möchte; u. a. dafür, den seit 2015 existierenden Stadtentwicklungsbereich zum ISEK-Monitoringinstrument weiter zu entwickeln.

THEMATISCHE SCHWERPUNKTE

Getreu dem Motto „Stärken stärken, Schwächen abmildern“ sind bei der operativen Nachhaltigkeitsarbeit Schwerpunkte zu setzen.

Zahlreiche Fachplanungen der Stadt Neumünster geben als detaillierte thematische Bausteine der gesamtstädtischen Entwicklungskonzeption Schlüsselmaßnahmen für die Umsetzung der ISEK-Ziele vor. In aller Regel werden auch diese Fachplanungen in integrierten Verfahren erarbeitet, umgesetzt und fortgeschrieben.

Beispiele mit Bezug zum SDG 11 sind etwa das örtliche Wohnraumversorgungskonzept oder die integrierten Entwicklungskonzepte für die Stadterneuerungsgebiete Vicelinviertel, Stadtteil West und Messeachse, das Vorhaben eines regionalen Nahverkehrsplans, die in Aufstellung befindlichen Konzepte für Radverkehrs- bzw. Kleingärtenentwicklung,

das Entwicklungskonzept für die Garten- und Parkanlagen der Innenstadt oder das für den Einfelder See und seine Umgebung, einen bedeutenden kommunalen Naherholungsraum.

Als Beispiele mit Bezug (auch) zu anderen SDGs können etwa die gesamtstädtische Bildungsplanung, das Gesamtkonzept für Familienzentren in Neumünster, das Integrationskonzept, das in Aufstellung befindliche Konzept zur Armutsbekämpfung, die Sportentwicklungsplanung oder das Klimaschutzkonzept genannt werden.

PERSONALRESSOURCEN

Mindestens so sehr wie tragfähige Finanzen, nachhaltige Strategien und Strukturen oder Arbeitsschwerpunkte benötigen Kommunalverwaltungen qualifiziertes Personal, um ihrer Schlüsselrolle bei der Umsetzung der SDGs gerecht werden zu können. Angesichts der Vielfalt und der Komplexität der Herausforderungen, angesichts von Kapazitätslücken und nicht immer attraktiver Vergütung in der öffentlichen Verwaltung sowie verstärkt durch Fachkräftemangel oder demografischen Wandel wird es immer schwieriger für Kommunalverwaltungen dieses Personal zu bekommen und zu halten.

Die Stadt Neumünster versucht, dieser Problematik mit zahlreichen Maßnahmen zu begegnen: ein Personalentwicklungskonzept, ein kommunales Gesundheitsmanagement, die Möglichkeit zur Telearbeit, flexible Arbeitszeitmodelle und ein umfangreiches Fortbildungsangebot, das insbesondere Nachhaltigkeitsaspekte wie Gender Mainstreaming oder Interkulturalität regelmäßig aufgreift, sind dafür einige Beispiele.

KOMMUNALE NETZWERKE UND KOOPERATIONEN

Glücklicherweise können Kommunalverwaltungen das Engagement zahlreicher anderer lokaler Akteurinnen und Akteure zur Verwirklichung vieler Projekte, im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, nutzen und bündeln. Auf kommunaler Ebene wirken Einzelpersonen und Gruppen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen und vernetzen sich.

Beispiele für Netzwerke, in denen der Sachverstand und die Tatkraft vieler zusammenkommen, sind in Neumünster etwa die strategische Altenplanung und andere Aktivitäten unter der Federführung des städtischen Seniorenbüros, das Forum der Vielfalt als Partizipationsgremium der Migrantinnenorganisationen oder die 2016 neu gegründete Steuerungsgruppe zur Fairtrade Town.

Kommunale Netzwerke bieten jedoch nicht nur Potentiale für die Projektarbeit, dort kann auch vermittelt werden, welchen konkreten Beitrag Einzelne zu einer Umsetzung der SDGs leisten können und dass es auf diese Beiträge ankommt. Abstrakte globale Nachhaltigkeitsziele werden damit auf lokaler Ebene konkret.



Beteiligungsveranstaltung zur Freiflächengestaltung mit Kindern und Jugendlichen im Vicelinviertel, Ansharstraße 8-10, am 15.04.2016.
Foto: Alexander Kühn



Auftaktveranstaltung der Interkulturellen Woche 2016 in Neumünster, „Picknick in bunt“ auf dem Kleinflecken am 24.09.2016.
Foto: Alexander Kühn



Auszeichnungsfeier zur Fairtrade Stadt Neumünster im Foyer des Neuen Rathauses am 16.09.2016. Foto: Matthias Gerlach

Schließlich können Impulse für eine nachhaltige Kommunalentwicklung auch durch Kooperation mit anderen Kommunen oder innerhalb von Regionen gesetzt werden. Als Mitglied der Metropolregion Hamburg, im Zusammenschluss der Kommunen im Bereich der „A7-Süd“ oder im schleswig-holsteinischen Planungsraum II kann die Stadt Neumünster am Erfahrungsaustausch zu vielen Nachhaltigkeitsaspekten teilnehmen und entsprechende Projekte mitgestalten, die Neumünster alleine nicht durchführen könnte.

SCHLUSSBEMERKUNG

Es steht außer Frage, dass Kommunen aufgrund ihres Auftrags zur Daseinsvorsorge und ihres Selbstverständnisses professionelle Trägerinnen nachhaltiger Entwicklung sind.

Eine Herausforderung wird darin bestehen, die Kommunen zu überzeugen, sich die 2030-Agenda als Bezugsrahmen für lokale Strategien, Projekte und Aktivitäten zu eigen zu machen. Hilfreich und sinnvoll wäre hier zunächst eine entsprechende deutliche Positionierung übergeordneter Verwaltungsebenen.

Für eine erfolgreiche Umsetzung der SDGs werden Kommunalverwaltungen darüber hinaus in vielerlei Hinsicht Unterstützung brauchen: beispielhaft seien hier insbesondere nochmals Rahmenbedingungen für stabile Kommunalfinanzen oder Strategien gegen den Fachkräftemangel genannt.

Anmerkung der Redaktion: Am 29.11.2016 hat der Oberbürgermeister der Stadt Neumünster, Olaf Taurus die Musterresolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" des Deutschen Städtetages unterzeichnet!

UTA RAUTENSTRAUCH

Stadt Neumünster, Fachdienst Stadtplanung und Stadtentwicklungsplanung/Geschäftsstelle ISEK

¹ Mit dem SDG 11 wird darauf abgezielt „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten“.



Seniorenbüro der Stadt Neumünster. Foto: Uta Rautenstrauch



2. Klimaschutzkonferenz im Neuen Rathaus am 23.09.2014
Foto: B.A.U.M. Consult GmbH.

NACHHALTIGER KONSUM IN FAIREN KOMMUNEN



Die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen bieten im Bereich des alltäglichen Konsums die Möglichkeit einen wichtigen Beitrag zur Verringerung von Armut und zum Überleben des Planeten zu leisten. Das zwölfte der siebzehn Ziele fordert in

diesem Sinne „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicher[zu]stellen“. Im Detail ist damit u.a. gemeint, dass bis zum Jahr 2030 natürliche Ressourcen nachhaltig zu bewirtschaften sind, Nahrungsmittelverluste zu beenden und Chemikalien verantwortlicher einzusetzen, aber auch so bedeutende Aussagen wie „Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu [zu] ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen.“ Die Weltgemeinschaft ist sich in den Unterzielen aber auch bewusst, dass staatliche Stellen mit dem Auftrag zur öffentlicher Beschaffung einen wichtigen Beitrag zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern leisten. Außerdem sollten Konsument_Innen in die Lage versetzt werden, transparente und aufgeklärte,

Einkaufsentscheidungen zu treffen.

In Schleswig-Holstein wird an vielen Orten bereits seit Jahrzehnten die Diskussion um Konsum & Produktion geführt, Aufklärungsarbeit geleistet und informiert, welche Handlungsmöglichkeiten diesbezüglich existieren. Eine konkrete Alternative zum derzeitigen Handelssystem – welches einen Überschuss an Produkten herstellt, für die jedoch die Arbeiter_Innen und Produzent_Innen weltweit selten so entlohnt werden, sodass sie davon ihre Familien ernähren können – bietet der Faire Handel.

Fairer Handel setzt auf einen partnerschaftlichen Handelprozess, welcher sich durch Langfristigkeit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit begründet und der marginalisierten Arbeiter_Innen und Bäuer_Innen in Ländern des Globalen Südens die Möglichkeit gibt ihre Produkte für einen gerechten Preis zu verkaufen. Für mehr als 2,5 Millionen Menschen eröffnet er damit eine Perspektive und trägt auch zu einer nachhaltigen Entwicklung der Produktionsländer bei.

Um es auf die gelebte Praxis zu bringen: Er ermöglicht es Menschen in den Ländern des Globalen Nordens Entwicklungszusammenarbeit mit dem Einkaufskorb zu leisten.

SCHLESWIG-HOLSTEIN: VORREITER IM FAIREN HANDEL

Fairer Handel hat in Schleswig-Holstein eine lange Tradition. Bereits vor der Jahrtausendwende führte das damalige Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten des Landes Schleswig-Holstein die Agenda21-Aktion „Von Küste zu Küste handeln wir fair“ durch. Von 1999 bis 2004 folgte dann die Kampagne „Fair kauft sich besser“, welche zum Beispiel die erste landesweit organisierte „Faire Woche“ hervorbrachte.

Mit diesen Aktionen und Kampagnen konnte Bildungsarbeit gemacht und die Sensibilisierung für das Thema vorangebracht werden. Weltläden in Schleswig-Holstein leisten seit mehr als 30 Jahren Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit und mit ihrem Verkauf von fair gehandelten Produkten einen zentralen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Ländern des Globalen Südens.

Seit 2009 wurde auch die Kampagne „Fairtrade Towns“ von TransFair e.V. in Schleswig-Holstein genutzt, um den Fairen Handel weiter zu stärken und um Städte und Gemeinden mehr in die Verantwortung zu nehmen, ebenfalls einen Beitrag im Sinne des Fairen Handels zu leisten.

Im Jahr 2011 konnte Lübeck durch das Engagement vieler Akteure vor Ort als erste Fairtrade-Stadt Schleswig-Holsteins ausgezeichnet werden.

Und dabei sollte es nicht bleiben: Weitere Gruppen, Weltläden, einzelne Engagierte machten sich auf, auch in ihren Städten nachhaltigen Konsum und fairen Handel zu thematisieren.

SICHTBARMACHEN DES ENGAGEMENTS FÜR FAIREN HANDEL

Bis Ende 2016 konnten bereits 15 „faire“ Kommunen in Schleswig-Holstein ausgezeichnet werden.¹

Zudem wurden durch das Bündnis Eine Welt drei landesweite Netzwerktreffen organisiert, auf denen ein reger Austausch von Beispielen, Anregungen und Diskussionen stattfand. Insgesamt knapp 25 Gruppen – von Großstädten bis zu kleinen Gemeinden und sogar eine Hallig – bringen vor Ort verschiedene Akteure wie Einzelhändler, Gastronomen, Schulen, Vereine, Kirchengemeinden und die Kommunalverwaltungen zusammen, um gemeinsam Aktionen zu planen und durchzuführen die ein global-gerechtes Handeln thematisieren.

Als Eine Welt Landesnetzwerk ist es eine große Freude – und im Sinne der Globalen Nachhaltigkeitsziele ein wichtiger Beitrag – so viele Menschen zusammenzubringen, die das Bewusstsein für die Eine Welt in ihren Kommunen schärfen, und es praktisch sowie kreativ, aber vor allem gemeinsam umsetzen.

Fairer Handel schafft eine Verbindung von uns als Konsument_Innen im Globalen Norden zu den Produzent_Innen im Globalen Süden. Durch den Kauf fair gehandelter Produkte üben wir direkten Einfluss darauf aus, dass sich die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern verbessern. Die Kampagne Fairtrade Towns schafft es, dies sichtbar zu machen – lokal und auch landesweit.

FAIRE KOMMUNEN ALS BEITRAG ZUR DISKUSSION UM NACHHALTIGEN KONSUM

In der Beschäftigung mit der Frage von nachhaltigem Konsum ist die Auseinandersetzung mit Fairem Handel vor Ort jedoch immer nur der Anfang. Durch eine Fairtrade Town-Aktion werden Diskussionen angeregt, Ernährungs- und Einkaufsgewohnheiten hinterfragt und Vorurteile widerlegt. Jetzt können weitere Schritte und Themen können durch die Kampagne angeregt oder ergänzt werden. Diese Entwicklung ist in den ausgezeichneten Städten des Fairen Handels Schleswig-Holsteins bereits zu erkennen: Viele Gruppen thematisieren neben der gerechten Bezahlung der Produzent_

Innen in den Ländern des Südens auch die Verhältnisse, in denen in der Region produziert wird. Auch die Stärkung regionaler Strukturen – wie dies auch Fairer Handel zum Ziel hat – ist immer wieder ein Diskussionspunkt in Kommunen. Gerade hier wird der Einfluss, den unser Konsum auf lokale Betriebe, Unternehmen und Händler hat, deutlich. Es ist daher unerlässlich immer wieder globale Zusammenhänge aufzuzeigen und kontinuierlich neue Partner zu gewinnen, da es zu einer festen Verankerung des Fairen Handels und einem globalen Verständnis in den Städten des Landes führt.

GEMEINSAMES AGIEREN ZEIGT WIRKUNG

Die Erfahrungen in den Kommunen des Landes, die sich bereits engagieren, sind diesbezüglich deutlich: Die Thematisierung zeigt Wirkung! Politiker_Innen müssen sich mit dem Konsum und der Produktion alltäglicher Güter in ihrer Stadt und Verwaltung auseinandersetzen, Händler_Innen reagieren und nehmen fair gehandelte Produkte in ihr Angebot auf und auch Unternehmen werden motiviert ihre Produktionsbedingungen

zu überdenken. In Lübeck nahm sich bspw. das Unternehmen Brüggen das Engagement der Fairtrade-Stadt-Gruppe zum Beispiel und brachte das erste Fairtrade-Müsli Deutschlands auf den Markt. Beim ersten landesweiten Netzwerktreffen des BEI im Jahr 2014 in Norderstedt honorierte Staatssekretärin Silke Schneider aus dem Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (MELUR) sichtlich beeindruckt die vielen Beispiele und Ideen für mehr Fairness in den Kommunen des Landes. Die Kampagne und das Engagement so vieler Bürger_Innen für den Fairen Handel brangen gelungen zum Ausdruck, dass die Diskussion um den Wert von Lebensmitteln und Waren in den Regionen Schleswig-Holsteins geführt werde. Durch die Diskussion mit den Teilnehmer_Innen nahm die Staatssekretärin zahlreiche Ideen für ihre weitere Arbeit mit und besuchte auch das Netzwerktreffen 2016, um zu berichten wie energisch sie sich für das Thema einsetze. Ohne die Verdeutlichung, dass sich so viele Bürger_Innen für globale Gerechtigkeit engagieren, wäre dies nicht möglich gewesen.



Netzwerktreffen in Eutin, 23.09.2016 Foto: Benjamin Hellwig, BEI

NACHHALTIGER KONSUM AUCH IN DER VERWALTUNG

Dass sich die Politik auch selbst in der Verantwortung sieht, zeigt sich unter anderem durch ihr Handeln im Bereich der öffentlichen Beschaffung. Der Schleswig-Holsteinische Landtag verabschiedete 2013 ein fortschrittliches Tariftreue- und Vergaberecht, in welchem die Berücksichtigung von sozialen Standards bei der Produktion von Waren, die von Land und Kommunen eingekauft werden, zentrale Bedeutung bekam. Zudem wurden zahlreiche Nichtregierungsorganisationen im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens angehört und brachten wichtige Änderungen ein. Das Gesetz führte dazu, dass die Landesregierung kontinuierlich beim Einkauf von Produkten auf solche umstellt, die unter Beachtung von Arbeits- und Menschenrechten hergestellt werden. Laut Thomas Losse-Müller, dem Chef der Staatskanzlei Schleswig-Holsteins, ist dieses für die Landesregierung kein „nice-to-have“, sondern eine Verpflichtung mit gutem Beispiel voranzugehen:

„Unser Handeln und unser Konsum haben globale Folgen. Niedrige Preise müssen irgendwo in der Lieferkette erwirtschaftet werden. Es trifft – und das wissen wir längst – häufig die Schwachen am Ende der Kette“.

Erfolg und deutliches Zeichen ist hier, dass die Küstenschützer des Landes bereits sozial- und öko-gelabelte Wetterjacken tragen. Die Übernahme von Verantwortung für einen „nachhaltigen Konsum“ ist nicht allein eine Aufgabe von Bürger_Innen und Engagierten. Mit der Marktmacht öffentlicher Einrichtungen – deren Einkäufe machen ca. 17% des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland aus – kann ein viel deutlicheres Zeichen für den Markt gesetzt werden: Produktionsbedingungen müssen nach ökologischen und sozialen Standards ausgerichtet werden, um die Globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

ENGAGEMENT FÜR POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR KONSUM & PRODUKTION

Im Sinne einer nachhaltigen globalen Entwicklung gilt es – und gerade mit Blick auf die Verabschiedung der Globalen Nachhaltigkeitsziele – auch weiter Aufklärungsarbeit über die Produktionsbedingungen in den Ländern des Globalen Südens hierzulande zu leisten und hier wie dort Akteure einzubinden. Dabei wird es vor allen Dingen nötig sein, Politik, Verwaltung und Wirtschaft an ihre Verantwortung bei der Schaffung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster zu erinnern und diese konsequent einzufordern. Mit dem Kauf fair gehandelter oder ökologisch und in der Region hergestellter Produkte kann jeder Einzelne einen Beitrag leisten; um aber ein Alternatives, solidarisches und nachhaltiges Weltwirtschaftssystem aufzubauen, braucht es mehr als das. Es sind politisch gesetzte Rahmenbedingungen nötig – in den Regionen und im Land Schleswig-Holstein, ebenso wie in Deutschland und der Welt. Dieses Ziel ist in den Globalen Nachhaltigkeitszielen nicht aufgeführt, ist aber unabdingbar für die Herstellung von globaler Gerechtigkeit und die Überwindung von Armut und Hunger in der Welt.

MARKUS SCHWARZ

Promotor für nachhaltige Beschaffung, Fairen Handel und Unternehmensverantwortung, Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. und Bundesthemenkoordinator für Konsum, Produktion und Lieferketten, agl – arbeitsgemeinschaft der eine-welt-landesnetzwerke in deutschland e.V.

¹ Ausgezeichnete Städte: Lübeck, Eckernförde, Gemeinde Neudorf-Bornstein, Kellinghusen, Kiel, Eutin, Norderstedt, Gemeinde Blunk, Meldorf, Heide, Kaltenkirchen, Bad Oldesloe, Rendsburg, Gemeinde Stockelsdorf, Neumünster. Nähere Informationen zu finden unter: [online] <https://www.fairtrade-towns.de/fairtrade-towns/staedteverzeichnis/> [04.10.2016].



Staatssekretärin Dr. Silke Schneider, MELUR auf dem Netzwerktreffen am 23.09.2016 in Eutin; Foto: Benjamin Hellwig, BEI

CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY IN SCHLESWIG-HOLSTEIN



Nachhaltige Entwicklung ist zum gesellschaftlichen Konsens geworden.

Zunehmend betrachten Menschen es als ihr persönliches Ziel, die Bedürfnisse des täglichen Lebens in einer Weise zu befriedigen, die Rücksicht auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfordernisse zukünftiger Generationen nimmt.

Zunehmend betrachten Menschen es als ihr persönliches Ziel, die Bedürfnisse des täglichen Lebens in einer Weise zu befriedigen, die Rücksicht auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Erfordernisse zukünftiger Generationen nimmt.

Unsere derzeitige Wirtschaftsweise wird diesen Bedürfnissen allerdings nicht gerecht und ist geprägt von einem zu hohen Ressourcenverbrauch (Peak Oil), der Übernutzung landwirtschaftlicher Flächen (Peak Soil) und der Ausbeu-

tung von Arbeiter_Innen, vor allem in Ländern des Globalen Südens. Eine Veränderung dieser Wirtschaftsweise ist unumgänglich sowie eine Thematisierung und Umsetzung von Aspekten der Nachhaltigkeit in Lebens-, Handels- und Produktionsstilen erforderlich, um den Erhalt dieser „Einen Welt“ zu ermöglichen.

Auch im Zuge der 17 Nachhaltigkeitsziele ist eine Veränderung der heutigen Wirtschaftsweise gewollt. Das Ziel 12 „Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen“ fordert bspw. eine nachhaltigere Bewirtschaftung und effizientere Nutzung von Ressourcen, einen umweltverträglicheren Umgang mit Chemikalien, die Verringerung von Abfallaufkommen sowie die Aufnahme von Nachhaltigkeitsstrategien in Unternehmen. Bisher werden unternehmerische Nachhaltigkeitsanstrengungen unter dem Schlagwort der Corporate Social Responsibility (CSR) zusammengefasst.

Nachhaltigkeitsengagement.

In der Freiwilligkeit besteht die Herausforderung des derzeitigen CSR-Konzeptes. Unternehmen, die sich diesem Konzept verschreiben, sind der Gefahr des Wettbewerbsnachteils ausgesetzt und auf Konsument_Innen angewiesen, die nachhaltige Produkte fordern und ethisch handelnde Unternehmen präferieren. CSR – als freiwillige Maßnahme verstanden – wird dadurch in den Bereich des nachhaltigen Konsums übertragen und dessen Tragweite von diesem abhängig gemacht.

Die Wirksamkeit der Unternehmensverantwortung muss daher auch in einen weitergehenden politischen Diskurs münden, der einerseits aufzeigt mit welchen weichen Maßnahmen der unternehmerische Spielraum gefördert werden kann. Andererseits darf sich aber nicht davor verschlossen werden, auch Bedarfe der harten Regulierung zu erkennen, die sich dem normalen CSR-Management widersetzen, jedoch dringlicher Handhabung bedürfen. Ein Versuch, grundlegende regulative Standards nachhaltigen Wirtschaftens zu setzen, stellen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte dar.

2. CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY UND DESSEN HERAUSFORDERUNGEN

Corporate Social Responsibility (CSR) ist eine Art der Unternehmensgestaltung, die in ihrem Kerngeschäft einen Maßstab für Verantwortung voraussetzt. Aus diesem Anspruch geht praxisorientiert die Leitfrage hervor, wie jeder Konzern seine Wertschöpfungskette so ausrichten kann, dass die Interessen und Bedürfnisse aller Beteiligten und künftiger Generationen gewahrt bleiben. Faire Geschäftspraktiken, ökologische Rücksicht in der Produktion, transparente Unternehmensführung, angemessene Bezahlung und die Einhaltung der Menschen- und Arbeitsrechte sind einige integrale Kernbereiche von CSR. Die Umsetzung davon beruht in erster Linie auf der Eigeninitiative der Unternehmen. Die Trennlinie zwischen politischem und unternehmerischem Engagement verläuft insofern recht deutlich, als das Unternehmensbeiträge im Sinne des CSR-Konzepts als freiwillig verstanden werden. Es besteht abseits gesetzlicher Normen – wie den Umweltrichtlinien oder gegebenenfalls Mindestlöhnen – keine Verbindlichkeit für ein weitreichenderes

DIE DIMENSIONEN DER NACHHALTIGKEIT IM CSR-KONZEPT¹



3. LEITLINIEN FÜR WIRTSCHAFT UND MENSCHENRECHTE

2011 verabschiedeten die Vereinten Nationen die Leitprinzipien für Unternehmen und Menschenrechte (United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights). Die Leitprinzipien basieren auf den bestehenden Menschenrechtsverpflichtungen und beschreiben die Mindestanforderungen an Staaten, in Bezug auf Wirtschaft und Menschenrechte.² Mit der Verabschiedung startete ein Prozess, in dem jeder Staat eigene Aktionspläne erarbeiten und verabschieden soll, wie diese Leitlinien im eigenen Land und von den dort tätigen Unternehmen umgesetzt werden können.

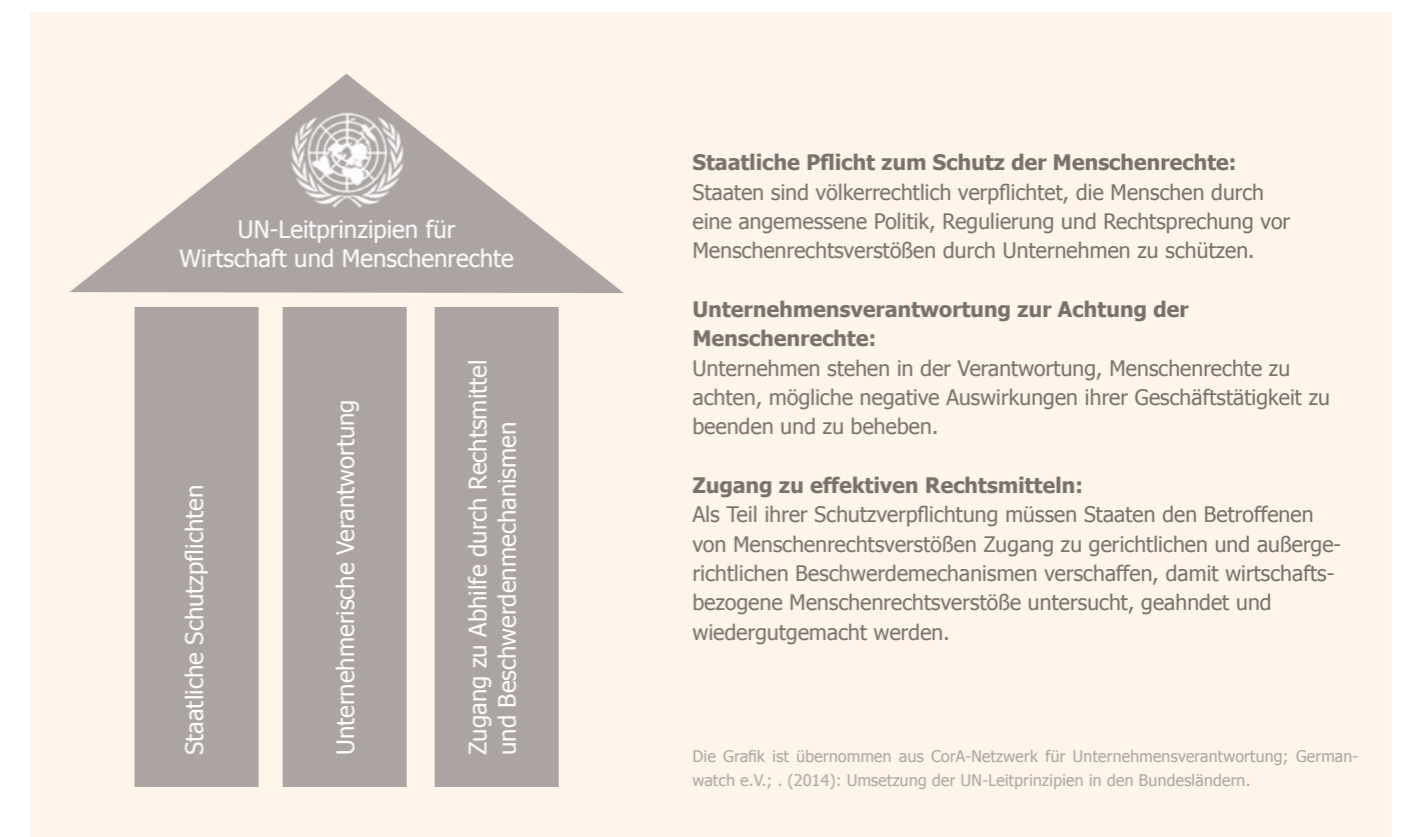
In Deutschland soll der Nationale Aktionsplan (NAP), welcher unter Federführung des Auswärtigen Amtes und im Dialog zwischen Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie Politik innerhalb von zwei Jahren erarbeitet wurde, im Herbst/Winter 2016 vorgestellt werden. Ein weit-

reichender und energischer Aktionsplan in Deutschland könnte für Europa und die Welt Impulswirkung haben und wichtigen Regelungen für, sowie Forderungen an Unternehmen zum Durchbruch verhelfen. Derzeit besteht jedoch die Gefahr, dass der NAP verwässert. Nach langer Diskussion konnten sich die Beteiligten im Entwurf des NAP auf „zarte Ansätze von verbindlichen Menschenrechtsvorgaben“³ durchringen. Allerdings werden diese nicht von den Wirtschaftsverbänden des BDI und BDA sowie dem Bundesfinanzministerium geteilt. Sie fordern eine Überarbeitung, da sie befürchten, dass die zu hohe Auflagen die deutschen Unternehmen im nationalen Wettbewerb schwächen würden.⁴

4. SCHULWETTBEWERB CORPORATE SOCIAL RESPONSIBILITY IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Im Schuljahr 2015/16 führte das Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI) den landesweiten Schulwettbewerb „CSR in Schleswig-Holstein“ durch. Schülern und Schüler waren aufgerufen, das CSR-Konzept kennenzulernen und dies bei eigens gewählten regionalen Unternehmen zu analysieren.

Nachdem die Schüler_Innen sich in der Theorie mit dem CSR-Konzept und Nachhaltigkeit auseinandergesetzt hatten, stellten sie sich der Herausforderung mit regionalen Unternehmen in einen Dialog zu treten. Einige Unternehmen Schleswig-Holsteins ließen sich von den Schüler_Innen in die Karten gucken. Die Analyse der regionalen Unternehmen blieb allerdings auch stets regional. Die Unternehmensverantwortung bezog sich eher auf Maßnahmen vor Ort, statt die globalen Lieferketten in den Fokus zu nehmen.



Nichtsdestotrotz konnten die Schüler_Innen gemeinsam mit den Unternehmen Lösungen für Schwachstellen, wie mangelnde Kommunikation, lange Transportwege, hoher Energieverbrauch oder auch einen „unfairen“ Kaffeeverbrauch, entwickeln.

Insgesamt fanden die Schüler_Innen heraus, dass es in vielen Unternehmen inzwischen Umweltstrategien und soziales Engagement gibt – letzteres aber meist nur außerbetrieblich. Ein CSR-Konzept, das die Betriebsabläufe nach ökonomischen, ökologischen und sozialen Kriterien nachhaltig ausrichtet, ist noch selten.

In ihren Abschlussberichten und Präsentationen diskutierten die Schüler_Innen über die Verantwortung, die ihnen derzeit als Konsumenten aufgebürdet wird und das Problem, dass nicht jeder dieser Verantwortung, vor allem aus finanziellen Gründen, gerecht werden kann. Nachhaltige Produkte werden oft noch als Luxusgut verstanden. Daher kamen die Jugendlichen auch zu dem Schluss, dass freiwillige Maßnahmen, wie sich das CSR-Konzept versteht, kritisch zu betrachten sind und die Politik gemeinsam mit der Wirtschaft Ideen entwickeln und Rahmenbedingungen setzen müssen.

LISA JAKOB

Promotorin für Unternehmensverantwortung
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

¹ Grafik nach Arbeitskreis Nachhaltige Unternehmensführung der Schmalenbach-Gesellschaft für Betriebswirtschaft e.V.

² Weiterführende Informationen zu den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte siehe „CorA-Netzwerk“: [online] <http://www.cora-netz.de/cora/themen/ungp/intro> [01.10.2016].

³ Siehe dazu die Pressemitteilung „Wirtschaft und Politik schließen Menschenrechte in den Wind“: [online] http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/2016/161006__Wirtschaft_und_Politik_schließen_Menschenrechte_in_den_Wind.pdf [01.10.2016].

⁴ Ausführliche Informationen siehe den Artikel von Stefan Buchen „Wirtschaft, Menschenrechte und die Rolle der Bundesregierung“: [online] <http://daserste.ndr.de/panorama/Wirtschaft-Menschenrechte-und-die-Rolle-der-Bundesregierung,basf104.html> [01.10.2016].

LITERATURHINWEISE

- Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht. Egenkamp Verlag.
- Martens, Jens; Obenland, Wolfgang (2016): Die 2030-Agenda. Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung. Hrsg.: Global Policy Forum; terre des hommes Deutschland e.V.
- Schneider, Andreas; Schmidpeter, René (Hrsg.) (2015): Corporate Social Responsibility. Verantwortungsvolle Unternehmensführung in Theorie und Praxis. 2. Auflage, Springer-Verlag.

UNSER OZEAN DER ZUKUNFT

KIELER INTEGRATIVE MEERESFORSCHUNG IM KONTEXT DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG



DER OZEAN IM WANDEL

Der Ozean beherbergt das größte zusammenhängende Ökosystem, mit einem zum Teil noch unerforschten Reichtum an Lebensvielfalt. Er trennt die Kontinente der Erde, verbindet aber die Menschen und ihre Kulturkreise. Schon heute leben nach Schätzungen der Vereinten Nationen rund 3 Milliarden Menschen, also mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung, in Küstennähe unter unmittelbarem Einfluss der Meere. Auch für die gesamte Menschheit gilt, dass ihr Leben eng mit den Ozeanen verbunden ist: Sie produzieren mehr als die Hälfte des Sauerstoffs, den wir atmen, treiben den globalen Wasserkreislauf an und speichern rund ein Viertel des vom Menschen produzierten Klimagases Kohlendioxid (CO₂) 93% der extra Wärmeenergie. Als größter CO₂- und Wärme-Puffer nimmt der Ozean eine Schlüsselrolle im vom Menschen beeinflussten Klimageschehen ein. Die Weltmeere liefern uns Nahrung und Rohstoffe wie Fische, Algen oder Erdöl, Erze und Sand. Sie dienen

uns als weltumspannendes Transportmedium. Darüber hinaus bieten sie und ihre Küsten auch immaterielle Werte, die wichtig für unser Wohlfühl sind wie beispielsweise landschaftliche Schönheiten, eine besondere kulturelle Identität oder die Möglichkeit der Erholung.

Doch bis heute gehen wir Menschen wenig pfleglich mit diesem bedeutenden Lebensraum um. Wir beuten Fischbestände aus und spülen Abfälle, Gifte und tausende Tonnen Dünger ins Meer.

Wir wissen, dass der ungebremste CO₂-Eintrag in die Atmosphäre die Meere versauert, der Klimawandel die Meere erwärmt und den Meeresspiegel steigen lässt. Den Menschen, die in besonders flach gelegenen Zonen leben, kann die globale Erwärmung ihre Heimat kosten. Das marine Ökosystem verändert sich sehr schnell und seine Lebensvielfalt nimmt ab. Auf der anderen Seite wird für eine weiter wachsende Weltbevölkerung der Ozean als Lieferant vielfältiger Ökosystem-Leistungen immer bedeutender. Die Übernutzung und der schwache Schutz der Ozeane hinterlassen kommenden Generationen weltweit ein schwieriges Erbe.

SDG 14: NACHHALTIGKEITSZIEL FÜR DEN OZEAN

Die Diagnose ist klar genug, um aus wissenschaftlicher Sicht Handlungsempfehlungen zu geben: Nur die Begrenzung des Klimawandels, eine Reduktion der Überfischung durch industrielle Flotten und Stärkung der Kleinfischerei, viel weniger Verschmutzung und der Schutz der biologischen Vielfalt der Meere sind notwendig, um ein weitgehend gesundes und produktives marines Ökosystem für die folgenden Generationen zu erhalten. Die Weichen für einen nachhaltigen Umgang mit dem Ozean und einen gerechtem Zugang zu seinen Leistungen sollten jetzt gestellt werden; jede Verzögerung wird mehr Anstrengungen in der Zukunft erfordern.

Die Vereinten Nationen heben mit einem eigenständigen globalen Entwicklungsziel zum „Schutz des Ozeans“ (SDG 14) die herausragende Bedeutung der Meere als entscheidende Grundlage des ökonomischen Wohlstands und des soziokulturellen Lebens für die Menschheit hervor.

Ihre Handlungsempfehlungen finden sich in den sieben formulierten Unterzielen des SDG 14 wieder. Die umfassende Frage ist, wie wir Schutz und Nutzen des Ozeans zusammendenken können, um das Meer in der Zukunft klüger zu nutzen und dabei einen gerechten Zugang zu den Ressourcen des maritimen Systems und einen gerechten Vorteilsausgleich sicher zu stellen. Ein Schlüssel zum Umdenken liegt darin, unser Bewusstseins

für den Ozean zu schärfen, einen nachhaltigen Umgang mit ihm zu wollen, das maritime System besser zu verstehen und daraus globale Konzepte für seinen Schutz zu entwickeln und gemeinsam umzusetzen. Ein wichtiger Impuls für ein verbessertes Verständnis der Mensch-Ozean Beziehungen kann von der interdisziplinären Erforschung der zugrundeliegenden naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Mechanismen ausgehen.

VON KIEL IN DIE WELT

Um die Umsetzung dieser Ziele und damit einen nachhaltigen Umgang der Menschen mit dem Ozean und seinen Küsten zu erreichen, braucht es Aufklärung und einen gesellschaftlichen und politischen Willen. Ein besseres Verstehen des komplexen Systems Meer, seine nachhaltige Beobachtung, eine prozessorientierte Modellierung und daraus abgeleitete Entwicklungsszenarien, erlauben Entscheidungsprozesse mit Wissen zu unterlegen. Daraus lassen sich optimierte Entwicklungsoptionen herleiten, die auch mögliche Kompensationsmechanismen für die marine Umwelt beinhalten. Eine nachhaltige Nutzung der Meere und ein angemessener Schutz lässt sich vor allem dann erreichen, wenn Menschen gut informiert sind und selbst aktiv werden. Eine Möglichkeit beides auf der lokalen Ebene und dennoch weltumspannend zu erreichen wird im Projekt „Coastal Clean-up Day“ beispielhaft umgesetzt.

In Kiel beteiligen sich unter dem Aufruf der Kieler Forschungswerkstatt der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel jedes Jahr Kieler Schülerinnen und Schüler sowie Bürgerinnen und Bürger am internationalen „Coastal Clean-up Day“, um auf die Vermüllung der Meere und Küsten aufmerksam zu machen. Weltweit wird von freiwilligen Helferinnen und Helfern Müll an Ufern und Stränden von Flüssen, Seen und Meeren gesammelt, nach einem international einheitlichen Schema sortiert, gezählt und gewogen. Die Ergebnisse werden an die gemeinnützige Organisation Ocean Conservancy in Washington, USA, gemeldet und international ausgewertet. Auf einer Strecke von 17,5 Kilometern rund um die Kieler Förde sammelten bspw. im Jahr 2016 775 Helferinnen und Helfer rund 600 Kilogramm Müll. Aktionen wie diese und die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Erforschung der Meere durch sogenannte „Citizen Science“-Projekte unterstützen die Aufklärung über den Zustand der Meere, ihre Bedeutung für den Menschen und bilden eine Grundlage zum Umdenken. Ein weiteres Projekt ist die Wanderausstellung „Future Ocean Dialogue“ des Kieler Exzellenzclusters „Ozean der Zukunft“. Hier bringt Schleswig-Holstein sein Wissen über den Ozean in die Welt. Das erste Land war Brasilien und anderen werden folgen. Das dritte Beispiel ist das internationale „GAME“-Projekt für Masterstudierende. GAME verbindet praxisorientierte Meeresforschung mit der Ausbildung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern: Sie führen z. B. thematisch einheitliche Experimente in der Meeresökologie über geografische und klimatische Grenzen hinweg gleichzeitig an verschiedenen Orten auf der ganzen Welt durch – GAME fördert so das Ozean-Bewusstsein, die Zusammenarbeit und den „Nord-Süd“ Wissensaustausch auf globaler Ebene.

KIELER INTEGRATIVE MEERESFORSCHUNG

In Kiel arbeiten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in zahlreichen globalen Forschungsprojekten, wie dem Exzellenzcluster „Ozean der Zukunft“, an verbesserten Systemen zur Ozeanbeobachtung, einem besseren Ozeanverständnis, der Entwicklung von Strategien zum besseren Umgang von Land- und Ozeanverschmutzung (z. B. Vermüllung, Einleitung von Chemikalien und Düngemitteln oder Lärmbelastungen) und an regionalen bis globalen Ansätzen der Ozeanverwaltung.

Expertinnen und Experten aus den Natur- und Wirtschaftswissenschaften arbeiten Hand in Hand mit Forschenden aus den Bereichen Recht, Philosophie oder Design. Ihre Sicht auf den Ozean ist zunehmend ganzheitlicher und bezieht den Menschen als zentralen Akteur mit ein.

Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse stehen als Basis für politische Entscheidungen zu Verfügung. Besonders erfreulich ist es, wenn unsere Ideen Eingang in die Pläne zur nachhaltigen Nutzung der Meere finden. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang ein intensiver Austausch zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. So untersuchen bspw. Seerechts-Expertinnen und -Experten, wie die Rohstoffe vom Meeresboden weltweit gerecht verteilt und möglichst umweltverträglich abgebaut werden können. Forschende aus den Wirtschaftswissenschaften wiederum untersuchen, wie sich die Überfischung der Fischbestände durch marktwirtschaftliche Anreize eindämmen lässt. Sie machen Vorschläge, wie sich ein Fischereimanagement umsetzen lässt, das eine dauerhaft rentable Fischerei mit einem nachhaltigen Schutz der Fischbestände vereint. Ihre Ergebnisse sind unter anderem in die Gestaltung der im Jahr 2013 neu gestalteten EU-Fischereipolitik eingeflossen. Kieler Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellen sich auch der Erforschung des kontrovers diskutierten

sogenannten „Climate Engineerings“. Wie könnte man das Marine System verändern um mehr CO₂-aufzunehmen oder es dort sicher zu lagern? Zudem untersuchen sie die Möglichkeiten die Aquakultur zu optimieren, um zusätzlich zu einer nachhaltigen Fischerei einen Beitrag zur zukünftigen Nahrungssicherung der wachsenden Weltbevölkerung zu leisten.

Wir produzieren Wissen um komplexe System besser zu verstehen, zu analysieren und auch die Folgen zukünftigen Handelns vorherzusagen.

DIE 2030 AGENDA UND DER OZEAN

Die nachhaltigen Entwicklungsziele setzen sich für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen, mit gleichen Entwicklungsmöglichkeiten für alle, unter Berücksichtigung der planetaren (und ozeanischen) Grenzen, ein. Sie propagieren die Würde jedes Einzelnen und den sozialen Zusammenhalt unter den Menschen, angefangen bei der Familie, über Staaten, Regionen, bis hin zur ganzen Welt. Dazu ist es aber auch vielerorts nötig, Menschen bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihres Lebensraumes zu unterstützen. Dieser Aufbau von Kompetenzen (Capacity Building) und Wissen gilt als Schlüssel einer nachhaltigen Entwicklung. Ein kluger Umgang mit dem Ozean erlaubt nicht nur das Ozeanziel (SDG 14) zu erreichen, sondern kann gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz, zur Erhaltung der Biodiversität sowie zur Armuts- und Hungerbekämpfung leisten. Gute Arbeit, Stadtentwicklung und nachhaltiger Konsum haben alle auch eine Ozeandimension.

Um gute Optionen für einen nachhaltigen Umgang der Menschen mit dem Ozean zu entwickeln, bedarf es auch in der Meeresforschung mehr Interdisziplinarität, mehr Internationalität und mehr Offenheit, um der besonderen Verantwortung für den Ozean gerecht zu werden.

PROF. DR. MARTIN VISBECK

GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel und Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Martin Visbeck ist Professor für physikalische Ozeanographie am GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel und Sprecher des Exzellenzclusters „Ozean der Zukunft“ an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU). Seine Forschungsschwerpunkte umfassen die Datenerhebung im Ozean, den Zusammenhang von Ozeanzirkulation und Klimadynamik und Strategien für einen nachhaltigen Umgang mit dem Ozean. Er ist in verschiedenen internationalen Netzwerken aktiv, die Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einbeziehen, um Lösungen für globale Herausforderungen zu erarbeiten.

Schleswig-Holstein kann seinen Teil zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung des Ozeans und der Küsten vor allem durch eine weitere Stärkung der integrativen Meeresforschung und deren Dialoge mit den Entscheidungsträgern beitragen. Kein anderer Standort in Deutschland und vielleicht sogar weltweit verfügt über eine derartig breite Expertise meeresbezogener Kompetenzen, die von der naturwissenschaftlichen Ozean- und Küstenforschung bis hin zu den Ingenieurs-, Geistes- und Sozialwissenschaften reicht. Gemeinsam können so die zentralen Zukunftsfragen in Bezug auf den Ozean und die Küsten integrativ bearbeitet und international sichtbare Forschungserfolge erzielt werden. Die Zusammenarbeit zwischen der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, dem GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung Kiel, des Instituts für Weltwirtschaft, der Muthesius Kunsthochschule und die Kooperation mit regionalen, nationalen und internationalen Entscheidungsträgern machen die integrierten Kieler Meereswissenschaften einzigartig in Deutschland, Europa und der Welt.



Foto: Dominique Benirschke

SCHULDENERLEICHTERUNG FÜR HOCHVERSCHULDETE ARME LÄNDER

NACHHALTIGKEITSZIEL 17.4 DER SDGs

17 PARTNERSCHAFT
UM DIE ZIELE ZU
ERREICHEN



WARUM DIESES ZIEL SO WICHTIG IST

Für viele Partnerländer im Globalen Süden stellt die Ver- bzw. Überschuldung ein unüberwindbares Entwicklungshemmnis dar, das sie aus eigener Kraft kaum überwinden können.

Wenn die ohnehin oft unzureichenden Staatseinnahmen in einen hohen Schuldendienst fließen, hat das gravierende Auswirkungen auf die Entwicklung eines Landes und gefährdet die Stabilität staatlicher Strukturen –

schneller als dies in Industrieländern der Fall ist. Steuererhöhungen belasten unmittelbar die Wirtschaft und Sparmaßnahmen führen oft direkt zu erheblichen Einschnitten in öffentliche Leistungen wie Infrastruktur, Bildungs- und Gesundheitswesen oder auch zu Gehaltskürzungen von Staatsbediensteten. Solche Maßnahmen treffen besonders die Ärmsten in der Bevölkerung. Ziel 17.4¹ der SDGs nimmt deshalb die Industriestaaten in die Pflicht, Maßnahmen gegen die Überschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern umzusetzen. Denn die Tragfähigkeit von Staatsschulden ist eine wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung und die Erreichung der SDGs.² Zivilgesellschaftliche Gruppen bemühen sich seit langem um eine Entschuldung hochverschuldeter armer Länder. So demonstrierten beim G8-Gipfel³ 1999 in Köln 35.000 Entschuldungsaktivist_Innen für die Entschuldung der ärmsten hoch verschuldeten Länder der Welt. Daraufhin beschlossen die G8-Staaten eine Beschleunigung und Erweiterung der bereits im Jahr 1996 von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ins Leben gerufenen HIPC-Initiative⁴, zur Entschuldung hochverschuldeter armer Länder. Diese wurde 2005 durch die multilaterale Schuldenerlassinitiative MDRI⁵ ergänzt.

Lediglich 39 Länder konnten sich im Rahmen der HIPC-Initiative für einen Schuldenerlass qualifizieren. 36 davon erhielten letztlich einen Schuldenerlass.

Einige Länder konnten Erfolge nachweisen, wie beispielsweise die Abschaffung der Schulgebühren in Tansania. Andere nicht, u.a., weil prognostizierte Einnahmen ausblieben oder die Entlastungen nicht ausreichend waren. Laut IWF und Weltbank sind heute 27 der 36 entschuldeten Staaten wieder in einem kritischen Verschuldungsstadium.

Das Entschuldungsbündnis erlassjahr.de⁶ hat 2016 insgesamt 108 Entwicklungs- und Schwellenländer als kritisch verschuldet identifiziert. Bereits im Vorfeld der SDG forderten die G77⁷ und China, dass auch Länder, die sich nicht für die HIPC-Initiative qualifizieren konnten, berücksichtigt werden – durchsetzen konnte sich ihre Forderung jedoch nicht.

Die Auslandsverschuldung der Entwicklungs- und Schwellenländer steigt seit Jahren stetig an und liegt zurzeit bei rund 5,4 Billionen US-Dollar, ca. fünfmal so viel wie 1990.

2014 betrug der Schuldendienst dieser Länder mit 609 Milliarden US-Dollar viermal mehr als der Etat der Entwicklungshilfe.

Ursachen hierfür sind u.a. der Verfall von Rohstoffpreisen, die Verteuerung von Dollarschulden, aber auch die verantwortungslose Verwendung und Vergabe von Krediten.

Wie der IWF warnen auch zahlreiche andere relevante Akteure vor neuen Staatsschuldenkrisen in Afrika, Asien und Lateinamerika, ebenso wie in einigen europäischen Ländern. Diese Schuldenkrisen haben direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung der betroffenen Länder. Deshalb setzt erlassjahr.de sich dafür ein, dass den Menschen mehr Bedeutung beigemessen wird, als der Rückzahlung von Schulden und fordert eine grundlegende Reform internationaler Insolvenzverfahren in Anlehnung an die Londoner Schuldenkonferenz⁸ von 1953. Der damit verbundene Schuldenerlass erlaubte dem hochverschuldeten Nachkriegsdeutschland einen schnellen Wiederaufbau und hat wesentlich zum deutschen Wirtschaftswunder der 50er und 60er Jahre beigetragen. Um zu gewährleisten, dass die mit der Entschuldung verbundenen Ziele erreicht werden konnten, wurde damals nicht nur der Bundesrepublik Deutschland als Schuldnerland die Verantwortung übertragen, sondern auch den Gläubigerländern – ganz im Gegensatz zu heutigen Entschuldungsverfahren.

ENTWICKLUNG DURCH VERSCHULDUNG

Um ihre Entwicklung voranzutreiben, nehmen viele Staaten Kredite ausländischer Geber auf. Diese ermöglichen ihnen notwendige Investitionen, z.B. in Infrastruktur, Bildung oder Gesundheits- und Wasserversorgung. Kredite können so einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines Landes leisten.

Um eine Nachhaltigkeit der Kredite zu gewährleisten, sind jedoch bestimmte Kriterien zu berücksichtigen, wie bspw. die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Schuldnerlandes. Bleiben solche Kriterien unbeachtet und werden Kredite leichtfertig vergeben bzw. in Anspruch genommen, kann es schnell zur Überschuldung kommen. Übersteigt der Schuldendienst die tragfähige Höhe und muss dieser dann durch die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden, gerät ein Staat leicht in den Sog einer Schuldenkrise.

Dies führte in den 1970er und 1980er Jahren zur sogenannten „Schuldenkrise der Dritten Welt“.

Heute zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Wegen niedriger Zinssätze hierzulande ist die Nachfrage von Anlegern nach Staatsanleihen aus Ländern, in denen höhere Zinsen gezahlt werden, groß. Hierzu zählen v.a. auch ärmere Länder. Diese bedienen sich gerne der für sie vergleichsweise günstigen Kredite, um damit z.B. Einnahmeverluste aus fallenden Rohstoffprei-

sen auszugleichen. Setzt sich der Prozess fort, droht eine Überschuldung oder gar eine Schuldenkrise.

BÜNDNISSE FÜR ENTSCULDUNG

Schon seit den 1980er Jahren setzen sich entwicklungspolitische Initiativen für den Schuldenerlass hochverschuldeter armer Länder ein. Aus kirchlichen Initiativen, Entwicklungsorganisationen, autonomen Gruppen u.v.m. entstand so 1992 der „Initiativkreis Entwicklung braucht Entschuldung“, woraus sich im Jahr 1989, mit Berufung auf das biblische Erlassjahr, die Initiative „Erlaßjahr 2000“ und die „Erlaßjahr 2000 – Kampagne“ entwickelten. 2001 endete die Kampagne und ein Großteil der bisherigen Mitträgerorganisationen gründete den Verein erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. Das Bündnis, dem auch das BEI angehört, besteht heute aus rund 600 Mitträgerorganisationen und ist Teil eines weltweiten Netzwerks von mehr als 50 ähnlichen Organisationen.

erlassjahr.de bietet umfangreiche Fachinformationen, Aktions- und Bildungsmaterialien, veröffentlicht den Entschuldungskurier sowie einen jährlichen Schuldenreport, bietet Vorträge und Bildungsveranstaltungen an, wie auch die Möglichkeit der Mitarbeit in thematischen Arbeitsgruppen und setzt öffentlichkeitswirksame Aktionen und Kampagnen um. So macht erlassjahr.de immer wieder auf die dramatische Situation hochverschuldeter Länder und den dringend erforderlichen Handlungsbedarf von Seiten des Globalen Nordens aufmerksam. Gerade erst startete erlassjahr.de die Kampagne „Debt20“⁹, anlässlich des G20-Gipfels¹⁰ im Juli 2017. Dann werden in Hamburg die 20 größten Volkswirtschaften zusammenkommen, um über Weltwirtschaft und globale Finanzstabilität zu diskutieren. Trotz sich abzeichnender neuer Schuldenkrisen gibt es noch immer kein Verfahren, um diese fair, schnell und transparent zu lösen. Kommt es zur Überschuldung von Staaten, entscheiden allein die Gläubiger über Schuldenerleichterung, bzw. Schuldenerlass.

Deshalb fordert erlassjahr.de die G20 auf, ein umfassendes, rechtsstaatliches internationales Entschuldungsverfahren auf den Weg zu bringen und sicher zu stellen, dass neue Finanzierungen ziel führend eingesetzt werden und einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Im Rahmen der Debt20-Kampagne führt erlassjahr.de verschiedene Veranstaltungen und Aktionen durch und lässt u.a. 20 Menschen aus kritisch verschuldeten Ländern (Debt20) zu Wort kommen, wie Frau Dr. Eufrigina dos Reis Manoela, Grupo Mozambicano da Divida aus Mosambik: „Ein großer Teil der Staatseinnahmen Mosambiks muss in die Bedienung der Schulden fließen und wenig bleibt übrig für Gesundheit, Bildung und Wasserversorgung. Gleichzeitig ist – trotz hoher Investitionen - unsere Einnahmehasis kaum gewachsen, weil multinationale Rohstoffkonzerne nahezu keine Steuern zahlen und ihre Profite einfach außer Landes schaffen“ (erlassjahr.de: Entschuldungskurier 2016).

17 ZIELE – 17 BEITRÄGE

Als entwicklungspolitischer Dachverband und als Mitglied von erlassjahr.de setzt sich auch das BEI für die Entschuldung hochverschuldeter armer Länder ein.

So hat das BEI in den vergangenen Jahren verschiedene Veranstaltungen mit Referent_Innen aus verschuldeten Partnerländern durchgeführt.

Auch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „17 Ziele – 17 Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung“ hat das BEI auf die weltweite Schuldenproblematik aufmerksam gemacht, wie bspw. mit der Ausstellung „Geschichten der Schuldenkrise“ von erlassjahr.de, die in Kooperation mit der Ökumenischen Arbeitsstelle des Ev.-Luth. Kirchenkreises Lübeck-Lauenburg und der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Petri in Ratzeburg präsentiert wird. Die Ausstellung zeigt, wie Staaten in Schuldenkrisen geraten können, weist Wege aus Schuldenkrisen auf und macht anhand verschiedener Länderbeispiele globale

Zusammenhänge deutlich. Zur Ausstellungseröffnung, am 14. November, spricht Geoffrey Chongo vom Jesuit Centre for Theological Reflection aus Sambia über Erfahrungen und Strategien aus seinem Heimatland. Sambia hat, wie viele Länder Subsahara-Afrikas, im Vertrauen auf seine Rohstoffreserven Kredite am internationalen Kapitalmarkt aufgenommen. Doch sinkende Rohstoffpreise und die geringe Diversifizierung der sambischen Wirtschaft haben dazu geführt, dass Sambia neue Kredite aufnehmen musste. Erschwert wurde die Situation durch den Verfall der sambischen Währung Kwacha, die zwischen 2014 und 2015 gegenüber dem US-Dollar um mehr als die Hälfte an Wert verloren hat. Während Sambias Auslandsverschuldung vor fünf Jahren etwa 1 Milliarde US-Dollar betrug, sind es heute mehr als 6 Milliarden US-Dollar - eine Schuldenlast, die die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele ernsthaft in Frage stellt.

SCHULDENKRISEN – EIN THEMA FÜR DIE PARTNERSCHAFTSARBEIT

Zivilgesellschaftliche Partnerschaftsgruppen im Globalen Norden haben neben dem Austausch und dem Interkulturellen Lernen in der Regel auch das Ziel, die Lebensbedingungen ihrer Partner_Innen im Globalen Süden zu verbessern. Eine wesentliche Aktivität von Partnerschaftsgruppen ist deshalb die Förderung von „Hilfsprojekten“, wie der Bau von Schulen und Gesundheitsstationen oder die Einrichtung von Strom- und Wasserversorgungen.

Solche Projekte können einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort leisten. Sie können jedoch auch Abhängigkeits- und Machtstrukturen verfestigen und nicht selten werden mit den Projekten staatliche Aufgaben übernommen.

Sollen langfristig Erfolge erzielt werden, ist es wichtig, die Strukturen zu verändern, die solche Projekte notwendig machen bzw. notwendig erscheinen lassen.

Hierzu gehören u.a. Wirtschafts- und auch Finanzstrukturen, die eine Überschuldung von Staaten fördern.

Deshalb stellt sich die Frage, **welchen Beitrag können Partnerschaften leisten, um Schuldenkrisen im Partnerland zu verhindern oder zu überwinden.** Über Informations- und Bildungsarbeit können Partnerschaftsengagierte erfahren, wie die Schuldensituation im Partnerland aussieht. Gab es bereits einen Schuldenerlass, welche Erfolge konnten damit erzielt werden, gibt es Entschuldungsinitiativen im Partnerland wie „SEND“ in Ghana oder „Coalition on Debt and Development“ in Tansania und welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt es? Diese und andere Fragen können mit den Partner_Innen wie auch mit Expert_Innen diskutiert werden. erlassjahr.de bietet dazu vielfältige fach- oder länderspezifische Informationen und gibt Tipps, wie gemeinsame Handlungsschritte entwickelt werden können.

SCHULDENKRISEN GEHEN UNS ALLE AN

Unter den Schuldenkrisen leidet vor allem die Bevölkerung in den betroffenen Ländern. Doch auch uns treffen die Folgen - wie ein Bumerang. Denn der Zwang, hohe Schuldendienste zu bedienen, führt in vielen Ländern zur Übernutzung natürlicher Ressourcen, verbunden mit globalen Auswirkungen auf Klima und Umwelt. Sie verringern die Kaufkraft u.a. für Importwaren aus den Gläubigerländern, was dazu führt, dass exportorientierte Unternehmen Absatzmärkte verlieren. Überschuldung führt zur Verarmung der Bevölkerung und zu Perspektivlosigkeit. Das befördert soziale und politische Konflikte und so erhalten Bewegungen wie bspw. der Islamische Staat (IS) verstärkt Zuspruch. Wenn nun Länder unter dem Druck von Strukturanpassungsprogrammen ihre Finanzsysteme nicht mehr regulieren können, florieren Schwarzgeld und Drogenökonomie.

Nicht zuletzt verlassen Menschen, denen Lebensgrundlagen und Perspektiven genommen wurden, ihre Heimat und fliehen - auch in Länder, in die zuvor ihr Geld geflossen ist.

Überschuldung wirkt wie ein Sog, dem ein Land aus eigener Kraft kaum mehr entkommen kann. Nimmt man die globalen Nachhaltigkeitsziele ernst, ist eine grundlegende Reform internationaler Staats-Insolvenzverfahren dringend notwendig. Erst wenn Verschuldung tragfähig ist, ist zukunftsfähige Entwicklung möglich.

Deshalb: „Entwicklung braucht Entschuldung - jetzt!“

KATHARINA DESCH

Promotorin für globale Partnerschaften und Entwicklung Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

¹ Nachhaltigkeitsziel 17.4: „Den Entwicklungsländern dabei behilflich sein, durch eine koordinierte Politik zur Förderung der Schuldenfinanzierung, der Entschuldung bzw. der Umschuldung die langfristige Tragfähigkeit der Verschuldung zu erreichen, und das Problem der Auslandsverschuldung hochverschuldeter armer Länder angehen, um die Überschuldung zu verringern“.

² SDG (Sustainable Development Goals): Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Diese sollen der ökonomischen, ökologischen und sozial nachhaltigen Entwicklung dienen. Die Ziele wurden in Anlehnung an die Millennium-Entwicklungsziele erarbeitet. Die SDG sind seit Januar 2016 in Kraft und laufen mit Ende der Agenda 2030 in 15 Jahren aus. Im Gegensatz zur den MDG, die v.a. für die Länder des Globalen Südens galten, gelten die SDG ausdrücklich für alle Länder.

³ G8: Gruppe der Acht, ist die Vereinigung der sieben führenden Industrienationen, Deutschland, Frankreich, Italien, Vereinigtes Königreich, Japan, Kanada und die USA (G7) und Russland. Die G7 wurde 1975 etabliert und 1998 um Russland zur G8 erweitert. Wegen Verletzung der Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine durch die Russische Föderation schlossen die anderen Mitglieder Russland 2014 jedoch wieder aus und kehrten zur Gruppe der Sieben, G7, zurück.

⁴ HIPC (Heavily Indebted Poor Countries): Entschuldungsinitiative, die 1996 von Weltbank und IWF ins Leben gerufen wurde. Mit ihr sollten hochverschuldete arme Länder einen Schuldenerlass erreichen, der sämtliche Kredite berücksichtigt, also Schulden gegenüber multinationalen Entwicklungsbanken und dem IWF, bilaterale Schulden bei Staaten sowie Schulden bei privaten Banken. Dies gelang nur teilweise.

⁵ MDRI (Multilateral Debt Relief Initiative): Beim G8-Gipfel in Gleneagles/Schottland 2005 wurde ein Schuldenerlass für die Länder vereinbart, die bereits durch die HIPC-Initiative entschuldet wurden. Dabei verzichteten unter anderem die Weltbanktochter IDA (International Development Association) und der Afrikanische Entwicklungsfond (AfDF) sowie der IWF auf alle ihrer vor Beginn der Initiative entstandenen Forderungen.

⁶ erlassjahr.de: Deutsches Entschuldungsbündnis benannt nach dem Erlassjahr (auch Jubeljahr, Jahr der Freilassung), einem Gebot der Tora, nachdem jedes 50. Jahr nach dem siebten von sieben Sabbatjahren, also nach jeweils 49 Jahren, die Israeliten ihren untergebenen Volksangehörigen einen vollständigen Schuldenerlass gewähren, ihnen ihr Erbland zurückgeben und die Schuldenklaverei aufheben sollten. Seit den 1990er Jahren beziehen sich viele Entschuldungsaktivist_Innen auf den Begriff „Erlassjahr“, um eine umfassende Entschuldung hochverschuldeter Länder und eine Reform internationaler Staats-Insolvenzverfahren zu erreichen.

⁷ G77: Die Gruppe der 77 ist ein Zusammenschluss von Staaten, überwiegend im Globalen Süden. Die Gruppe wurde 1964 im Verlauf der ersten Welthandelskonferenz (UNCTAD) gegründet. Sie zählt inzwischen 134 Mitglieder (Stand Mai 2015). Hauptziel der G77 ist es, Süd-Süd-Kooperationen zu stärken, und die Position der Mitgliedsländer auf dem Weltmarkt zu verbessern.

⁸ Londoner Schuldenabkommen: Vertrag von 1953 zwischen Westdeutschland und seinen Gläubigern, von denen die ehemaligen Westalliierten, USA und Großbritannien die Wichtigsten waren. Er regelte das Verfahren bzgl. der Vorkriegsschulden und der neu entstandenen Schulden aus der Wiederaufbauhilfe der Nachkriegszeit. In London wurde 1952/53 über eine Summe von 29,7 Milliarden Mark Gesamtforderungen verhandelt. Rund die Hälfte davon wurde erlassen, der Rest wurde zinsgünstig umgeschuldet. Bemerkenswert ist, dass der Schuldendienst nicht durch Reserven oder neue Kredite finanziert werden sollte, sondern nur durch laufende Überschüsse, d.h. der Schuldendienst konnte ausgesetzt werden. Daneben wurden alle Ansprüche in einem einheitlichen Verfahren und im Grundsatz gleich geregelt. Außerdem musste bei Streitigkeiten über die Auslegung des Abkommens ein dafür geschaffener Schiedsgerichtshof befragt werden. Das Londoner Schuldenabkommen ist deshalb als wichtiger Referenzpunkt für die Wirksamkeit von Schuldenerlassen zu sehen. Die Ratifizierung des Londoner Schuldenabkommens war eine politische Vorbedingung, um den Besatzungsstatus aufzuheben und die Souveränität der Bundesrepublik zu erreichen.

⁹ Debt20: Sind 20 Stimmen aus 20 kritisch verschuldeten Ländern: Ägypten Barbados, Bolivien, Ecuador, Honduras, Georgien, Ghana, Grenada, Griechenland, Kenia, Mosambik, Pakistan, Sambia, Senegal, Serbien, Simbabwe, Slowenien, Spanien, Südafrika, Tansania.

¹⁰ G20: Gruppe der 20, ist ein seit 1999 bestehender informeller Zusammenschluss aus 19 Staaten und der Europäischen Union - den 20 größten Volkswirtschaften der Welt. Auf sie entfallen rund 90% der Weltwirtschaftsleistungen. Die G20 sollen als Forum für die Kooperation und Konsultation in Fragen des internationalen Finanzsystems dienen. Zu den G20 gehören: Argentinien, Australien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika, Südkorea, Türkei, UK, USA und die Europäische Union.

LITERATURHINWEISE

- Bornhorst, Bernd (2016): Krise – Welche Krise? Über die wachsende Überschuldungsgefahr in Nord und Süd. In: Schuldenreport 2016. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.; Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., S. 4-7.

- Kaiser, Jürgen (2003): Schulden sind kein Schicksal – Zum 50. Jahrestag des Londoner Schuldenabkommens. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.

- Kaiser, Jürgen (2016): Tödliche Überschuldung. In: Debt20. Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt! Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V., S. 18-20.

- Kaiser, Jürgen (2016): Verschuldete Staaten weltweit. In: Schuldenreport 2016. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.; Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., S. 8-20.

- Rehbein, Kristina (2016): Schulden und die neue globale Entwicklungsagenda: Hat die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele Aussicht auf Erfolg? In: Schuldenreport 2016. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.; Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., S. 35-42.

- Rehbein, Kristina; Kaiser, Jürgen (2016); Zurück in die achtziger Jahre: die nächste Schuldenkrise der Entwicklungs- und Schwellenländer. In: Schuldenreport 2016. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V.; Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., S. 20-27.

- erlassjahr.de (2016): Auch uns trifft die globale Schuldenkrise. In: Entschuldungskurier #17. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V., S. 11 f.

- erlassjahr.de (2016): Kampagne: Debt20: Entwicklung braucht Entschuldung – jetzt! In: Entschuldungskurier #17. Hrsg.: erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V., S. 4-6.

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Lexikon der Entwicklungspolitik. [online] <http://www.bmz.de/de/service/glossar/index.html> [05.10.2016].

VON DER THEORIE IN DIE PRAXIS –

DIE ANWENDBARKEIT KONKRETER SDGs UND DEREN TRANSFORMATION IN DER GESELLSCHAFTLICHEN PRAXIS



Die Sustainable Development Goals (SDGs) sind gut ausgewählt und eine vorzeigbare Agenda der Vereinten Nationen, welche sich in der ganzen Welt bekannt gemacht hat. Viele Organisationen haben seither die SDGs als Grundlage ihrer Arbeit genommen. Die SDGs übernehmen die Funktion der Vision für viele Non Governmental Organisations (NGO). Das ist sehr wichtig und bringt ein gemeinsames globales Ziel für die Arbeit, die oft ehrenamtlich geleistet wird. Wenn es ein

einheitliches Ziel gibt, dann funktioniert auch zum Beispiel das Marketing besser. Es lassen sich leichter Menschen dazu animieren, bei den Projekten mitzumachen, wenn man von einheitlichen globalen Zielen redet und man hat das Gefühl, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Schließlich kann keiner etwas gegen Nachhaltigkeit (Sustainability) haben. Und doch ist die reale Implementierung enorm schwierig. Wie kommt man denn zu den Zielen, die in den SDGs so schön formuliert sind? Gibt es einen einheitlichen Plan, Gerechtigkeit, Frieden und stabile Institutionen zu schaffen? Wann weiß man, ob man einen Schritt in die richtige Richtung getan hat? Wie realistisch ist die Implementierung und wie ernst wird die SDG-Agenda genommen in Ländern, die so schwierige Zeiten durchmachen wie Venezuela?

JÜNGERE GESCHICHTE UND SITUATION VENEZUELAS:

Die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Situation in Venezuela ist kritisch. Seit Jahren brodelt es in dem süd-amerikanischen Land und im Jahr 2014 eskalierte die Lage. Nach dem Tod des Präsidenten Hugo Chávez am 5. März 2013 gab es am 14. April 2013 Neuwahlen, die der damalige Vize- und Interimspräsident Nicolás Maduro knapp gewann. In seiner Amtszeit kam es zu schweren Protesten seitens der Bevölkerung. Ursache dafür waren eine massive Inflation sowie Vorwürfe der Korruption und eine hohe Kriminalitätsrate. Auseinandersetzungen zwischen Regierungsgegnern und Anhängern sowie der Polizei, mit etlichen Toten und Verletzten, waren an der Tagesordnung. Oberflächlich beruhigte sich die Situation nach der Beendigung der gewaltsamen Auseinandersetzungen, aber die Probleme blieben und wurden sogar schlimmer. So sank der Ölpreis auf einen historischen Tiefstand und ließ damit das wichtigste Standbein der venezolanischen Wirtschaft wegbrechen. Ausländische Investoren und Firmen zogen sich aus dem Land zurück, aus Angst vor

Zahlungsunfähigkeit und Instabilität. Im April 2016 führte die Regierung eine vorübergehende 4-Tage-Woche ein, um den Stromverbrauch zu senken. Mobilfunkanbieter stoppten die Gespräche aus dem Land, Fluglinien stellten ihre Routen ein,



Merchandise der OVJNU

die Post funktionierte nicht mehr zuverlässig und die Gesundheitsversorgung stand kurz vor dem Kollaps, wenn in den Krankenhäusern von Medikamenten bis hin die Situation Venezuelas zum Operationsmaterial das Nötigste fehlt.

DIE NGO – OVJNU:

Die Non Governmental Organisation (NGO) „Organización Venezolana de Jóvenes para las Naciones Unidas“ - kurz OVJNU, arbeitet schon seit vielen Jahren in Venezuela im Bereich der Jugendförderung. Der Name bedeutet so viel wie „Venezolanische Jugendorganisation für die Vereinten Nationen“. Die verschiedenen Projekte werden von Mitarbeitern teilweise auf ehrenamtlicher Basis geplant, realisiert und betreut. Das übergeordnete Ziel der OVJNU ist, die jungen Menschen der Gesellschaft aufzubauen, zu stärken und in diesem Sinne die SDGs zu erfüllen. Weiterhin geht der Organisation auch darum, dass junge Menschen über internationale Programme wie die SDGs der Vereinten Nationen informiert werden und selbst als Multiplikatoren hinter solchen Prozessen stehen können.

Die Jugendlichen sollen dazu inspiriert werden, selbstständig für gute Bildung (Ziel 4), Gleichberechtigung (Ziel 10), Nachhaltigkeit in der Gesellschaft (Ziele 11,12 und 13) und die anderen Ziele zu kämpfen. Um dies zu erreichen werden Seminare gegeben, Kontakte geknüpft und Initiativen der jungen Menschen unterstützt. Der Hauptteil der Arbeit der OVJNU läuft regional ab, also beschränkt sich auf die Region Táchira. Wobei teilweise aber auch überregional gearbeitet wird und z.B. in Kooperation mit Rotary, der Studierenden Austausch Organisation AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales) oder den Pfadfindern – nationale Konferenzen und Seminare abgehalten werden. Auch hier lässt sich spüren, wie schwer die Entwicklungsarbeit und wie steinig der Weg zu wirklich sichtbaren nachhaltigen Ergebnissen ist.

DIE PRAKTISCHE UMSETZUNG DER AGENDA 2030 – EIN BEISPIEL AUS VENEZUELA:

Aufgrund der prekären politischen Situation in Venezuela ist es für die OVJNU eine Herausforderung ihrer Arbeit nachzugehen. Die Überparteilichkeit der Organisation ist schwer aufrecht zu erhalten und ebenso kann nicht von einer ausreichenden Unterstützung der Vereinten

Nationen die Rede sein. Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro hat das Parlament praktisch handlungsunfähig gemacht hat, die OVJNU setzt sich jedoch stark für Demokratisierung Venezuelas ein, so ergibt sich mindestens ein Problem: Die Organisation müsste sich als Vertreter der Überparteilichkeit gegen das Vorgehen des Präsidenten aussprechen.

Eine derart geartete gesellschaftliche Situation bringt Variablen in die praktische Arbeit mit den SDGs vor Ort, die Wandlungsprozesse begünstigen. Die politische Instabilität und die Ungewissheit über eine friedliche Lage in Venezuela führen dazu, dass die praktische Umsetzung des spezifischen SDGs 16 mit einer grundsätzlichen Verschiebung des Fokus auf das SDG 4 einhergehen muss. Die Grenzen zwischen den einzelnen SDGs verschwimmen zusehends bei der realen Implementierungsarbeit. Die gesellschaftlichen Situationen der einzelnen Länder sind so unterschiedlich, dass kein starres Programm aus 17 Zielen ultimativ angewendet werden kann. Daher sind die Ziele auch so groß angelegt, denn sie sollen sich an die Komplexität der jeweiligen Situation anpassen können.

Bei der Arbeit mit der OVJNU in Venezuela war diese inhaltliche Flexibilität von großer Wichtigkeit. Wenn sich in Venezuela die Lage momentan von Tag zu

Tag ändert, ist es nahezu unmöglich eine Langzeitagenda umzusetzen. „Un país a la semana“ – „Ein Land pro Woche“, beschreibt Alberto Barrera Tyszka die Situation Venezuelas in seinem aktuellen Buch und meint damit, dass das Land jede Woche ein neues Gesicht hat.

Im hier dargestellten Beispiel ist die politische Situation eine besonders starke Variable im Umsetzungsprozess der Agenda 2030. Die OVJNU arbeiteten in Venezuela um die Jugend zu animieren, sich am demokratischen Prozess zu beteiligen. Hierzu wurde ein „Youth Dialogue“ Programm auf die Beine gestellt. Die Idee ist, dass sich junge interessierte Menschen dafür bewerben, ein „youth monitor“ zu werden. Diese Youth Monitors erhalten das nötige Equipment und Training um politische Kandidaten zu interviewen. In diesen Interviews werden Politiker die sich zur Wahl stellen, mit Fragen zum Thema „Stärkung der Jugendbeteiligung am demokratischen Prozess“ und anderen Jugendfragen konfrontiert. Die Bewerber für den „Youth Dialogue“ kamen allerdings hauptsächlich von jungen Menschen der etablierten politischen Parteien. Entweder gehören sie der regierungstreuen oder der regierungsfeindlichen Partei an. Beide Seiten versuchten uns von ihrer eigenen Unparteilichkeit und Dialogorientiertheit und im Gegenzug von der Boshaftigkeit des politischen Gegners zu überzeugen. Die Schwierig-



„Zona Libre De Armas“ – Ein Schild, in jedem öffentlichen Gebäude zu finden.



Venezolanische Studierende beim youth Diplomacy Project, einem Teil des Youth Dialogue Programms

keit für die OVJNU und die internationalen Mitarbeiter besteht also u. a. auch darin, nicht über innenpolitische Thematiken zu urteilen und Unparteilichkeit zu wahren, um schlussendlich einen friedlichen Dialog zu schaffen. Keine leichte Aufgabe!

Internationale Entwicklungszusammenarbeit ist so wichtig wie noch nie. Die Welt wächst zusammen, aber auch unsere Probleme sind mitgewachsen und können nur gemeinsam gelöst werden. Daher sind die international geltenden SDGs von großer Bedeutung. Auch das Engagement der einzelnen Staaten in den Vereinten Nationen ist unverzichtbar und muss intensiviert werden, denn die Probleme können nicht einfach innerhalb der eigenen Grenzen gelöst werden. Bei der Umsetzung der SDGs müssen wir über uns hinauswachsen und uns als individuelle und kollektive Akteure auch auf unbekanntes Terrain wagen. Obgleich die Situation in Venezuela momentan zwar sehr speziell ist, sind auch in anderen Staaten dieser Welt viele Freiheiten, die in der heutigen Zeit in Mitteleuropa für selbstverständlich und irreversibel erkämpft gelten, nicht gegeben. Die Implementierung der SDGs und entwicklungspolitischen Engagement kann und darf also nicht nach einer Blaupause vollführt werden.

JONATHAN BENIRSCHKE

Student der Kommunikations- und Politikwissenschaften, ehemaliger Praktikant bei der Venezolanischen Jugendorganisation für die Vereinten Nationen in San Cristóbal, Venezuela.

MEHR INFOS ZUM THEMA

- <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-05/venezuela-nicolas-maduro-brasilien-dilma-rousseff>
- http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/69/L.85&Lang=E



Die alte Kolonialstadt Coro im Norden des Landes



San Cristóbal in den Ausläufern des Anden-Gebirges

DAS TEAM BÜNDNIS EINE WELT SCHLESWIG-HOLSTEIN E.V.

DELA ASSIGBLEY

Projektleitung "SISTERS - Frauen für Afrika"
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel

KATHARINA DESCH

Promotorin für globale Partnerschaften und Entwicklung
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Einsatzstelle: Tanzaniagruppe der Kirchengemeinde Curau
Curauer Dorfstraße 6
23617 Stockelsdorf
Tel.: 04505-570876 | Mob.: 0152-02304079
E-Mail: katharina.deschbei-sh.org

PIA DUISMANN

Projektleitung "SISTERS - Frauen für Afrika"
Projektleitung "Mosaik der Kulturen"
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-01 | Fax: 0431-679399-06
E-Mail: pia.duitsmannbei-sh.org

NICOLE GIFHORN

Promotorin für Globales Lernen
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Einsatzstelle: Stiftung Schleswig-Holsteinische Landes-
museen // Schloss Gottorf (Abtlg. Bildung und Vermitt-
lung)
Schlossinsel 1
24837 Schleswig
Mobil: 0151-21753715
E-Mail: nicole.gifhornbei-sh.org

HEIKE HACKMANN

Projektleitung "Praxistag Globales Lernen"
(Freie Mitarbeiterin)
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-3804908
Email: heike.hackmannbei-sh.org

BENJAMIN HELLWIG

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Promotorenprogramm
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1

24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: benjamin.hellwig@bei-sh.org

LISA JAKOB

Promotorin für Unternehmensverantwortung,
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: lisa.jakobbei-sh.org

KATRIN KOLBE

Projektleitung "Sustainable Development Goals (SDG)"
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: katrin.kolbe@bei-sh.org

ISABELL KUGEL

Freiwilliges Ökologisches Jahr
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: foejbei-sh.org

ULRIKE NEU

Promotorin für Projektentwicklung und Organisationsbe-
ratung
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI)
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Homeoffice-Tel.: 04302-965936
Email: ulrike.neubei-sh.org

OLAF PETERS

Sekretariat
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: olaf.petersbei-sh.org

DAS TEAM BÜNDNIS EINE WELT SCHLESWIG-HOLSTEIN E.V.

FRAUKE PLEINES

Veranstaltungsmanagement und
Projektassistenz "Praxistag Globales Lernen 2016"
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: frau.pleinesbei-sh.org

MARKUS SCHWARZ

Bundesthemenkoordinator für Konsum, Produktion und
Lieferketten und Promotor für nachhaltige Beschaffung,
Fairen Handel und Unternehmensverantwortung
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Einsatzstelle: Weltladen Heide e.V.
Am Markt 28
25746 Heide
Tel.: 0481-64059885 | Mobil: 0172-5737044
Email: markus.schwarzbei-sh.org

FRIDTJOF STECHMANN

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Promotorenprogramm
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: fridtjof.stechmannbei-sh.org

MARTIN WEBER

Geschäftsführer und Programmleiter Promotorenprogramm
Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Walkerdamm 1
24103 Kiel
Tel.: 0431-679399-00 | Fax: 0431-679399-06
Email: martin.weberbei-sh.org

VORSTAND

Der ehrenamtliche Vorstand des Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsorganisationen zusammen und leitet die Belange des Dachverbandes.

IRENE FRÖHLICH

Organisation: Punda Mila
Im Vorstand seit 2010 | Kontakt: info@bei-sh.org

VOLKER LEPTIEN

Organisation: Partnerschaft Afrika e.V.
Im Vorstand seit 2015 | Kontakt: info@bei-sh.org

LAZARE TOMODIO

Organisation: Perspectives Kamerun e.V.
Im Vorstand seit 2013 | Kontakt: info@bei-sh.org

GERFRIED SCHRÖDER

Organisation: Ejo Heza - Hilfe für Jugendliche in Ruanda e.V.
Im Vorstand seit 2014 | Kontakt: info@bei-sh.org

ANDREA BASTIAN

Organisation: Njonuo Fe Mo, Frauenwege in Togo e.V.
Im Vorstand seit 2012 | Kontakt: info@bei-sh.org

MARTIN ELBESHAUSEN

Organisation: KulturLife gGmbH
Im Vorstand seit 2015 | Kontakt: info@bei-sh.org

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V. (BEI),
Walkerdamm 1, 24103 Kiel, Tel: 0431-67939900, www.bei-sh.org,
Dezember 2016

ANSPRECHPARTNERIN

Katrin Kolbe, Projektleitung Sustainable Development Goals,
katrin.kolbe@bei-sh.org

REDAKTION

Robert W. Wollschlaeger und Katrin Kolbe

GESTALTUNG

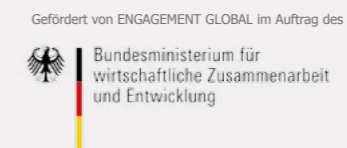
www.DominiqueBenirschke.com

FOTONACHWEIS

Bündnis Eine Welt S.H. e.V.

GEFÖRDERT DURCH

BINGO! Projektförderung Schleswig-Holstein, ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



BEI
Bündnis Eine Welt
Schleswig-Holstein



BEI Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.

Walkerdamm 1
24103 Kiel

Fon 0431/67 93 99-00

Fax 0431/67 93 99-06

Email: info@bei-sh.org www.bei-sh.org